

netzwerk
recherche

Texte und Materialien – Leitfragen und Referentenprofile



zur Jahreskonferenz netzwerk recherche

15./16. Juni 2007

NDR-Konferenzzentrum Hamburg

Wissens-Leitfaden zum Anstoss Recherche – 15./16.6.2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Hamburger Jahreskonferenz von netzwerk recherche (nr) ist ein grosser Wissensspeicher. Mehr als 100 Referentinnen und Referenten, Moderatorinnen und Moderatoren werden versuchen Ihnen spannende und kontroverse Ideen, Positionen und Gedanken zu vermitteln.

Damit Sie sich besser im a k t u e l l e n Programm (in der Heftmitte) zurechtfinden können, haben wir die eingereichten Antworten auf unsere Leitfragen zu den panels dokumentiert. Anregungen, Impulse und Ideen für die Diskussion sind hier versammelt.

Gleichzeitig möchten wir Sie auf zwei wichtige Spielregeln bei dieser „Konferenz von Journalisten für Journalisten“ hinweisen:

- 1) Bitte entscheiden Sie sich jeweils für eine Veranstaltung und vermeiden Sie übertriebenes „Themen-hopping“. Das bringt unnötige Unruhe und stört –etwa in den Erzählcafes- die intensiven Gespräche.
- 2) Beteiligen Sie sich aktiv mit Ihren Fragen und Antworten. Die Intendantin des RBB, Dagmar Reim, hat kürzlich zu Recht beklagt, dass Journalisten zu wenige Fragen stellen. Diesen berechtigten Vorwurf können Sie hier während der Konferenz dementieren.

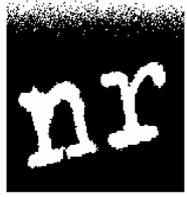
Die nr-Jahreskonferenz lebt von dem Engagment vieler ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Erwarten Sie also nicht den übertriebenen Perfektionismus der klassischen Begegnungsindustrie, wo die Hülle wichtiger als der Inhalt ist.

Möglichst viel neue Erkenntnisse und interessante Einsichten wünscht Ihnen das gesamte Vorbereitungs-Team von netzwerk recherche und n-ost.

Dr. Thomas Leif
Vors. nr

Wir danken allen, die diese Konferenz ermöglicht, unterstützt und mir ihrem ehrenamtlichen Engagment begleitet haben.

Impressum: Herausgeber: netzwerk recherche (www.netzwerkrecherche.de)
Verantw. Dr. Thomas Leif
Druck: einfach-digital print gmbH, Hamburg



netzwerk
recherche



n-ost

Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V.

Materialien zur Konferenz

"Pressefreiheit unter Druck"

- 15.6.2007

NDR Hamburg



netzwerk
recherche

netzwerk recherche e.V.

Adresse: Marcobrunnerstr. 6, 65197 Wiesbaden; Mail: info@netzwerkrecherche.de
Internet: www.netzwerkrecherche.de; Telefon: 0611/495151, Fax: 0611-495152

Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V.

Adresse: Schillerstraße 57, 10627 Berlin; Mail: n-ost@n-ost.de
Internet: www.n-ost.de; Telefon: 030-32788486; Fax: 030-31517471



Presseinformation des Netzwerks Recherche und des Netzwerks für Osteuropa-Berichterstattung e.V.

6. Juni.2007

Pressefreiheit lässt sich nicht allein in Zahlen fassen

Neue Studie analysiert Journalismus und die Einschränkung der Pressefreiheit im östlichen Europa

Seit der Ermordung der russischen Journalistin Anna Politkowskaja am 7. Oktober 2006 in Moskau ist das Thema Unterdrückung der Medienfreiheit in Osteuropa öffentlich präsent. Doch ein präzises Lagebild zur Gefährdung der Medienfreiheit bei unseren östlichen Nachbarn liegt bislang nicht vor. Dieses Analyse-Defizit will nun eine Studie ausgleichen, die systematisch die Medienlandschaften in zehn Ländern des östlichen Europas untersucht. Sie trägt den Titel „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa“ und wird von der Journalistenvereinigung netzwerk recherche (nr) herausgegeben. Zusammengestellt hat die Analyse ein Autorenteam des Netzwerks für Osteuropa-Berichterstattung n-ost e.V. auf Grundlage zahlreicher Expertisen.

Die Untersuchung dient unter anderem als inhaltliche Grundlage für die nr-Jahreskonferenz Mitte Juni im NDR-Konferenzzentrum Hamburg. Mehr als 130 Journalistinnen und Journalisten aus Osteuropa werden zusammen mit 400 Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland über das Thema „Pressefreiheit unter Druck“ diskutieren.

Nach Einschätzung der Herausgeber soll die Studie, die am 6. Juni im ARD-Hauptstadtstudio Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, eine grundlegende Reflexion der westeuropäischen Sichtweise auf Osteuropa fördern und gängige Klischees abbauen helfen. „Sobald sich der Reporter-Blick nach Osten wendet, werden gern alle Vorurteilsregister gezogen und aus Kartoffeln, Krisen, Kriege, Korruption und Kriminalität Schlagzeilen gemacht“, sagte Simone Schindwein vom n-ost e.V., die die Studie zusammengestellt hat.

Orientierungshilfen und verlässliche Informationsquellen für Journalisten sind im Themenfeld „Osteuropa“ immer noch rar. „Statt auf solide Hintergrundinformationen setzen viele Medienmacher beim Thema Osteuropa gerne auf die fahrlässige Simplifizierung mit so genannten „Rankings“ zum Stand der Presse- und Meinungsfreiheit“, kritisierte Dr. Thomas Leif, der Vorsitzende von netzwerk recherche, bei der Vorlage der Studie. Medienfreiheits-Ranglisten westlicher Nichtregierungsorganisationen haben nach den Analysen der Autoren aber nur einen geringen und zudem fragwürdigen Erkenntniswert. Die zu Grunde gelegten Kategorien werden oft willkürlich gesetzt, die Datenbasis ist dünn und die notwendige Differenzierung länderspezifischer Aspekte wird der Vereinfachung geopfert. Pressefreiheit lässt sich nicht in grobe „Medienfreiheitsrankings“ fassen, lautet ein Resultat der Studie.

Die Studie analysiert zudem die Ursachen für die unterentwickelte Medienfreiheit in vielen

Ländern Osteuropas. Die alten Abhängigkeitsverhältnisse, die noch aus der Zeit des Kommunismus stammen und die neuen Zwänge, die die Einführung der Marktwirtschaft für Medien in vielen Ländern verursacht, werden untersucht. Oft hat sich die alte politische Elite in den postkommunistischen Ländern zur neuen Wirtschaftselite gewandelt. Die Kontrolle der Medien läuft heute nicht mehr über Direktiven, sondern über das Scheckbuch. Der Grad zwischen Propaganda und Kommerz ist schmal, so ein wesentlicher Befund aller in der Studie versammelten Länderanalysen.

Viele Länder haben sich zwar neue Mediengesetze nach westlichem Vorbild gegeben, von Kroatien und Georgien bis hin zu Russland und sogar Belarus. Doch liberale Mediengesetze sind oft nicht mehr als bloße Fassade. In den meisten Ländern wird die Unabhängigkeit der Journalisten durch drakonische Strafgesetze und nationale Sicherheitsgesetze ausgehebelt. Einflussreiche Journalisten-Verbände gibt es kaum. Sie sind aber dringend nötig, um Forderungen an die Politik zu stellen und eine Debatte über journalistische Ethik in Gang zu setzen. Weil es keine starken Journalistenorganisationen gibt, neigen viele Regierungen dazu, einzelne Journalisten und Redaktionen zu kontrollieren, so ein weiteres Ergebnis der Studie.

Eine wesentliche Forderung, die aus der Studie abgeleitet wird, zielt auf den Ausbau des europäischen Austauschs von Journalisten. „Der Austausch zwischen west- und osteuropäischen Journalisten muss künftig noch intensiviert werden“, so die Forderung von Christian Mihr, Vorstandsmitglied des n-ost e.V. Anstatt eine Visa-Mauer an der EU-Ostgrenze zu errichten, die es einigen östlichen Ländern erlaubt, eine im Ton aggressive Abschottungspolitik zu pflegen, wären unbürokratische und vor allem erschwingliche Visa für Normalbürger der erfolgreichste Hebel, den Deutschland und die EU in dieser Frage haben. Die Einbindung von Kollegen aus Transformationsländern in internationale Journalistenvereinigungen, Tandem- und Austausch-Programme, Konferenzen, Dialoge, Diskurse – das sind aus westlicher Perspektive praktikable Ansätze, die Journalisten in Südost-, Mittelost- und Osteuropa zu unterstützen.

Druck durch Verleger, Aufweichung von rechtlichen Standards im Zuge des angeblichen Kampfes gegen den Terror, die Boulevardisierung der Medien auch durch deutsche Verlage im Osten, das Vordringen von PR-Journalismus, fehlende innere Unabhängigkeit – sind weitere Befunde des Autorenteam. „Viele der in der Studie für Osteuropa aufgezeigten Missstände sind bei näherer Betrachtung deutschen Journalisten gar nicht so unbekannt. Es lohnt sich, darüber mit den Kollegen einen Dialog jenseits von Oder und Donau zu beginnen“, so die Bewertung von Dr. Thomas Leif, Vorsitzender des netzwerk recherche bei Vorlage der Studie. Und n-ost-Vorstandsmitglied Christian Mihr resümiert: „Medienfreiheit muss gelebt und verteidigt werden, sonst verkümmert sie. Das ist die Botschaft, die der Westen vom Osten lernen kann, und das ist das Erbe von Anna Politkowskaja“.

Die 100 Seiten starke Studie beginnt mit einem einführenden Kapitel zur Transformationsdynamik und der Problematik einer Berichterstattung über „Osteuropa. In einem zweiten Teil beleuchtet sie konkret die Situation der Medien in zehn wichtigen Transformationsländern, unter besonderer Berücksichtigung von Russland und Polen. Ein Fazit mit Empfehlungen für Politik und Medien schließt die Analyse ab.

Die Studie „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost und Südeuropa“ wird kostenlos gegen einen frankierten und adressierten DIN 4-Rückumschlag (1,45 Euro) jedem Interessierten zugesandt und ist auf www.netzwerkrecherche.de und www.n-ost.de auch online abrufbar.

Kontaktadressen:

Netzwerk Recherche e.V. Marcobrunner Straße 6 65197 Wiesbaden E-Mail: info@netzwerkrecherche.de	Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V. Schillerstraße 57 10627 Berlin E-Mail: n-ost@n-ost.de
---	--

Rückfragen:

Dr. Thomas Leif (Netzwerk Recherche) 0171-9321891

Christian Mihr (Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung) 0171-4344386

Hamburger Signal zur Presse- und Meinungsfreiheit im östlichen Europa

Freiheit heißt auch Verantwortung –

Verantwortung sich gegen Beschränkungen der Freiheit einzumischen

1. Medienfreiheit lässt sich nicht in Zahlen fassen

Jeder Mord an einem Journalisten ist eine Schande für die Demokratie. Dennoch: Die Abhängigkeit der Medien vom Staat ist in der Denkweise der meisten östlichen Gesellschaften tief verankert – auch wenn die Fassaden liberaler Mediengesetze oftmals eine andere Wirklichkeit vortäuschen. Dabei sind alte Abhängigkeitsverhältnisse, die aus der Zeit des Kommunismus stammen, durch neue Zwänge ersetzt worden, die die Einführung der Marktwirtschaft für Medien in vielen Ländern bewirkte. Freiheits-Rankings westlicher Nicht-Regierungs-Organisationen helfen nicht dabei, verschiedene historische Traditionen zwischen Ost- und Westeuropa zu verstehen. Sie zeichnen oft ein verzerrtes Bild durch allzu grobe Vereinfachungen. Fragwürdige Kategorien ebnet tatsächliche Unterschiede ein. Wir müssen Wissen über Hintergründe und Bedingungen von Medienfreiheit erwerben und engagieren uns für eine differenzierte Berichterstattung aus dem östlichen Europa, die die Probleme unserer Kollegen wirklich ernst nimmt.

2. Journalismus als Lernwerkstätte der Demokratie fördern

Unabhängiger und kritischer Journalismus ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Demokratieentwicklung. In Ländern wie Russland wünscht sich eine Mehrheit der Bevölkerung und der Journalisten die Wiedereinführung der Zensur, weil nach dem Ende des Kommunismus die Diktaturerfahrungen tief sitzen und Demokratiepraxis nicht ausreichend eingeübt ist. Wir fördern deshalb umfassend und glaubwürdig eine demokratische Kultur, die kritischen und recherchestarken Journalismus als unverzichtbares Gut versteht und die Demokratie nicht mit Chaos, Unruhe und Unsicherheit gleichsetzt. Wir fördern deshalb Projekte zur Medienpraxis. Wir wollen unabhängigen Journalismus als Lernwerkstätte der Demokratie fördern, der von den Bevölkerungen nicht als Nestbeschmutzung, sondern als Sauerstoff für die Demokratie verstanden und nachgefragt wird.

3. Ethisches Vakuum füllen, journalistisches Selbstbewusstsein stärken

Viele Menschen im östlichen Europa misstrauen den Journalisten: Früher verbreiteten diese staatliche Propaganda. Heute fragt sich die Bevölkerung, ob Journalisten für ihre Beiträge bezahlt werden. Unabhängige Journalisten müssen sich in vielen Gesellschaften des östlichen Europas ihren Platz in den Gesellschaften selbst erkämpfen, weil starke Berufsverbände, verbindliche Ethikkodizes sowie Regeln

zur inneren Pressefreiheit nicht existieren. Wenn Journalisten nicht in der Lage sind, Leitlinien für ihre eigene Arbeit zu formulieren und durchzusetzen, fühlen sich Regierungen dazu eingeladen, Kontrolle und Restriktionen auszuüben. Auf diese Weise ist ein ethisches Vakuum entstanden. Wir unterstützen Journalisten beim Aufbau starker Verbände und Netzwerke und ermutigen sie, Forderungen an die Politik zu stellen, Debatten über journalistische Ethik und journalistische Selbstregulierung in Gang zu setzen. Wir wollen das journalistische Selbstbewusstsein unserer östlichen Kollegen stärken

4. Austausch fördern – Visa-Mauer einreißen

Wenn unsere östlichen Kollegen problemlos zu uns reisen könnten, würde dies mehr bringen als viele Milliarden Euro Wirtschaftshilfe. Seit der Visa-Affäre in der Ukraine erfolgt die Vergabe von Einreiseerlaubnissen sehr rigide und ist von Misstrauen geprägt. Anstatt eine Visa-Mauer an der EU-Ostgrenze zu errichten, die es einigen östlichen Ländern erlaubt, eine im Ton aggressive Abschottungspolitik zu pflegen, sind unbürokratische und vor allem erschwingliche Visa für Normalbürger der erfolgreichste Hebel, den Deutschland und die EU in dieser Frage haben. Die Einbindung von Kollegen aus Transformationsländern in internationale Journalistenvereinigungen, Tandem- und Austausch-Programme, Konferenzen, Dialoge, Diskurse – das sind aus unserer Perspektive machbare Ansätze, die Journalisten in Südost-, Mittelost- und Osteuropa zu unterstützen und um eine Begegnung auf Augenhöhe zu ermöglichen.

5. Gut gemeinte Appelle an Regierungen bewirken zu wenig

Meinungs- und Pressefreiheit ist ein grundlegendes und unteilbares Menschenrecht. In vielen Ländern des östlichen Europas war und ist dieses Menschenrecht bedroht. Gut gemeinte Appelle westlicher Organisationen an Regierungen, die Pressefreiheit zu achten, können jedoch das Gegenteil der gut gemeinten Forderungen bewirken: Regierungen fühlen sich dadurch oft noch mehr bestätigt, unabhängige Journalisten als Sprachrohre der Opposition zu bedrohen und einzuschüchtern. Derartige Appelle diskreditieren sich, wenn deutsche Journalisten sich nicht auch hierzulande gegen Einschränkungen der Pressefreiheit zur Wehr setzen. Sei es gegen die Vorratsdatenspeicherung oder gegen die schleichende Aushöhlung des Redaktionsgeheimnisses durch Abhöraktionen oder Durchsuchungen von Redaktionen. Westliches Engagement darf sich deshalb nicht in schnell formulierten Appellen an Regierungen erschöpfen, die nur das westliche Gewissen beruhigen. Freiheit heißt auch Verantwortung – Verantwortung sich gegen Beschränkungen der Freiheit einzumischen.

Forum I: wie gefährdet ist die Pressefreiheit in Russland?

Wie gefährdet ist die Pressefreiheit in Russland?

- Gibt es Medienfreiheit in Russland?
- Ist Kritik an der Medienfreiheit in Russland erlaubt?
 - Wie darf/muss Kritik aussehen?
- Was ist die Grundproblematik der mangelnden Medienfreiheit in Russland?
 - Mangelnde Nachfrage bei der Bevölkerung
 - Mangelndes Verständnis bzw. Zynismus der russischen Journalisten gegenüber Medienfreiheit überhaupt
- In welcher Hinsicht hat sich die Abhängigkeit der Medien vom Staat unter Putin verändert?
 - Im Vergleich zur Jelzin-Ära
 - Welche Rolle spielt Gazprom?
- Welche Rolle spielen hier der Konflikt in Tschetschenien (Medienkrieg) und der Wahlkampf?
- Kann Deutschland etwas von Russland lernen?

How endangered is the freedom of press in Russia?

- Is there any media freedom in Russia?
 - Is criticism of the media freedom in Russia permitted?
 - How must criticism look like?
- What is the reason problematic nature of the lacking media freedom in Russia?
 - Lacking demand at the population
 - Lacking understanding and/or cynicism of the Russian journalists vis-à-vis media freedom generally
- In which regard did the dependence of the media of the country change under Putin?
 - In comparison with the Jelzin-era
 - which roll does Gazprom play?
- Which roll do the conflict in Chechnya (media war) and the campaign play here?
 - Can learn Germany something of Russia?

Julia Uraktschejewa

- **Gibt es Medienfreiheit in Russland?**

Gibt es nicht, wenn es um groessten Medien und vor allem Fernsehen geht. Kann es aber in regionalen Medien geben. Ich gebe an der Konferenz ein Beispiel dazu.

- **Ist Kritik an der Medienfreiheit in Russland erlaubt?**

Gesetzlich findet Zensur (noch) nicht statt. Es gibt Internet, und im Internet existiert Kritik jeder Art. Man kann solche oppositionelle Online-Medien und Seiten erwahnen, wie www.ej.ru (Der Taegliche Journal), www.kasparov.ru (Zeitung von Garri Kasparow und der politischen Opposition), www.shender.ru (Weblog von bekannten Publizist Wiktor Schenderowitsch), www.izbrannoe.ru u.a. Dort gibt es regelmaessige Medienfreiheitskritik.

- **Was ist die Grundproblematik der mangelnden Medienfreiheit in Russland?**
 - Mangelnde Nachfrage bei der Bevölkerung
 - Mangelndes Verständnis bzw. Zynismus der russischen Journalisten gegenüber Medienfreiheit überhaupt

Ich wuerde sagen, erste Ursache ist bedeutend. Das Wichtigste ist aber, dass die Staat alle Instrumente hat, die MASSEN-Medien zu beeinflussen und keine Kritik zu zulassen.

- **In welcher Hinsicht hat sich die Abhängigkeit der Medien vom Staat unter Putin verändert?**
 - Im Vergleich zur Jelzin-Ära

1990er Jahren in Russland - das war chaotische und deswegen demokratische Zeit. Ganze Medienpolitik der Staat hat sich nun veraendert. Jelzin wollte Medien nicht unterdruecken. Putins Administration hat offensichtlich solche Absicht. Die formale gesetzliche Instrumente, um Medien abhaengig zu machen, haben sich nur zum Teil veraendert.

■ **Kann Deutschland etwas von Russland lernen?**

In Fragen Medienfreiheit - nichts. Auf Vorbild Russlands (wie auch mehreren anderen Staaten) kann man sich nur noch mal daran erinnern, dass es ohne Medienfreiheit keine Demokratie gibt, dass Medienfreiheit relativ einfach sich unterdruecken laesst, und auch dass, das der ganze Volk irgendwie auch ohne Medienfreiheit leben kann.

Stephan Stuchlik

- **Gibt es Medienfreiheit in Russland?**

In der westlichen Definition des Wortes: Nein. Die klassischen Printmedien und die elektronischen Medien werden größtenteils staatlich kontrolliert und beeinflusst, am meisten Freiheit herrscht immer noch im Internet. Wirklich freie Meinungsäußerung existiert höchstens in kleinen Inseln im Medienmeer.
- **Ist Kritik an der Medienfreiheit in Russland erlaubt?**
 - **Wie darf/muss Kritik aussehen?**

Kritik an diesem Zustand ist in Massen erlaubt, solange die Problematik nicht an eine größere Öffentlichkeit gelangt. Also: Demonstrationen für die Pressefreiheit sind als genehmigte Demonstrationen erlaubt, eine Halbstundendiskussion im lokalen Radiosender Echo Moskau auch, eine Abendsendung, in der das Problem im Fernsehen thematisiert würde, ist unvorstellbar.
- **Was ist die Grundproblematik der mangelnden Medienfreiheit in Russland?**

- **Mangelnde Nachfrage bei der Bevölkerung**
- **Mangelndes Verständnis bzw. Zynismus der russischen Journalisten gegenüber Medienfreiheit überhaupt**

Das Grundproblem, jenseits aller politischen Einflussnahme oder des viel beschworenen „unmündigen russischen Bürgers“ ist die Ausbildung der russischen Journalisten. Sie verstehen sich nicht als Anwälte ihrer Leser und Zuhörer oder Zuseher, sondern als Vermittler von schwierigen politischen Prozessen an das einfache Volk. Bereits die gängige Grundausbildung in dieser Richtung vermittelt den russischen Journalisten somit wesentlich mehr gefühlte Nähe zur Macht als zur Bevölkerung.

- **In welcher Hinsicht hat sich die Abhängigkeit der Medien vom Staat unter Putin verändert?**

- **Im Vergleich zur Jelzin-Ära**
- **Welche Rolle spielt Gazprom?**

In Jelzins erster Amtszeit herrschte geradezu eine Medien-Anarchie (vergleichbar dem sympathischen Chaos in den jetzigen Ukrainischen Medien), bereits der Wahlkampf zur zweiten Amtszeit Jelzins mit massivem Druck auf und massiver Hilfe von einflussreichen Medienbaronen stellt aber schon den Sündenfall der politischen Steuerung russischer Medien dar. Putin mit Geheimdienst-Sozialisierung hat auch auf dem Medien-Sektor das gemacht, was auch sonst seinem politischen Credo entspricht: Kontrolle, Kontrolle, Das funktioniert über die Schliessung von unliebsamen Sendern wie NTW, dem Kauf von wichtigen Medien über kremltreue Oligarchen und Beteiligungsgesellschaften, bis hin zur direkten Steuerung der Medien bei wöchentlichen Briefings durch den Kreml. Gazprom spielt auch auf dem Mediensektor wie in anderen Gebieten den verlängerten Arm des Kreml. Zur Gazpromtochter Gazprommedia gehören unter anderem früher kritische Tageszeitungen, der umgestrickte Sender NTW und als Paradoxon (das Feigenblatt) der offen kritische Lokalsender Echo Moskau.

- **Welche Rolle spielen hier der Konflikt in Tschetschenien (Medienkrieg) und der Wahlkampf?**

Zum Tschetschenienkrieg kann ich wenig beitragen, er spielt im Moment in Russland m. E. wenn überhaupt dann eine untergeordnete Rolle. Der Wahlkampf wird nicht über Wahlwerbepots, sondern über die Abendnachrichten im Fernsehen und ihre einseitige Ausrichtung gesteuert, je näher der Wahltermin rückt, desto mehr kommen aussenpolitische Themen auf die Tagesordnung, die den Präsidenten als einzigen Retter Russlands darstellen lassen. Die Meinungsumfrageagenturen geben mit angeblichen Stimmungsbildern per Medien schon einmal das vom Krem gewünschte Resultat der Duma-Wahlen vor.

- **Kann Deutschland etwas von Russland lernen?**

Was Medien betrifft: nein, es sei denn wir sprechen von der erfrischenden technischen Begabung der russischen Kollegen, aus einem Fön eine Sendeanlage zu bauen. Was die Gesellschaftspolitik betrifft: Kinderbetreuung und, was den Rest betrifft: Borsch, Blini und Gelassenheit.

Boris Reitschuster

- **Gibt es Medienfreiheit in Russland?**
Nein. Es gibt noch einzelne halbwegs unabhängige Medien, die aber in der Regel ebenfalls Kompromisse eingehen müssen im Kampf ums Überleben. Die Mehrzahl der Medien ist stramm gesteuert, den Rest erledigt offenbar vorseilende Selbstzensur.
- **Ist Kritik an der Medienfreiheit in Russland erlaubt?**
An der Medienfreiheit oder an deren Einschränkung? Kritik an der Medienfreiheit ist anzutreffen – man bezeichnet sie als Gefahr, unter Hinweis auf ihre Auswüchse in der Jelzin-Zeit, als sich einzelne Konzerne Medien hielten wie Kampfhunde.
 - Wie darf/muss Kritik aussehen?
Sie sollten Anspruch und Wirklichkeit deutlich machen. Der Anspruch: Medien als Kontrollorgan, 4. Macht, die den Regierenden auf die Finger sehen und sie kontrollieren soll. Die Wirklichkeit: Die Medien als Propagandisten und Erfüllungsgehilfen der Regierenden.
- **Was ist die Grundproblematik der mangelnden Medienfreiheit in Russland?**
 - Mangelnde Nachfrage bei der Bevölkerung
Die Bevölkerung ist nach den Auswüchsen der Jelzin-Zeit, als viele Journalisten in der Tat in vielerlei Hinsicht Auftragsschreiber waren, enttäuscht von der Presse. Bei weiten Teilen herrscht noch das alte Bild vor, dass Medien nicht über Negatives, sondern Positives schreiben sollen – das alte sowjetische Verständnis von Journalismus. Ein Verständnis von Journalismus als Kontrollinstanz ist kaum vorhanden – auch weil sich die Presse selbst diskreditiert hat.
 - Mangelndes Verständnis bzw. Zynismus der russischen Journalisten gegenüber Medienfreiheit überhaupt
In der Tat hört man immer wieder als Argument von russischen Kollegen für ihre Propaganda-Tätigkeit, dies sei überall so, auch im Westen, es gebe keinen freien Journalismus etc. Viele russischen Kollegen nehmen uns nicht ab, dass wir in der Tat in unserer Arbeit weitgehend frei sind.
- **In welcher Hinsicht hat sich die Abhängigkeit der Medien vom Staat unter Putin verändert?**
 - Im Vergleich zur Jelzin-Ära
Enorm. Unter Jelzin gab es vielleicht keine Pressefreiheit im westlichen Sinne, die Eigentümer richteten ihre Medien strikt aus und legten damit den Grundstein für die Misere von heute. Aber zumindest gab es unterschiedliche Eigentümer mit unterschiedlichen Zielen, auch solche die gegen die Regierung war – und deshalb gab es einen gewissen Pluralismus (der aber nicht mit Pressefreiheit im westlichen Sinne gleichgesetzt werden sollte).
 - Welche Rolle spielt Gazprom?
Die Rolle des wichtigsten Totengräbers freier Medien
- **Welche Rolle spielen hier der Konflikt in Tschetschenien (Medienkrieg) und der Wahlkampf?**
Was ist mit „hier“ gemeint? In Russland? Tschetschenien war das Ross, auf dem Putin in den Kreml ritt, sagte der große russische Soziologe Jurij Lewada. Ohne den

Tschetschenienkrieg wäre der enorme Stimmungsumschwung, der Putin binnen Wochen vom Ziehsohn des verhassten Jelzin-Clans zur Retterfigur machte, undenkbar gewesen.

-
- **Kann Deutschland etwas von Russland lernen?**
Wie wichtig freie Medien sind – und wie wichtig es ist, den Anfängen zu wehren.

Forum I : Chancen und Grenzen des investigativen Journalismus

Leitfragen

Forum I: Chancen und Grenzen des Investigativen Journalismus

- Was versteht man in Südost-, Mittelost- und Osteuropa unter investigativem Journalismus?
- Wie versteht sich der Journalismus in Südost-, Mittelost- und Osteuropa in seiner Beziehung zum Staat?
- Warum wird investigativer Journalismus in der Gesellschaft nicht nachgefragt?
- Wo sind der Recherche in der Praxis sowie juristische Grenzen gesetzt?
- Welche Voraussetzungen sind innerhalb der Redaktionen nicht erfüllt, um investigative Recherche zu leisten?
- Wo müssen Journalisten in Hinsicht der investigativen Recherche selbst aktiv werden?
- Gibt es journalistische Netzwerke, die sich dem investigativen Journalismus verpflichtet fühlen?

Forum I: Chances and limits of investigative journalism in Eastern and Middle Europe

- What does one understand in Eastern Europe under investigativem journalism?
- How does journalism in Südost-, Mittelost- and Eastern Europe in its relation to the country understand itself?
- Why is investigative journalism in the company not inquired?
- Where are the investigations in the practice as well as juristic boundaries set?
- Which prerequisites are not fulfilled within the editorships in order to perform investigative investigation?
- Where must journalists in regard of the investigativen investigation become even active?
- Are there journalistic networks that feel the investigativen journalism obligated?

Stephan Candea

1. **Was versteht man in Südost-, Mittelost- und Osteuropa unter investigativem Journalismus?**

About East Europe – a lot of articles and tv productions are labeled as “investigative articles”; also, most of the newsrooms have so called “investigative departments”. However, the vast majority of those **articles** are non-investigative articles: advertisement racketeering, disinformation, “compromat”, plagiary or summary of penal files leaked to the media by police, attorney or secret services.

Regarding “investigative departments”: actually reporters working under such departments are covering on a daily basis police, courts, military or prisons. They report every day, they become addicted to press offices and press officers (because of breaking news syndrome) so slowly but steady those journalists become PR channels for different state institutions. I guess that editors and media owners felt the need of “scandals” and “criticism” in the media, after 50 years of communist rule and non-critical journalism. But they failed to invest resources in “investigative journalism” and they forgot about quality journalism. The result is a general trend of “copy paste” journalism in the print media and crime productions in the tv reports (first half of the main news bulletin is covering suicides, killings, rapes and road accidents). Foreign investment in the Romanian media brought no improvement, as the local editorial management was always done by Romanian “dinosaurs”.

2. Wie versteht sich der Journalismus in Südost-, Mittelost- und Osteuropa in seiner Beziehung zum Staat?

The state is the public enemy. The state is fault for everything - in most journalists’ opinion. The state and state institutions are the first to attack journalists, to try to manipulate them, to forbid them different rights, try to control them and the state institutions are the first to block access to information.

Unfortunately, the state is usually succeeding in making shady deals with owners or publishers of media – so journalists in most of the cases have to live with that and impose a self censorship.

3. Warum wird investigativer Journalismus in der Gesellschaft nicht nachgefragt?

I don’t know if this is a correct assumption. Our investigative articles were most of the time pretty good received and were generating debates, follow-up and from time to time reactions from authorities. I guess this is a key issue in East Europe: you get no reactions from authorities or politicians when you uncover things in your investigations.

Another explanation could be the overflow of non-investigative articles, suffocating the media consumers and serving private interests of owners of media or publishers.

4. Wo sind der Recherche in der Praxis sowie juristische Grenzen gesetzt?

The Court is the worst enemy for eastern European journalists. Not only because in most cases insult and calumny are still in the penal code, but also because the fact that anybody can sue you without paying anything. In a slow and corrupt justice system, as the one at home, this means that each new lawsuit will last for about 2 years – and journalists faces hundreds of such trials. That means the journalist has to appear in front of the judge almost every week, sometimes in his home town and sometimes somewhere in the country. This is a very important tool to put pressure on journalists not to write anymore. After you get 13 lawsuits for one single investigation - and you need to go in the court every week for 2 years – it doesn’t matter that you win in the end.

5. Welche Voraussetzungen sind innerhalb der Redaktionen nicht erfüllt, um investigative Recherche zu leisten?

In the first place, there is no newsroom that can give resources and protection for investigative research in Eastern Europe. Money is not allocated for international phone calls, for international databases, for special software or for international travels, conferences and networking activity. There is no money for libel insurance. Then there is no editorial space (editorial solutions) to publish proper investigative stories. There are no magazines similar to Spiegel, Stern or Focus. There are no real “serious newspapers” as you can find in Germany, UK or other western countries. Or if you find enough space that will be in a newspaper with limited readership. Also, because of media ownership in Eastern Europe (I am talking about Romania, Moldova, Ukraine – I don’t know other countries media that well...) there is a censorship to be noticed in most of the newsrooms – sometimes even a self-censorship of the journalists.

6. Wo müssen Journalisten in Hinsicht der investigativen Recherche selbst aktiv werden?

You need time to “build” an investigative journalist, to get him to have knowledge, resources and to have him involved in a regional or international network. Such a journalist needs time to work on investigative projects outside the day to day reporting, needs yearly training time into new techniques. He also needs the backup of the newsroom when he is pressured because of his work. Maybe journalists need to be more active in asking all those things to their bosses, to the owners. Maybe journalists in Eastern Europe are much to “passive” in the media landscape being afraid not to lose their jobs. And I know for sure that journalists should speak up about internal censorship and abuses within newsrooms. They almost never do.

Networking is another area where journalists should be more active – that brings a lot of useful resources for investigative stories.

7. Gibt es journalistische Netzwerke, die sich dem investigativen Journalismus verpflichtet fühlen?

We have built such a network in Romania, since 2001 (The Romanian Centre for Investigative Journalism) using the model of ICIJ – International Consortium for Inv Journ. In the same time, we are building regional networks, attending global conferences or small meetings among investigative reporters in eastern Europe. There is a global network of local investigative centers; there are similar networks in countries like Bulgaria, Albania, Serbia, Moldova. So I guess investigative journalists in Eastern, Central and Southern Europe have enough models to start such networks if they really want to.

Henrik Kaufholz

1) Das slawische wort für "Investigation" kann man auch als "Reportage" verstehen. Deshalb gibt es seit vielen Jahren in vielen Ländern der Region in fast allen medien eine Abteilung für "Investigativen Journalismus". Hat aber wenig mit "investigativen Journalismus" in westlichen Medien zu tun. Sind eher Abteilungen für Nachrichten. Viele Reporter, die sich "investigative Journalisten", bekannt sind, neigen auch zu Kampagnen - wie z.B. Politkowskaja. Es gibt aber überall Bestrebungen in Richtung "investigativen Journalismus" - und vor allem auf Balkan geht's wirklich voran.

2) Kann man nur Land für Land beantworten

3) Ist es auch. Aber von den Regierungen, von Wirtschaftsinteressen und - noch wichtiger - von den meisten Herausgebern (auch westlichen!) nicht.

4) Kann man auch nur Land für Land beantworten. Und: Jura ist nicht Jura. Nach vielen Verfassungen der Region haben Journalisten (und andere Bürger) Zugang zu öffentlichen Informationen. Dieser Zugang steht aber nur auf dem Papier.

5) Hierzu finden Sie eine ganze Menge in meinen Papieren.

6) Verstehe ich nicht..... Recherchen kommen ja nicht vom selbst.

7) Ja, Scoop und (teilweise) BIRN (Balkan Investigative Reporters Network). Gemeinsam werden Scoop und BIRN auch im Herbst versuchen Journalisten aus den "neuen" EU-Ländern einzubeziehen. Schwerpunkt in BIRN ist nicht investigativer Journalismus, sondern Analyse, Kommentare und Hintergrund. BIRN bewegt sich aber in Richtung investigativen Journalismus. Scoop wird auch vom Januar 08 Russland einbeziehen. In einigen Ländern gibt es auch Vereine für investigativen Journalismus: Weissrussland, Rumänien, Bulgarien, Serbien. Für ganz Balkan gibt es auch ein Website: www.netnovinar.org

György Balo

-
- Was versteht man in Südost-, Mittelost- und Osteuropa unter investigativem Journalismus?
 - MÖGLICHERWEISE DAS SELBE WAS MAN IN ANDEREN TEILEN EUROPA'S VERSTEHT. WARUM DER UNTERSCHIED?
 - Wie versteht sich der Journalismus in Südost-, Mittelost- und Osteuropa in seiner Beziehung zum Staat?
 - SCHLECHT. ES GIBT SEHR WENIGE WENN ÜBERHAUPT WIRKLICH UNABHÄNGIGE MEDIEN WEIL DIE MEISTEN SIND VON WESTLICHEN FIRMEN GEEIGNET UND/ODER STARKEN POLITISCHEN DRUCK STEHEN ODER NAHE BZW. SEHR NAHE ZU POLITISCHEN PARTEIEN STEHEN
 - Warum wird investigativer Journalismus in der Gesellschaft nicht nachgefragt?
 - WEIL DIE GESELLSCHAFT IM ALLGEMEINEN ENTTÄUSCHT IST, ES GIBT KEINE WEGWEISENDE ÖFFENTLICHE MEINUNG, DIE GESELLSCHAFT IS GESPALTET USW. - MAN KÖNNTE SEHR VIEL DARÜBER REDEN
 - Wo sind der Recherche in der Praxis sowie juristische Grenzen gesetzt?
 - JURISTISCHE GRENZEN SIND NICHT STÖRENDE, ES GIBT VOR ALLEM PRAKTISCHE PROBLEME
 - Welche Voraussetzungen sind innerhalb der Redaktionen nicht erfüllt, um investigative Recherche zu leisten?
 - MUT, UNABHÄNGIGKEIT, GELD, KREATIVITÄT, TALENT, DIE MÖGLICHKEIT, GUTE LEUTE WOCHEN- ODER MONATELANG MIT EINER EINZIGEN AUFGABE BESCHÄFTIGEN ZU LASSEN
 - Wo müssen Journalisten in Hinsicht der investigativen Recherche selbst aktiv werden?
 - ÜBERALL - ABER ES GIBT KEINE HOFFNUNG DAß SIE EINES TAGES ZUSAMMEN AUFTRETEN - S. GESPALTENE GESELLSCHAFT
 - Gibt es journalistische Netzwerke, die sich dem investigativen Journalismus verpflichtet fühlen?
 - WARSCHENLICH NICHT - ICH PERSÖNLICH KENNE KEINE SOLCHE

Forum II: Journalisten als Kämpfer für die Demokratie

Leitfragen

Forum II: Journalisten als Kämpfer für die Demokratie

- Ist der Satz von Hans-Joachim Friedrichs „Distanz halten, sich nicht gemein machen mit einer Sache – auch nicht mit einer guten“ auf Südost-, Mittelost- und Osteuropa übertragbar?
- Müssen Journalisten die Gesellschaft und die Politiker zur Demokratie erziehen?
- Ist Medienfreiheit ohne Demokratie denkbar?
- Welches Selbstverständnis der Journalisten muss als Voraussetzung vorherrschen?
- Sind die Medien die besseren „Revolutionsmacher“ und welche Strategien wurden hier in der Ukraine und in Georgien verfolgt?
- Können der Westen und Deutschland Unterstützung leisten? Wie kann diese aussehen?

Forum II: Journalists as fighters for democracy?

- Is the sentence of Hans-Joachim Friedrichs "distance hold, make itself not meanly with a thing – also not with a good" on Eastern Europe transferably?
- Must journalists raise the company and the politicians to the democracy?
- Is media freedom conceivable without democracy?
- Which self understanding of the journalists must prevail as a prerequisite?
- Are the media were pursued the better "revolution makers" and which strategies here in the Ukraine and in Georgien?
 - Perform ability the west and Germany support?
 - How can this look?
- Where must journalists in regard of the investigativen investigation become even active?
- Are there journalistic networks that feel the investigativen journalism obligated?

Irina Scherbakova

- Ist der Satz von Hans-Joachim Friedrichs „Distanz halten, sich nicht gemein machen mit einer Sache – auch nicht mit einer guten“ auf Südost-, Mittelost- und Osteuropa übertragbar?

Ich glaube, dass Distanz halten - ist die eine Sache, das heisst auch den klaren Kopf nicht verlieren, auch im Mitleid nicht aufgehen und sachlich und unsentimental bleiben. Aber man kann ohne den eigenen Standpunkt und eigene Position ein guter Journalist sein, man muss schon eigene Meinung haben und die auch zeigen. Anna Politkowskaja ist der beste Beispiel dafuer.

- **Müssen Journalisten die Gesellschaft und die Politiker zur Demokratie erziehen?**

Nur in dem Sinne, dass Transparenz und Pressefreiheit ein wichtiger Teil der Demokratie ist, vor allem muss die Presse demonstrieren, dass sie nicht kaeflich ist.

Russische Erfahrung zeigt, wie die freie Presse dadurch ihren Image und Leserachtung verloren hat.

- **Ist Medienfreiheit ohne Demokratie denkbar?**

In Wirklichkeit nicht

Welches Selbstverständnis der Journalisten muss als Voraussetzung vorherrschen?

Wir sind dazu da, um die Öffentlichkeit wahrhaftig und ehrlich zu informieren, und alle damit verbundene Risiken zu tragen. Wozu führt Opportunismus? zeigt das heutige Beispiel Russlands.

- **Sind die Medien die besseren „Revolutionsmacher“ und welche Strategien wurden hier in der Ukraine und in Georgien verfolgt?**

Dank Medien bekamen die Menschen Informationen - es ist in solchen Situationen enorm wichtig

- **Können der Westen und Deutschland Unterstützung leisten? Wie kann diese aussehen?**

Ja - in dem man Beispiel der wirklich freien Presse gibt, indem man ehrlich berichtet und sich nicht verführen lässt - von Gas, Öl und a.

Ludmila Gumenyuk

- **Is the sentence of Hans-Joachim Friedrichs "distance hold, make itself not meanly with a thing – also not with a good" on Eastern Europe transferably?**

- This dictum is not prevailing as a journalism norm and a professional standard in Ukraine.
- Dichotomy: post-soviet press VS newly launched market-oriented media.
- Lack of unbiased and objective approach. Media as a political tool.
- Poor professional standards. Issue of modern journalism training.
- Long and painstaking way toward understanding of the journalist's role in society.

- **Must journalists raise the company and the politicians to the democracy?**

- Democracy today: polarized and in danger of being paralysed and pulverized.
- Journalists' agenda: nothing less than rescuing a democracy.
- Free and responsible government cannot exist without an informed public.
- Case of Ukraine:

Most of the Ukrainian citizens do not directly interrelate the freedom of being objectively informed with the quality of their life, and thus do not need free press.

Ukrainian politicians and high ranked bureaucrats, still mostly represented by the cadres of Soviet formation, is objectively interested in preservation of the old rules of game, that is, "the press-the power".

Prior to tragic disappearance of journalist Georgiy Gongadze in September 2000, the journalists failed to establish the community, well aware of its corporate interests. They want "to be liked by those who feed them", and are accomplishing the most formidable propaganda tasks.

- **Is media freedom conceivable without democracy? .**
- **Which self understanding of the journalists must prevail as a prerequisite?**
- **Are the media were pursued the better "revolution makers" and which strategies here in the Ukraine and in Georgien?**
 - **Perform ability the west and Germany support?**
 - **How can this look?**

Journalist element of the Orange Revolution of 2004. Lessons gained.

Understanding of journalist's role during the Orange Revolution and during the split of the Orange team leaders.

Today's debate on the wrongly understood journalist's role. Malpractices in reporting current political crises in Ukraine. Political talk-shows as means of alienation of citizens from the decision-making process.

- **Where must journalists in regard of the investigativen investigation become even active?**

Courage as a timeless quality and surfaces when the government is tempted to hit the bottle of censorship.

Threats and risks for the investigative journalists in Ukraine. (Murders of Georgiy Gongadze, Ihor Aleksandrov etc. are still undisclosed.)

Only few names of the Ukrainian journalists working devotedly and professionally in overwhelming challenges.

Immaturity of the investigative journalism as a journalism genre. Lack of investigative skills. Journalist's self-censorship and reluctance to risk.

- **Are there journalistic networks that feel the investigativen journalism obligated?**

No special journalist network was created to focus on the investigative journalism.

Two existing journalists' professional unions: **National Union of Journalist of Ukraine** (NUJU), created during the Soviet time, and **Independent Media Trade Union** (IMTU) that appeared during the period of strong political pressure prior to the presidential elections of 2004 (Orange Revolution) are working on aimed various goals like establishing transparent rules on media market, introduction of high media standards, protection of freedom of speech, etc. Since 2005 IJTU has been concentrating its efforts on introduction of editorial agreements between media owners and journalists.

Recently, it is due to the support of the Western donor organizations that a number of the investigative journalism projects have been launched in Ukraine, mainly on providing training seminars and round tables for working journalists. The biggest one is realised nationally within the Decent Ukraine, an anti-corruption Programme (<http://ukraine.usaid.gov/mcc.shtml>).

Forum III: Schwierige Nachbarschaft Deutsch-polnische Fallstricke

Forum III: Schwierige Nachbarschaft – Streitgespräch

- Was ist der Hintergrund des angeblichen deutsch-polnischen Medienkrieges im vergangenen Jahr? (nicht der Auslöser, sondern die Ursachen)
- Werden populistische Schlagzeilen auf deutscher wie auf polnischer Seite aktiv eingesetzt, um Auflagen zu steigern?
- Wird hier die geschichtspolitische Debatte zwischen unseren Ländern missbraucht, um Auflage zu machen?
- Wie sieht der Einfluss der Politik auf Journalisten in Deutschland und Polen aus?
- Von der Kartoffel-Affäre bis zum Streit um den vermeintlich schwulen Teletubbi - wie hat sich das Klima für
- Berichtersteller unter den Kaczynskis verändert?
- Wie könnte eine bessere Berichterstattung zu einem guten Nachbarschaftsverhältnis beitragen?
- Welche Rolle spielen deutsche Verlage in Polen?
- Welche Fehler werden in der Journalistenausbildung in Deutschland und Polen begangen?

Forum III: Difficult neighbourhood: German-Polish traps - debate -

- What was the background of the German-Polish media war in the past year? (Not the trigger, but rather the causes) used becoming populist headline in German like on Polish side actively in order to increase levies?
- Is the geschichtspolitische debate between our countries misused here in order to make levy? How could contribute through a better reporting and a good neighborhood ratio?
- How would this reporting have to look?

Daniel Passent

- **Was ist der Hintergrund des angeblichen deutsch-polnischen Medienkrieges im vergangenen Jahr? (nicht der Auslöser, sondern die Ursachen)**

I do not think that there is a Polish - German media war. The current animosity may be explained by some political and cultural differences. POLitical, because the new Polish

gouvernement tries to re-conquer the position of our country in the UE and in the relations with the neighbors (the Baltic pipeline). Culturally the Kaczynski brothers are very provincial and have big ego, they are suspicious of media which have been and partly still are critical of them.

- **Werden populistische Schlagzeilen auf deutscher wie auf polnischer Seite aktiv eingesetzt, um Auflagen zu steigern?**

In Poland - yes. In Germany probably as well, but I do not know the German media enough.

- **Wird hier die geschichtspolitische Debatte zwischen unseren Ländern missbraucht, um Auflage zu machen?**

Yes.

- **Wie sieht der Einfluss der Politik auf Journalisten in Deutschland und Polen aus?**

Media in Poland are deeply divided. On one side - defenders of the "Third Republic" (i.e. the transition 1989-2005), on the other hand a significant part of journalists in Poland supported the "Fourth Republic", i.e., the Kaczynski brothers. Their conflict goes on.

- **Von der Kartoffel-Affäre bis zum Streit um den vermeintlich schwulen Teletubbi - wie hat sich das Klima für Berichterstatter unter den Kaczynskis verändert?**

Poland is deeply divided and so are the media. Every topic is politicized, media are quite aggressive, the tension is high. The Govt. monopolized the public media, but private media are quite pluralistic and free. The "German issue" is not a significant problem in Polish media.

- **Wie könnte eine bessere Berichterstattung zu einem guten Nachbarschaftsverhältnis beitragen?**

- **Welche Rolle spielen deutsche Verlage in Polen?**

This is a very good and interesting question. How much if Polish media is controlled by German capital and what are the consequences. The Axel Springer trio: "Fakt" (Polish 'Bild'), "Dziennik" (another daily) and "Newsweek Polska".

- **Welche Fehler werden in der Journalistenausbildung in Deutschland und Polen begangen?**

Journalism is an open profession and very difficult to teach. I am not an enthusiast of journalism schools, rather of learning by experience. I know too little about journalism training to comment on this question.

Cezary Gmyz

Was ist der Hintergrund des angeblichen deutsch-polnischen Medienkrieges im vergangenen Jahr? (nicht der Auslöser, sondern die Ursachen)

Hat zwei Gründe – Gerhard Schöder und Erike Steinbach

- **Werden populistische Schlagzeilen auf deutscher wie auf polnischer Seite aktiv eingesetzt, um Auflagen zu steigern?**

Ich sehe keine populistische Tendenzen in polnische Medien (außer bulevar Medien, dass ist aber natürlich)

- **Wird hier die geschichtspolitische Debatte zwischen unseren Ländern missbraucht, um Auflage zu machen?**

Überhaupt nicht. In Polen berichtet man sehr viele über Geschichte, weil für polnische Leser diese Themen viel mehr interessant als für Deutschen sind

- **Wie sieht der Einfluss der Politik auf Journalisten in Deutschland und Polen aus?**

Ich denke, dass viel größerer Einfluss auf Politik haben Medien als umgekehrt

- **Von der Kartoffel-Affäre bis zum Streit um den vermeintlich schwulen Teletubbi - wie hat sich das Klima für Berichtersteller unter den Kaczynskis verändert?**

Überhaupt nicht. Medien und Politik bleiben zwei getrennte Welten.

- **Wie könnte eine bessere Berichterstattung zu einem guten Nachbarschaftsverhältnis beitragen?**

Vor Allem muss man viel mehr wissen. Wenn ich lese Erinnerungen deutsche Korrespondentin von ARD über Arbeit in Polen ich verstehe nicht warum schick man nach Polen Leute mit keine Sprach- und Landkenntnisse

- **Welche Rolle spielen deutsche Verlage in Polen?**

Positive. Sie machen Wettbewerb noch mehr stärker. Konkurrenz ist gesund

- **Welche Fehler werden in der Journalistenausbildung in Deutschland und Polen begangen?**

In Polen in Grunde genommen gibt es kein Journalistenausbildung. Sind Journalistische Fakultäten, die vorbereiten am meisten Arbeitlose. Einzige gute Ausbildung gibt nur Praktikum.

Gesine Schwan August 2006

Wie geht es weiter zwischen Deutschen und Polen?

Zunehmend beunruhigt fragen sich Beobachter der deutsch-polnischen Beziehungen, ob das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen, das sich nach 1989 überraschend erfreulich entwickelt hatte, allmählich in eine zerstörerische Krise geraten könnte. Indizien finden sich auf der politischen Ebene und vor allem in einigen Medien, in denen auf beiden Seiten Misstrauen und traditionelle Vorurteile neu bekräftigt werden. In den letzten Tagen hat die Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Eröffnung von Erika Steinbachs Vertreibungsausstellung noch einmal an Schärfe zugelegt. Deshalb erscheint es angebracht, den gegenwärtigen Stand der Beziehungen in Ruhe zu analysieren und mögliche Fehlentwicklungen zu verdeutlichen, damit ihnen entgegengetreten werden kann. Denn es wäre verantwortungslos, das zwischen Polen und Deutschen Erreichte leichtfertig auf's Spiel zu setzen. Vertrauen zu gewinnen ist schwer und dauert lange, es zu verspielen geschieht schnell. Der Schaden wird oft erst offenbar, wenn es gefährlich wird.

Wenn gegenwärtig öffentlich von einer Trübung der deutsch-polnischen Beziehungen die Rede ist, dann wird in der Regel nicht zwischen den Ebenen der Politik und der Medien einerseits und der Gesellschaft andererseits unterschieden. Ins Auge fallen abgesagte Besuche und deutschlandkritische Reden von hochrangigen polnischen Politikern und gegenseitige Angriffe in den Medien. Die muss man aber von den Gesellschaften in beiden Ländern und ihrem erkennbaren Pluralismus unterscheiden. Bis zum heutigen Tag zeigen nämlich

Umfragen, dass die Deutschen in den Augen der Polen an Respekt und sogar Sympathie gewinnen. Eine klare Mehrheit wünscht sich Deutschland als bevorzugten politischen und sogar – nach den USA und Großbritannien – als wichtigsten militärischen Partner. Freilich entwickelt sich die Sympathie von deutscher Seite nicht symmetrisch, aber sie entwickelt sich. An Kenntnis, Interesse und Wohlwollen haben die Deutschen immerhin entschieden aufzuholen.

Dennoch: Im gerade vergangenen deutsch-polnischen Kulturjahr hat es 2000 deutsch-polnische

Initiativen gegeben: vom gemeinsamen Musizieren über Literaturveranstaltungen, Theateraufführungen, sportliche Treffen bis zum Briefmarkensammeln. Es gibt inzwischen 600 lebendige Städtepartnerschaften (mit Frankreich bestehen nach 50 Jahren Aussöhnung 3500), und wirtschaftliche Kooperationen wie gegenseitige touristische Besuche nehmen beachtlich zu. Auch mit vielen Vertriebenen, etwa dem Adalbertus-Werk katholischer

1

Danziger und zahlreichen Einzelaktivitäten gibt es vorzügliche Kooperationen, man restauriert zusammen historische Gebäude und ehemals deutsche Friedhöfe, trauert und feiert zusammen und lädt sich gegenseitig ein. Schließlich ist die ursprünglich Bonner Ausstellung über die Vertreibung, an der kompetente polnische Fachwissenschaftler teilgenommen haben, in Deutschland und Polen gleichermaßen auf respektvolle und wohlwollende Würdigung gestoßen.

Auf der Ebene der Politik und der Medien sieht es komplizierter aus. Zwar hält die Behauptung, die Brüder Kaczynski hätten wegen ihrer antideutschen Positionen den letzten Wahlkampf gewonnen, seriösen Wahlanalysen nicht stand. Vielmehr haben vor allem die Bewohner der ländlichen Gebiete Ost- und Südpolens, die sich von Polens rasanter Modernisierung materiell und mental überfordert fühlen, die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ gewählt. Anders als die „Bürgerplattform“, die sich programmatisch auf wirtschaftsliberale Positionen beschränkte, bot sie mit der Betonung des Sozialen und des Nationalen eine Sicherheit, nach der die verunsicherten Schichten verlangen (wie übrigens auch in anderen Ländern Europas). Überdies tut die Erinnerung daran gut, dass die gegenwärtige Regierung aus einer Wahlbeteiligung von 40 Prozent hervorgegangen ist. Das ist niedrig, relativiert ihre Repräsentativität erheblich und ist nicht untypisch für Transformationsgesellschaften. Da die Polen überdies seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, mit Ausnahme der Zwischenkriegszeit 1919-1939, praktisch unter Fremdherrschaft lebten (woran die deutschen Regierungen einen entscheidenden und auch entwürdigenden Anteil hatten), haben sie sich in 200 Jahren angewöhnt, sich um ihre Regierungen möglichst wenig zu scheren und an ihnen vorbei zu handeln. Dies muss und wird sich vermutlich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ändern, aber Mentalitätswechsel brauchen Zeit.

Allerdings hat die polnische Regierung in den letzten Monaten in der Tat sehr uneinheitliche Signale an ihren westlichen Nachbarn gesendet: von scharfer Kritik, über Nichtreagieren auf Initiativen bis zu Vorschlägen zur Kooperation. Gegenwärtig überwiegen die beiden ersten Verhaltensformen, aber neue Anregungen etwa zu einem Treffen des Weimarer Dreiecks wurden angekündigt. Zugleich gibt es einige erkennbare ideelle Unterschiede zwischen der gegenwärtigen polnischen und der deutschen Regierung. Besonders schwierige Folgen entstehen durch die Tendenz wichtiger polnischer Spitzenpolitiker, die Regierung für Positionen in der deutschen Gesellschaft zur Verantwortung zu ziehen, wie es etwa beim Streit um den (übrigens journalistisch misslungenen) Taz-Artikel der Fall war. Das ist gegen

2

die Regeln der repräsentativen Demokratie, die politische und gesellschaftliche Verantwortung bewusst unterscheidet, weil sonst eine potenziell totalitäre Zuordnung von Kompetenzen an die Regierung droht.

Ein bedeutsamer Unterschied besteht auch hinsichtlich der Diskriminierung von Minderheiten. Insbesondere Homosexuelle wurden öffentlich von Mitgliedern der polnischen

Regierungskoalition unter einen unerträglichen Kriminalitätsverdacht gestellt. Solche Vorstellungen werden vermutlich noch von beträchtlichen Teilen der polnischen Gesellschaft geteilt. Ob das zugleich für die Forderung gilt, die Todesstrafe wieder einzuführen, wage ich allerdings zu bezweifeln (denn die gehört nicht zur katholischen Mentalitäts-Erbschaft). Insgesamt stehen den ermutigenden öffentlichen Äußerungen des Staatspräsidenten Lech Kaczynski einige entmutigende seines Zwillingbruders und Premierministers Jaroslaw Kaczynski gegenüber, in denen ein erhebliches Misstrauen gegenüber Deutschland und der EU zum Ausdruck kommt.

Wie gelangt man von deutscher Seite besser mit der polnischen ins Gespräch? Hilfreich wäre die schon längere Zeit anstehende Ernennung eines polnischen Koordinators für die polnischdeutschen

Beziehungen, nachdem Botschafterin Professor Irena Lipowicz zusammen mit Außenminister Meller vor Wochen zurückgetreten ist. Schön wäre auch eine Neubesetzung des polnischen Moderators für das deutsch-polnische Forum, das Janusz Reiter bis zu seinem Weggang als polnischer Botschafter nach Washington im vergangenen Herbst betreut hatte. Es betrübt zu beobachten, dass diese Besetzungen bisher nicht erfolgt sind. Themen für eine engere Zusammenarbeit gibt es genug, insbesondere hinsichtlich einer gemeinsamen Politik in der EU, in Bezug auf die Energieversorgung und auf die EUVerfassung.

Wir könnten einen großen Schritt vorankommen, wenn wir während der deutschen Ratspräsidentschaft gemeinsame deutsch-polnische oder, noch besser: deutschpolnisch-

französische Initiativen präsentieren könnten. Wir kämen damit alle weiter als mit einzelnen nationalen Ideen, die auf Autarkie zielen. Ich erinnere mich mit großer Freude an Staatspräsident Lech Kaczynskis Rede am 8. März dieses Jahres beim Abendempfang des Bundespräsidenten, wo der polnische Staatspräsident nach seinem Berlin-Tag spontan die Notwendigkeit unterstrichen hat, die europäische Union nicht nur im Geiste nationaler Interessen anzugehen, weil sie so nicht gelingen könne.

3

Auf deutscher Seite zeichnen die Medien oft ein erstaunlich homogenes negatives Bild von Polen, identifizieren ebenfalls häufig Regierungsaussagen mit „den Polen“ und werden so dem innerpolnischen Pluralismus nicht gerecht. Es gibt in Polen auch gegenüber der Regierungspolitik sehr unterschiedliche Voten. Insbesondere wird in den wichtigen Zeitungen immer wieder die Forderung an die Regierung erhoben, das Verhältnis zu den Nachbarn, im Interesse der Polen selbst, zu verbessern.

Zwar wurde dieser Pluralismus jetzt bei der Wiedergabe unterschiedlicher polnischer Reaktionen auf Günter Grass' Eingeständnis seiner jugendlichen Mitgliedschaft in der Waffen-SS wieder deutlicher hervorgehoben. Aber insgesamt besteht die Tendenz, gerade auch bei der deutschen Linken, auf eine subtilere Kenntnis der gegenwärtigen polnischen Umbruchgesellschaft zu verzichten und statt dessen das Vorurteil zu nähren – wie es auch in den Umfragen unter Deutschen zum Ausdruck kommt –, Polen seien vorwiegend (katholisch)-reaktionär und mental zurückgeblieben, man müsse ihnen zeigen, was wahrhaft fortschrittliche Politik sei und sie erst auf die Höhe der Europäischen Union bringen. Diese Tendenz hat im Presseecho auf Erika Steinbachs Vertriebenen-Ausstellung im Kronprinzenpalais noch einmal eine Verstärkung gefunden. Der erneute Versuch, das Thema im Sinne des Bundes der Vertriebenen bundesrepublikanisch sanktioniert zu präsentieren – die Ausstellung soll ja ein strategischer Schritt dahin sein –, birgt die Gefahr, die bisher von den politischen Turbulenzen unbehelligte deutsch-polnische Verständigung nun auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft gravierend zu beeinträchtigen. „Der Streit um die Ausstellung ‚Erzwungene Wege‘ zeigt, dass die Polen den Deutschen gegenüber in der Position moralischer Überlegenheit verharren“ – dieser Untertitel eines Artikels von Thomas Urban, zeigt, welcher circulus vitiosus droht. Urban ist ein guter Kenner Polens und hat ein Buch

über die Vertreibung geschrieben. Zugleich streitet er seit Jahren engagiert für Erika Steinbachs Zentrum. Um es zu unterstützen, zeichnete er nach der Ausstellungseröffnung in mehreren Artikeln hintereinander ein negatives Polenbild, in dem die Polen mit den polnischen Nationalisten, der polnischen Rechten und der polnischen Amtskirche so vermengt werden, dass der weniger informierte Leser sich nur merkt: Die Polen sind unmöglich und wollen ihre eigenen Fehler nicht zugeben. Die Logik heißt: Je schlechter „die Polen“ dastehen, desto besser für die Ausstellung. Die anderen Stimmen, etwa eines Adam Krzeminski, werden nicht dagegen gehalten. Und auf polnischer Seite gibt es in der gegenwärtigen politischen Konstellation genügend Stimmen, die für Urban eine passende

4

„Vorlage“ bieten, etwa wenn sie eine Ausstellung beurteilen, die sie noch nicht gesehen haben. Hier entsteht die Gefahr, dass die Probleme auf der Regierungsebene auf die Gesellschaft durchschlagen, und davor möchte ich warnen.

Die Schwierigkeiten würden sich vergrößern, wenn mit Erika Steinbachs Ausstellung der alte Streit wieder begäme und der mühsame, aber vernünftige diesbezügliche Koalitionskompromiss zwischen CDU/CSU und SPD aufgekündigt würde, der ein sichtbares Zeichen gegen Vertreibung in Berlin im Zusammenhang mit dem von beiden Präsidenten, von

ihren Vorgängern und von der vorangegangenen Bundesregierung unterstützten Netzwerk vorsieht, an dem sich auch die Nachbarn Deutschlands beteiligen. Zwei Gründe sprechen dagegen.

Zum einen ist die Initiatorin dieser Ausstellung so belastet, dass eine deutsch-polnische Verständigung in dieser persönlichen Konstellation ausgeschlossen erscheint. Während Frau Steinbach in Deutschland nach wie vor wenig bekannt ist, haben in Polen alle an der Diskussion beteiligten Bürger seit Jahren ihre Biographie und ihr Verhalten genauer verfolgt. Geboren wurde sie als Tochter eines Unteroffiziers der deutschen Wehrmacht. Ihr Vater bezog nach dem deutschen Überfall auf Polen mit seiner aus dem hessischen Hanau kommenden Familie ein Haus im polnischen Ort Rumia bei Danzig. An der deutschen Besetzung Polens hatte die 1945 zweijährige Erika Steinbach wahrhaft keinen Anteil. Aber dass sie sich, als die deutsche Wehrmacht aus Polen zurückgeschlagen wird und die Familie Rumia wieder verlassen muss, als Vertriebene bezeichnet, dass sie von den Polen (als Bedingung für deren Beitritt zur EU, dem sie nur unter Vorbehalt zugestimmt hat) immer wieder ein Schuldbekenntnis gegenüber den Vertriebenen gefordert hat, dass sie persönlich es als Großzügigkeit präsentiert, den Polen „die Hand zur Versöhnung“ reichen zu wollen, trotz des Traumas, das sie erlitten habe, weil sie „ihre Heimat“ 1945 verlassen musste – das dreht den Polen den Magen um, und nicht nur ihnen. Frau Steinbach wäre ihr „Trauma“ doch nur dann erspart geblieben, wenn die deutsche Wehrmacht Polen weiter besetzt gehalten hätte! Es ging eben jahrelang nicht einfach um die Trauer oder um die innerdeutsche Anerkennung des Leids in der Vertreibung, sondern um die Vertauschung der Rollen von Tätern und Opfern und um daraus abgeleitete moralische Forderungen an Polen und Tschechen. Sie werden in der gegenwärtigen Berliner Ausstellung nicht mehr erwähnt.

5

Die Ausstellung im Kronprinzenpalais erscheint mir dennoch – und dies ist der zweite Grund - für eine innerdeutsche wie für eine europäische Versöhnung nicht geeignet zu sein, weil sie das Prinzip der individuellen Verantwortung vom Ansatz her ausblendet. Zugleich gerät sie in einen Widerspruch zu sich selbst, weil sie ein Prinzip – das der kollektiven Vereinheitlichung - bekräftigt, das sie im Vorspann der Ausstellung als Hauptursache der Vertreibung verurteilt. Denn die Vertriebenen konstituieren sich als Gruppe und Thema der Ausstellung über die verschiedenen historischen Konstellationen hinweg lediglich durch Zuschreibung zu einer jeweiligen homogenisierten nationalen oder ethnischen Einheit. Eben dieses Prinzip der nationalen Homogenisierung wird aber eben als Hauptgrund für die Vertreibung angeführt und bekämpft. Täter- wie Opfer-Status entstehen nach demselben Prinzip, dessen

Überwindung durch seine Verfestigung im Denkmal nicht erleichtert wird, sondern erneute analoge homogenisierende Reaktionen hervorruft, z.B. die Reaktionen von Polen und Tschechen. Das – zu Recht – abgelehnte Prinzip kann nur durch das der individuellen Verantwortung überwunden werden, nicht durch seine Wiederholung im Opferstatus. Dass Menschen verfolgt, vertrieben, getötet werden, nur weil sie zu einer nationalen Gruppe gehörten, die zur Einheitlichkeit verschmolzen wird, obwohl die einzelnen Menschen sich sehr unterschiedlich verhalten haben können, das ist – zu Recht - das Skandalon. Dass sudetendeutsche Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus ebenso wie seine begeisterten Anhänger vertrieben worden sind – dass mithin die individuelle Verantwortlichkeit und Verhaltensweise bei der Vertreibung ausgeblendet worden ist, empört. Umgekehrt aber unterminiert man gerade die Individualität und ihre Verantwortlichkeit, wenn man die Vertriebenen zu per definitionem nicht verantwortlichen Mitgliedern eines Opferkollektivs macht und gar nicht mehr nach ihrem Verhalten fragt. „Die von Konrad Henlein geführte nationalsozialistische Sudetendeutsche Partei hatte zudem die in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen als antitschechisch und Hitler-freundlich diskreditiert“ heißt es im historischen Begleittext zu den Bildern. Hatte die Partei keine Mitglieder, die diese Diskreditierung veranlassten? Das Ziel, einen vermeintlichen Kollektivschuld-Vorwurf abzuwehren, endet in einer kollektiven Abkehr vom Prinzip der Einzelverantwortung. Zur Versöhnung aber gehört, dass alle sich selbst prüfen und ihre Verantwortung übernehmen, auch Opfer.

Wie wenig diese Frage der individuellen Verantwortung der Deutschen im Allgemeinen, der Vertriebenen im Besonderen im Blick der Aussteller war, findet sich an verschiedenen Stellen
6

belegt: „Diktatoren“ beschlossen die Aufteilung Polens zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich. Die alte Lesart, dass Hitler und seine Clique zusammen mit Stalin das deutsche Volk ins Unglück gestürzt hat? In der gegenwärtigen Forschung ist sie längst überwunden.

Schließlich führt die Fokussierung des historischen Geschehens auf die Vertriebenen als Opfer zum Ausschluss anderer Opfer und zu Sätzen, die wohl kaum mit den „Augen der anderen“ gelesen wurden: „Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion am 22.6.1941 löste für die deutsche Minderheit in der UdSSR eine Katastrophe aus“ heißt es lapidar. Von der Katastrophe für die Russen ist keine Rede, und Flucht aus ihren verbrannten Dörfern gilt vermutlich nicht als Vertreibung.

Das Prinzip der Ausstellung, die kollektive Vereinheitlichung (diesmal als prinzipiell nicht verantwortliche Opfer), liegt an der Wurzel von Vorurteilen, die wir für unsere Zukunft in Deutschland, für ein gedeihliches Verhältnis zwischen uns als Nachbarn und für ein glückendes Europa gerade überwinden wollen. Dass es bei unseren Nachbarn z.T. unqualifizierte Pawlow'sche Reflexe auslöst, ist so bedauerlich wie erwartbar. Es wäre nicht gut, wenn ewig Gestrige, die es natürlich in allen unseren Ländern gibt, sich in der nächsten Zeit gegenseitig hochschaukelten und die mühsame Vertrauensarbeit zunichte machten, deren Ergebnis Jahre gebraucht hat. Das alte Prinzip hat genug Unheil angerichtet und sollte begraben werden zugunsten eines aufgeschlossenen pluralistischen Europa mit kulturell unvermeidlich immer vielfältigeren Gesellschaften. Sie können zusammenkommen und zusammenhalten, wenn sie die Aufgabe der individuellen Bürgerverantwortung wahrnehmen. So sollte es auch zwischen Polen und Deutschen weiter gehen. Vor uns liegt noch ein langer, sicher auch holpriger, aber schließlich lohnender Weg.

Forum IV: Wildwest-Journalismus – Journalistische Standards und Selbstverständnis

Forum IV: Wildwest-Journalismus

- Lassen sich westliche Ausbildungskonzepte übertragen?
- Was kann der Westen vom Osten lernen?
- Muss die journalistische Ausbildung grundlegend reformiert werden?
- Wie lässt sich die Qualität der Berichterstattung verbessern?
 - Haben Journalisten lediglich die Wahl, Einzelkämpfer oder Auftragsarbeiter zu sein?
- Scheitert die Mediendemokratie am mangelnden Selbstverständnis der Journalisten?
- Wie tragen die beruflichen und finanziellen Bedingungen zur mangelnden Qualität der Berichterstattung bei?
- Welche Verantwortung müssen Journalisten konkret übernehmen?

Forum IV: Wild west Journalism – Journalistic standards and self-images in Eastern Europe

- Can western education drafts be transmitted?
 - What can the west of the East learn?
 - Must the journalistic education basically be reformed?
- How can the quality of the reporting be improved?
- Do journalists have solely the choice to be single fighter or order worker?
- Does the media democracy fail due to the lacking self understanding of the journalists?
- How do the professional and financial conditions to the lacking quality of the reporting contribute?
- Which responsibility must journalists concretely receive?

Alla Bespalova

Can western education drafts be transmitted?

Western education drafts cannot be transmitted completely, because we have different concepts of journalists education. The American education is directed first of all - students have mastered technology of a skill, have received concrete skills of work with the information. In East concept we have more attention for the preparation widely formed, humanistic focused, socially responsible, thinking journalist.

What can the west of the East learn?

The East can learn at the West the educational methods on practical journalism.

Must the journalistic education basically be reformed?

Journalistic education should be modernized, as much as possible approached for practice, but the concept (the journalism is not a set of receptions, but a way of thinking) should remain constant.

How can the quality of the reporting be improved?

This question has many aspects - professional, social, financial, etc.

Do journalists have solely the choice to be single fighter or order worker?

Journalists should not be unique fighters but their information should make active a society to struggle against the negative phenomena.

Does the media democracy fail due to the lacking self understanding of the journalists?

Including the lack of journalists understanding. But the main reasons - social, political, an economic level of development of a society in general.

How do the professional and financial conditions to the lacking quality of the reporting contribute?

Directly.

Which responsibility must journalists concretely receive?

The responsibility should be both legal and ethical.

Yuri Shirocky

Naturally, the principles of journalism should be the same anywhere in the world, be it the East or the West.

The school of journalism in the East has been seriously damaged in the years of the Communist Rule. However, the situation is not THAT disasterous. As we see it in countries like Poland or Slovakia, it did not take them too long after the fall of their regimes to raise a new generation of democratic journalists. Naturally, any support the West can render in this respect is very welcome.

In my country, journalists working for the independent mass media (press, web sites, etc) are normally trying to follow the western standards of coverage. Thier colleagues in the state-run newspapers controlled by the regime usually write in a more Soviet-era-style manner. However, we witness numerous occasions when people switch sides and change propaganda for journalism, or vice versa. That said, a media professional is a media professional. The gap between the two approaches to journalism is not that wide.

In Belarus, the quality of articles needs to be improved. Journalists need more accuracy, responsibility, professionalism, etc. It is especially vital for non-state sector where any mistake or inaccurate quotation by a reporter may lead to severe repressions by the state against the journalist and his, or her, mass media.

The conditions of work are also very important. In Belarus, the independent media are not at all rich. They often cannot afford paying competitive salaries. That is why their star journalists tend to leave for governmental newspapers or start working for Russian publications or western wire services. This is a very serious threat for the remains of the free press in Belarus.

Johannes Voswinkel

• **Lassen sich westliche Ausbildungskonzepte übertragen?**

Durchaus, da die oftmals eher publizistisch gefärbte Ausbildung arbeitslebensnäher und professioneller sein könnte. Die Tradition einer privaten journalistischen Ausbildung über Volontariat oder Journalistenschule fehlt völlig. Andererseits bleibt die praktische Frage, ob nicht derart ausgebildete Journalisten nur einer erhöhten Frustration ausgesetzt sind, da sie in der russischen Arbeitswirklichkeit fast nirgends mehr ihre Fähigkeiten frei umsetzen könnten.

• **Was kann der Westen vom Osten lernen?**

Die aufgefrischte Wertschätzung (zumeist) funktionierender freier Medien. Widerstand gegen zuviel Beliebigkeit zugunsten des wirtschaftlichen oder persönlichen Erfolgs. Konsequentes Einstehen für journalistische und demokratische Grundpositionen trotz möglicher persönlicher Nachteile (milde ausgedrückt). Die Bedeutung freier Medien für gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen und die mögliche Teilhabe jedes einzelnen daran.

• **Muss die journalistische Ausbildung grundlegend reformiert werden?**

In Deutschland? Womöglich da, wo sie zu wenig die Bedeutung der erreichten Pressefreiheit und die gesellschaftliche Besonderheit des Informationsmarktes würdigt und Fragen journalistischer Ethik als altmodisch oder wenig marktkonform vernachlässigt.

• **Wie lässt sich die Qualität der Berichterstattung verbessern?**

In Deutschland? Engagierte Ausbildung, Besinnung auf journalistische Grundstandards und ein bisschen mehr Wagemut.

o **Haben Journalisten lediglich die Wahl, Einzelkämpfer oder Auftragsarbeiter zu sein?**

Auch Auftragsarbeiter können sich einen erstaunlichen Freiraum schaffen. Aber für Deutschland wage ich kaum, das zu beantworten, da ich schon zulange im Ausland arbeite. In Russland allerdings bleibt den meisten Journalisten aus dem Aufrechten-Häuflein nichts anderes übrig, als sich als Einzeltäter seinem Ideal anzunähern. Der allergrößte Teil der gleichgeschalteten oder beeinflussten Medien ist für journalistische Mitarbeiter nur durch Zynismus erträglich, der zugleich langsam seine inneren Zerstörungskräfte entwickelt.

• **Scheitert die Mediendemokratie am mangelnden Selbstverständnis der Journalisten?**

Es trägt dazu bei, aber auch die Medienkonsumenten sind gefragt. Die Emanzipierung der russischen Journalisten von Zensur, Angst und Selbstzensur findet auch häufig nicht statt, weil sie von den Lesern nicht gewünscht oder unterstützt wird. Die Unterdrückung der Journalisten greift erst recht da, wo sie niemand verteidigt (und das beginnt schon ganz einfach mit dem Kauf der Zeitung, der eine wirtschaftliche Grundlage schafft).

• **Wie tragen die beruflichen und finanziellen Bedingungen zur mangelnden Qualität der Berichterstattung bei?**

Miserable Gehälter lassen keineswegs alle Journalisten zu Anpassern werden, aber viele. Finanzielle Probleme zersetzen die Ideale und nähren Pragmatismus, der oft schleichend in Zynismus übergeht. Aber sie zermürben auch diejenigen, die zu ihren journalistischen Idealen stehen: Aufrechte Journalisten in Russland zeigen als Reaktion oft eine beunruhigende Selbstüberhebung und Selbstisolierung, einen aufgezwungenen Asketismus, der sie dem Publikum auch in der journalistischen Arbeit entfremdet.

• **Welche Verantwortung müssen Journalisten konkret übernehmen?**

Eine wichtige Verantwortung, die ich erst in der Arbeit gerade in Russland kennen gelernt habe, ist die für den Gesprächspartner. Während der Ausbildung mag das Jagdfieber im Vordergrund stehen, und für eine ungeheuerliche Information gäbe man vieles. Zum

verantwortlichen Journalismus gehört aber nicht nur die erfolgreiche Recherche, sondern auch die innere Freiheit, in seltenen Fällen manches Rechercheergebnis beiseite zu lassen, um den Informanten nicht einer persönlichen Gefahr auszusetzen.

Vasella Vladkova

- **Lassen sich westliche Ausbildungskonzepte übertragen?**

Die journalistische Ausbildung in Bulgarien ist (leider) anders als in Deutschland konstruiert. Schwerpunkt ist ein Journalistikstudium ohne Praktikumsangebot. Folge – junge Reporter steigen ohne praktische Erfahrungen in den Beruf. "Learning by doing", jedoch nicht als Volontär, sondern als Festangestellter. Der Job des Reporters wird stark unterschätzt und als niedrigste Stufe in der Presse angesehen.

- **Was kann der Westen vom Osten lernen?**

Flexibilität, im Medien-Dschungel überleben, mit wenig (oder gar keiner) Technik zurecht kommen.

- **Muss die journalistische Ausbildung grundlegend reformiert werden?**

Ja. Angehende Journalisten in Bulgarien brauchen eine praxisbezogene Ausbildung. In Bulgarien fehlt das Bindeglied Volontariat, was sich letztendlich auf die Qualität der Berichterstattung auswirkt.

- **Wie lässt sich die Qualität der Berichterstattung verbessern?**

- **Haben Journalisten lediglich die Wahl, Einzelkämpfer oder Auftragsarbeiter zu sein?**

Durch Erfahrungsaustausch und Ausbildungsmöglichkeiten. Das Selbstverständnis der Journalisten ist verzerrt und man ist sich der Verantwortung der Medien für die Öffentlichkeit nicht bewusst. Die bulgarische Journalistik braucht mehr Glaubwürdigkeit. Ein langwieriger Prozess – führende Medien sind von der politischen in die wirtschaftliche Abhängigkeit geraten. Solange Einschaltquoten und Auflage über Erfolg und Misserfolg entscheiden, bleiben die Qualitätsjournalisten Einzelkämpfer.

- **Scheitert die Mediendemokratie am mangelnden Selbstverständnis der Journalisten?**

Oft verstehen sich Journalisten in Bulgarien als Partner der Politik, insbesondere wenn es um übergreifende nationale Interessen geht. Dazu sind zwei Beispiele zu nennen – die umstrittene Stilllegung von zwei Reaktoren im bulgarischen Atomkraftwerk Kosloduj und die Todesurteile gegen fünf bulgarische Krankenschwestern in Libyen. Das Selbstverständnis als unabhängiger Beobachter und Vermittler greift nicht immer. Journalisten verlieren oft die Distanz.

- **Wie tragen die beruflichen und finanziellen Bedingungen zur mangelnden Qualität der Berichterstattung bei?**

Nicht ausschlaggebend, aber wichtig. Im Vergleich zu anderen Bereichen liegen die Löhne und Gehälter der Journalisten in Bulgarien deutlich über dem Landesdurchschnitt von umgerechnet 200 Euro im Monat. Großer Unterschied zwischen hauptstädtischen (mit landesweiter Ausbreitung) und regionalen Medien, wo eine deutliche finanzielle Unsicherheit herrscht und zur stark ausgeprägten Fluktuation führt. Journalisten treten daher oft als Gastautoren bei anderen Medien auf, um sich durch diesen „Nebenjob“ ein zusätzliches Einkommen sichern. Oft verliert man aber dadurch an Glaubwürdigkeit.

Forum V: Segen und Fluch deutscher Medieninvestitionen

Leitfragen:

Forum V: Segen und Fluch deutscher Medieninvestitionen

- Welche positiven und negativen Auswirkungen haben die Investitionen deutscher Medienunternehmen?
- Warum ist die Haltung der deutschen Verlage in Südost-, Mittelost- und Osteuropa so ambivalent?
- Exportieren die deutschen Verlage statt Medienfreiheit eher neue, kommerzielle Abhängigkeitsverhältnisse und populistische Methoden nach Südost-, Mittelost- und Osteuropa?

Forum V: Advantages and disadvantages of German Media investments

- Which positive and negative effects have the investments of German media businesses?
- Why is the bearing of the German publishing houses in Eastern Europe so ambivalent?
- Do the German publishing houses export rather new, commercial dependence ratios and populist methods instead of media freedom to Eastern Europe?

Joachim Weidemann

*** Welche positiven und negativen Auswirkungen haben die Investitionen deutscher Medienunternehmen?**

1. Wenn wir einen Partner in MOE suchen, so achten wir auf dessen Integrität und Streben nach Qualität. Wir agieren stets im Team, nicht alleine. Wir stärken dadurch Verleger, die Unabhängigkeit von Einflüssen Dritter (Staat, Oligarchen etc.) suchen.

2. Wir leisten Aufbauarbeit beim Portfolio - launchen oder relaunchen Zeitungen und Magazine. Wir schulen Journalisten, um sie zu qualitativer kritischer Berichterstattung zu befähigen. Dazu gehört auch die Debatte um einen Kodex.

3. Wir leisten kommerzielle Aufbauarbeit, etwa durch professionellen Vertrieb und durch Schulung von Anzeigenabteilungen, Diversifizierung von Kundenbeziehungen etc.

4. Wir arbeiten am Aufbau professioneller Verbände und transparenter Marktverhältnisse.

*** Warum ist die Haltung der deutschen Verlage in Südost-, Mittelost- und Osteuropa so ambivalent?**

Unser Haltung ist nicht ambivalent.
Aber vielleicht habe ich die Frage nicht verstanden.

*** Exportieren die deutschen Verlage statt Medienfreiheit eher neue, kommerzielle Abhängigkeitsverhältnisse und populistische Methoden nach Südost-, Mittelost- und Osteuropa?**

1. Pressefreiheit kann nur wachsen, wenn das kommerzielle Umfeld dazu besteht und die Erlösmodelle stimmen. Sonst wäre die Presse nicht überlebensfähig bzw. wäre auf Subventionen (von wem auch immer angewesen).

2. Unser Geschäftsmodell lautet nach wie vor: Wir verkaufen Wörter an Leser, und Leser an Anzeigenkunden -- nicht Wörter an Anzeigenkunden, weil dann die Leser abfallen.

3. In der Zielgruppe der Entscheider geht das recht gut mit Qualität.

4. Wir kombinieren ferner unsere Produkte zu einem Portfolio, die verschiedene Erlösquellen bieten (Online, Tageszeitung, Wochenmagazin, Fachmedien und Lifestyle-Medien).

5. Das wir dabei auch Gewinn machen und eine schöne Rendite erwirtschaften, ist doch eigentlich normal. Es ist die Verzinsung des Kapitals, das die Medien erst möglich machte. Natürlich können das lokale Verlage auch - etwa Agora in Polen. Aber viele Verlage treten an uns heran, um uns als Partner zu gewinnen.

Ludmila Rakusanova

Welche positiven und negativen Auswirkungen haben die Investitionen deutscher Medienunternehmen?

Wie die meisten Medieninvestoren aus dem Westen brachten auch deutsche Investoren den tschechischen Medien theoretisch die Chance, sich unabhängig von der staatlichen Einflussnahme zu profilieren. Diese Chance jedoch wird nicht konsequent genutzt, weil viele Chefredakteure noch die Angewohnheit haben, der politischen „Obrigkeit“ alle Wünsche von den Augen abzulesen. Zu negativen Auswirkungen zählt, dass sich das deutsche Engagement auf dem tschechischen Zeitungsmarkt sehr leicht propagandistisch missbrauchen lässt, indem man Vorurteile ausspielt.

Warum ist die Haltung der deutschen Verlage in Südost-, Mittelost- und Osteuropa so ambivalent?

Ist sie es? Ich finde ihre Haltung eher eindeutig: Sie kamen nicht, um zu erziehen, sondern um zu verdienen und ihre Gesamtbilanzen aufzubessern. Was diese Haltung vielleicht ambivalent erscheinen lässt, ist das völlig andere Umfeld, das deutsche Medien im Osten antreffen und das sie nicht versuchen, zu verstehen, sondern zu nutzen.

Exportieren die deutschen Verlage statt Medienfreiheit eher neue, kommerzielle Abhängigkeitsverhältnisse und populistische Methoden nach Südost-, Mittelost- und Osteuropa?

Medienfreiheit lässt sich nicht exportieren, sie muss täglich neu errungen werden. Solange Chefredakteure Auseinandersetzungen mit der Verlagsleitung scheuen und Journalisten sich - zum Teil auch wegen ihrer mangelhaften Ausbildung- in populistische Arbeitsweise flüchten, werden auch deutsche Verleger den bequemeren Weg gehen und z.B. auf kostenaufwendige Recherchen verzichten.

Forum VI:

Leitfragen:

Forum VI: (k)ein Thema in deutschen Medien?

- Ist die Berichterstattung über die Länder Südost-, Mittelost- und Osteuropa ein Einheitsbrei oder gibt es eine differenzierte Wahrnehmung?
 - Tendenz der „Überblicksberichterstattung“ oder des Ländervergleichs?
- Welches Osteuropa-Bild haben deutsche Journalisten?
- Warum dominieren im Blick Richtung Osten nach wie vor negative Vorurteile?
- Ist der Transformationsprozess zu komplex um ihn journalistisch zu bearbeiten?
- Wie sind der Umfang und das Interesse im Vergleich zu anderen Auslandsthemen?

Forum VI: Eastern Europe – (Not) a topic for German media?

- Is the reporting over the countries in Eastern Europe a unit pulp or gives it a differentiated perception?
 - Bias of the "overview reporting" or the countries comparison?
- Which Eastern Europe-picture/ stereotypes do German journalists have?
- Why do prejudices negative as always dominate in the view direction East?
- Is the transformation process to be processed too complexly for journalistic reporting?
- How are the circumference and the interest in comparison with other foreign country subjects?

Nils Kreimeier

- 1.) Es gibt differenzierte Berichterstattung, allerdings konzentriert sie sich auf Polen und Russland. Von Entwicklungen wie der in der Ukraine werden Redaktionen daher zuweilen überrascht. Wie ausführlich über einzelne Länder berichtet wird, hängt oft von der Stellung des jeweiligen Korrespondenten ab
- 2.) Osteuropa-Bild: Es gibt bei Nicht-Fachredakteuren eine Tendenz dazu, Osteuropa als Quelle von Mafia-Strukturen, Lohndumping und mangelnden Sozialstandards zu betrachten, was sich deutlich in der Berichterstattung vor und nach der EU-Erweiterung, aber auch während der Visa-Affaire zeigte
- 3.) Vorurteile: Stimmt pauschal so nicht: Die Entwicklung in Russland wurde jahrelang eher zu optimistisch beurteilt, die in den osteuropäischen EU-Beitrittsländern tatsächlich eher zu negativ. Das liegt vermutlich daran, dass die vermeintliche Bedrohung durch polnische oder tschechische Arbeitnehmer realer erscheint

- 4.) Nichts ist zu komplex, um es journalistisch zu bearbeiten. Der Transformationsprozess erscheint mir sogar als Thema dankbarer als Politik auf EU-Ebene. Wichtig ist nur eine grundlegende Differenzierung: Polen, die Balten, Tschechien u.s.w. haben Anfang der 90er Jahre einen anderen Weg eingeschlagen als Russland oder die Ukraine – was vor allem weit zurückreichende historische Gründe hat
- 5.) Im Vergleich zu Westeuropa, Asien und USA: sicherlich unterdurchschnittlich, Interesse nimmt derzeit sogar eher ab

Bogar, Zsolt (Magyar Narancs, Ungarn)

Anmerkung im Vorfeld

Die Annaeherung ist von der Richtung der Rezeption. Indem ich in Ungarn lebe und arbeite, habe ich eher Eindrücke, als fundierte Erfahrungen mit der Qualität und Quantität der Berichterstattung über Osteuropa in den deutschen Medien. Das ist auch kein osteuropäischer sondern ungarischer Blickwinkel. Meine Eindrücke habe ich während des Studiums und einer Fortbildung gesammelt: zwei Semester habe ich in Deutschland studiert. Später habe ich als Teilnehmer des Medienprogramms „Medien-Mittler zwischen den Völkern“ die deutsche Presse verfolgt. In Ungarn lese ich regelmaessig deutsche Online-Zeitungen und manchmal Print. So sind vielleicht eben solche Eindrücke auch nicht so bedeutungslos / belanglos.

- **Ist die Berichterstattung über die Länder Südost-, Mittelost- und Osteuropa ein Einheitsbrei oder gibt es eine differenzierte Wahrnehmung?**

Die Wahrnehmung ist teils differenziert, teils pauschalisierend. Wenn Geschichten gemocht werden, die gut recherchiert sind, findet man (wenn man will) das Allgemeine im Einzelnen, ohne dabei zu pauschalisieren. Was die Intensität anbetrifft, sehe ich einen Unterschied zwischen Nachbarländern und Nicht-Nachbarländern. Polen ist dabei ein eigenes Kapitel. Interessant sind noch Tschechien (Benes, Autoindustrie) bzw. die Slowakei („osteuropäisches Wunder“) und die baltischen Länder (wo auch immer sich die grösste Spannung zwischen einem baltischen Land und Russland entwickelt). Ungarn findet weniger Beachtung. Eins macht mich trotzdem optimistisch bzgl Ungarns: Wenn sich die Nicht-Normalität in einem Land für eine Weile einkehrt, ist es für die Presse noch lange interessant sein kann (Siehe: Strassenkrawalle im September-Oktober). Dann besteht auch die Möglichkeit, die Gründe aufzudecken bzw zu beleuchten. Und normals möchte ich betonen: gute Geschichten sind Evergreens. Bloss muss man sie finden.

- **Tendenz der „Überblicksberichterstattung“ oder des Ländervergleichs?**

Soso. Mit dieser Tendenz bin ich skeptisch. Sowa kann ich mir an deutsche Themen gekoppelt vorstellen: wenn ein Beitrag beispielsweise von dem Gesundheitsreform handelt, kann es nachgeschaut werden, wie die osteuropäische Innovation damit zurechtkommt. Aber insgesamt würde ich „Überblicksberichterstattung“ oder „Ländervergleich“ an sich nicht bevorzugen: das kann schnell zur Pauschalisierung führen oder man verliert sich in Einzelheiten und macht damit den ganzen Beitrag kaputt. Ich glaube an gute Geschichten und Reportagen, die auch in den deutschen Medien zu vermarkten sind. Z. B. Chinesen in

Budapest: ein Markt in Józsefváros (im 9. Bezirk), der als Brückenkopf des chinesischen Handels mit Osteuropa und als WTC der gefälschten Markwaren fungiert. Vier Teilnehmer des Projekts Mediatandem Ungarn haben darüber ausführlich recherchiert und berichtet. Die Geschichte wurde an Financial Times Deutschland und an ORF RADIO verkauft und auch durch dpa vermarktet. An solchen Geschichten sehe ich gute Chancen bei der Berichterstattung aus Osteuropa

- **Welches Osteuropa-Bild haben deutsche Journalisten?**

Ich denke nicht, dass sie in Stereotypen denken. Das ist auch nicht ausschlaggebend, ob sie bestimmte Osteuropa-Erfahrungen haben oder mit Stunde Null (tabula rasa) anfangen zu recherchieren. Ich denke, sie machen einfach ihren Job: sie suchen den roten Faden, der dann seine Geschichte schreibt. Sie stellen Fragen und das macht sie nicht glücklich, wenn sie nicht mit ja oder nein beantwortet werden können. Es ist trotzdem sehr interessant zu beobachten, wie sich die Spannung bei dem Austausch entfaltet: je mehr Erfahrungen gemacht werden, desto grösser wird sie, weil die Journalisten die Sachen durch den Beitrag beobachten, der sie erst später schreiben / aufnehmen / drehen werden. Z. B. wie sie den Sachverhalt, der immer komplizierter ist, darstellen sollten. Und zugleich kommt mit dem Material auch das Gefühl, dass man als Teil der Geschichte ist und dadurch eigene Erlebnisse und Reflexionen hineinbringt. Das macht die Beiträge subjektiv, aber auch für einen Einheimischen sehr aufschlussreich, weil diese Beiträge nur in einer viel kleineren Masse durch den ungarischen Diskurs infiziert sind. Wenn ich also erzählen soll, was für ein Osteuropa-Bild die deutschen Journalisten haben, muss ich dazu sagen: Jemand, der sich mit Ungarn auseinandergesetzt hat, hat sein eigenes. Und das ist gut so.

- **Warum dominieren im Blick Richtung Osten nach wie vor negative Vorurteile?**

Weil entweder Vorurteile das Denken im Allgemeinen dominieren oder das p.c. funktioniert in bestimmten Fällen gut, in anderen nicht so gut. Ich meine, die Ungarn denken auch mit viel Vorurteilen an die Polizei, die Politiker, die Reichen, die Schwulen, die Roma, die Kirche etc. An fast alles. An die Sachen, die übrig bleiben, denkt man vielleicht gar nicht. Ich behaupte, Vorurteile sind sogar sehr nützlich für die Journalisten, was das Handwerk angeht. Das sind im kollektiven Bewusstsein, so kann man sich an sie immer anschließen.

- **Ist der Transformationsprozess zu komplex um ihn journalistisch zu bearbeiten?**

„Transformationsprozess“ zu beschreiben, finde ich, zu abstrakt für einen Journalisten. Er soll Geschichten schreiben. Nebenbei kann er auch die Abstrahierung statt dem Konsumenten durchführen, aber ich denke, das ist auch aussagekräftig, wenn ich nur das Datum schreibe: 17. Juni 2007. Und dann eine unglaubliche Geschichte, die zeigt, dass die Transformation nicht von einem Tag auf den anderen erfolgt und nicht unbedingt den Wandel von Nicht-Normalem ins Normale bedeutet.

- **Wie sind der Umfang und das Interesse im Vergleich zu anderen Auslandsthemen?**

Ich denke, man könnte viel mehr gute Geschichten im Zusammenhang mit Ungarn in den deutschen Medien anbieten. Dazu braucht man aber Ortskenntnisse, Kontakte und persönliche Präsenz (Von Wien aus ist es schwer.) Ich finde, das Interesse besteht unbedingt, weil guter Stoff immer gefragt ist, um die Seiten / Sendezeit zu füllen.

Über den Vergleich zu anderen Ländern habe ich in der ersten Antwort ausführlich geschrieben

Dimitri Klimow

- **Is the reporting over the countries in Eastern Europe a unit pulp or gives it a differentiated perception?**

The reporting over the countries in Eastern Europe as usual not perceived as a "unit pulp". But sometimes it does not give an appropriate perception. This feature, I think, is absolutely natural, because for foreign media it is not absolutely clear the "psychological climate" of the country, some, so called, "social communicators" and so on and so forth.

- **Bias of the "overview reporting" or the countries comparison?**

From my personal point of view, the "overview reporting" prevails.

- **Which Eastern Europe-picture/ stereotypes do German journalists have?**

There are not many stereotypes, but some of them still exist. For example, absence of the democracy; high level of criminalisation of the society and business (It was partly true for 90-th, but not now).

- **Why do prejudices negative as always dominate in the view direction East?**

Because the former aggressive ideology and propaganda of the Soviet Union, lasted for more than 70 years, made a deep trace. This "heritage" is not overcome yet. First of all by western media. Russia today is still in transition or transformation period, but not the Soviet Union absolutely.

- **Is the transformation process to be processed too complexly for journalistic reporting?**

Yes, it is. This is a very short answer, because it is obviously.

- **How are the circumstances and the interest in comparison with other foreign country subjects?**

This is not a very clear question. This position should be specified.

Norbert Rüttsche

Gerne gehe ich kurz auf die unten aufgeführten Fragen ein. Dabei will ich mich vor allem auf "meine" Länder, das heißt Südosteuropa/Balkan ohne Bulgarien und Rumänien beziehen.

1) Die Berichterstattung, so meine ich, ist schon differenziert. Ob es die Wahrnehmung der Rezipierenden auch ist, hängt wahrscheinlich sehr von der einzelnen Leserin, dem einzelnen Leser ab. Für "meine Region" ist je nach Thema die Überblicksberichterstattung dem Ländervergleich vorzuziehen oder umgekehrt. Entwicklungen im ehemaligen Jugoslawien können sehr oft nur in einem größeren Zusammenhang - d.h. staatsgrenzenübergreifend - dargestellt werden. Dies ist den Redaktionen meist bewusst.

2) Zu "meiner Region": Die Redakteure in Deutschland/der Schweiz und vor allem in Österreich kennen sich erstaunlich gut aus. Sie bezeichnen die politische Situation - zurecht - als sehr kompliziert und mahnen immer wieder, nicht zu stark ins Detail zu gehen.

3) Es ist eine philosophische Frage, was "negative Vorurteile" sind. Diejenigen Themen, die für das deutschsprachige Europa aus dem ehemaligen Jugoslawien und Albanien relevant sind, sind nun mal einfach meist mit den "dunklen 1990er-Jahren" verbunden. Dazu kommt die allgemeine Realität in der Medienwelt, die da lautet "Bad news is good news". Dies lässt sich nicht vom Korrespondentenplatz aus ändern. Vielmehr geht es darum, wie man mit dieser Tatsache umgeht.

4) Der Transformationsprozess ist komplex, sehr sogar, um ihn zu bearbeiten. Aber zu sagen er sei zu komplex... damit würden wir Medienschaffende es uns zu einfach machen. Genau dieser Punkt ist eine der grössten Herausforderungen meiner Arbeit.

5) Wie immer zu "meiner Region": Das Interesse ist vorhanden, ja. Vielleicht gerade deswegen, weil es leider noch zur Genüge "Bad news" sind, die die Region produziert. Aber ganz sicher auch deshalb, weil das ehemaligen Jugoslawien und die deutschsprachigen Länder durch die Migration in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts und dann auch durch die Flüchtlingsströme der 1990er Jahre eng miteinander verbunden sind. Zudem: Es ist klar - und das wissen auch die Redaktionen -, dass ein neuerlicher gewaltsamer Konflikt in dieser Region sofort Auswirkungen hätten auf Deutschland, Österreich und die Schweiz.

Andreas Metz

Ist die Berichterstattung über die Länder Südost-, Mittelost- und Osteuropa ein Einheitsbrei oder gibt es eine differenzierte Wahrnehmung?

Weder noch. Die Berichterstattung über diese Region funktioniert wie ein U-Boot, das ab und zu auftaucht und die meiste Zeit abgetaucht bleibt. Wenn etwas Einschneidendes passiert, wie die so genannte Orange Revolution, stürzen sich viele auf das Thema und dann leider auch viele, die gar keine Kompetenz dafür mitbringen. Dann wird hektisch eingeflogen und berichtet. Und genauso schnell zieht der Treck wieder weiter. Zusammenhänge, Hintergründe werden zur Mangelware. Drei Tage Aufenthalt im Land müssen langen für die Erklärung komplexer Sachverhalte.

Beispiel Ungarn: Jahrelang war das Land völlig aus den Medien. Kaum einer hat daher mitbekommen, welche Spannungen sich da aufgebaut haben. Dann war man sehr überrascht, als es knallte.

Beispiel Ukraine/Georgien: Eine Demonstrationsbewegung wurde zur Revolution hochgeschrieben und vom Westen aus ziemlich blind bejubelt. Wer da als Revolutionär gefeiert wurde und wer hinter diesen Personen steckte, geriet völlig aus dem Blick. Wie nachhaltig das Ganze war, sieht man jetzt.

Beispiel Balkan: Diese Region ist völlig aus dem Blick deutscher Medien gefallen. Solange es dort keine Massaker mehr gibt, die erschrecken, ist offenbar nur noch wenig eine Meldung wert, obwohl die wichtigsten Schaltstellen im Militär und bei den internationalen Organisatoren zuletzt fast alle von Deutschen besetzt waren.

Was die Berichterstattung angeht, gibt es im östlichen Europa nur zwei Ausnahmen, die Inseln Warschau und Moskau. Von dort aus wird regelmäßig berichtet, oft auch über Geschehnisse in 1000 Kilometer Entfernung. In München würde man sich ziemlich wehren, wenn von Berlin aus über Bayern berichtet wird. Aber das ist die Tatsache in ganz Osteuropa. Viele Regionen sind völlig unterbelichtet.

Die wenigen Osteuropa-Spezialisten in den Redaktionen, wenn es sie denn gibt, dürfen dann gleich über alle Länder schreiben. Viele arbeiten sich da sicherlich tapfer ein, aber in die Tiefe kommt man so wohl selten.

o **Tendenz der „Überblicksberichterstattung“ oder des Ländervergleichs?**

Kann ich schwer beantworten. Das Thema Ländervergleich spielt aber immer eine Rolle. Man überträgt nämlich gerne angebliche deutsche Standards auf andere Länder und empört sich dann, warum es im Ausland anders (schlechter) ist.

• **Welches Osteuropa-Bild haben deutsche Journalisten?**

Es gibt nur eine kleine Gruppe, die über Klischees hinausdenken können. Deshalb muss man die Redakteure bei Textangeboten immer dort abholen, wo sie stehen. Man muss ihnen etwas präsentieren, von dem sie schon ungefähr eine Vorstellung haben, das ist bei Osteuropa nicht immer leicht. Da funktioniert eben Dracula in Transsilvanien immer besser als ein Bericht über den Wirtschaftsaufschwung in Bukarest.

• **Warum dominieren im Blick Richtung Osten nach wie vor negative Vorurteile?**

Man muss natürlich sagen, dass hier der Kommunismus ganze Arbeit geleistet hat und diese schwere Zeit noch lange nicht abgeschüttelt ist. Osteuropa ist kein Paradies, das Leben ist eben allgemein härter, aber gerade für Journalisten eigentlich ergiebiger, weil seit 1989 unglaublich viel passiert. Deutsche legen vielleicht immer noch zu viel Wert auf Sauberkeit, gute Organisation, Planung - da tickt der Osten eben anders, was hierzulande viele verstört. Der Schritt, sich auf andere Denkweisen einzulassen ist nicht einfach, auch für Journalisten.

• **Ist der Transformationsprozess zu komplex um ihn journalistisch zu bearbeiten?**

Das ist eine gute Frage. Prozess heißt ja auch, dass stetig etwas in Bewegung ist. Es gibt keine letzten Wahrheiten.

Berichte sind eben oft nur Momentaufnahmen. Umso wichtiger ist, dass man journalistisch in Osteuropa am Ball bleibt, sonst passiert es eben, dass die Vorstellungen im Westen der Realität meilenweit hinterherhinken. Mit kontinuierlicher Berichterstattung würde das weniger passieren.

- **Wie sind der Umfang und das Interesse im Vergleich zu anderen Auslandsthemen?**

Polen und Russland kommen noch ganz gut weg, bzw. schlecht, wenn man den Grundtenor der Berichte anschaut. Der Rest hat es verdammt schwer, aus dem Meer der Nichtbeachtung aufzutauchen. Nach der EU-Erweiterung war deutlich mehr Interesse an allen Ländern zu bemerken, inzwischen sinkt das ab. Die Euphorie ist weg, es ist eher so, dass die EU-Neulinge nerven, weil sie den Westen in Frage stellen und zu Antworten quälen, anstatt den Mund zu halten.

Premiere Freitag 18.30 im K7

»Gefesselte Worte«

arte Donnerstag, 6. September 2007, 22.25 Uhr bis 23.25 Uhr

Einschüchterung, Bedrohung, Verfolgung, Inhaftierung, Folter, Mord – was sich wie ein Kriegsszenario liest, ist weltweit der Alltag für Journalisten. Zwar garantiert das Völkerrecht Presse- und Meinungsfreiheit, doch nicht nur in totalitären Staaten müssen Journalisten Gewalt, Terror und Tod fürchten. Allein in diesem Jahr haben bereits über 40 Journalisten ihr Leben verloren, fast 200 wurden schon inhaftiert.

Das »Maison des Journalistes« in Paris ist ein Zufluchtsort für verfolgte Medienmacher aus aller Welt. Sechs Monate lang haben sie hier als Asylbewerber die Gelegenheit, ihr Leben neu zu ordnen und die Chance zu wahren, in Zukunft wieder arbeiten zu können – auch wenn es für viele nicht mehr der Beruf »Journalist« sein wird.

Der wdr-arte-Film »Gefesselte Worte« von Sylvie Banuls und Bénédicte Banet hat Bewohner des »Maison des Journalistes« begleitet. Behutsam nähert sich der Film Menschen, die ihren Einsatz für das »freie Wort« teuer bezahlen mussten. In bewegenden Erinnerungen schildern sie ihr persönliches Schicksal und die grausame Realität in ihren Heimatländern. Und doch haben die Journalisten den ungebrochenen Willen, weiter für die Pressefreiheit zu kämpfen.

Der Film führt eindrucksvoll und schonungslos vor, wie stark das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung in allen Teilen der Welt bedroht ist – eine gesellschaftliche Errungenschaft, von der nicht nur Journalisten und Medien, sondern alle Menschen profitieren. arte zeigt die 58-minütige Dokumentation als TV-Erstaussstrahlung am 6. September um 22.25 Uhr. Bei 3sat ist eine 88-minütige Version voraussichtlich im Winter 2007 zu sehen.

»Gefesselte Worte«

Ein Film von Sylvie Banuls und Bénédicte Banet

Deutschland, 2007, 58/88 Minuten

Redaktion Sabine Rollberg (wdr/arte)

Produktion Filmkraft Peter Heller Filmproduktion und Lopévi Images

In Zusammenarbeit mit Telesonne

Gefördert von CNC und ANCSEC

Texte für Samstag 16.6.07:

Anstoß Recherche – Nutzwertjournalismus für die Demokratie

Lobbyismus und Medien – Die fünfte Gewalt ohne Kontrolle

Leitfragen

Dr. Volker Leienbach, Direktor des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V.

Wie arbeiten Lobbyisten in Brüssel und Berlin, wo liegen die Unterschiede?

Sowohl in Berlin als auch in Brüssel ist es Aufgabe von Interessenvertretern, bei der Begleitung von Gesetzgebungsverfahren mit Sachverstand zur Verfügung zu stehen. Sie können aus ihrer Erfahrung heraus und mit ihrer Expertise die Auswirkungen von Gesetzen oder Gesetzesvorhaben aufzeigen. In Brüssel stehen oftmals die nationalen Interessen eines Landes stärker im Vordergrund als Parteiinteressen.

Wie wirksam und einflussreich ist die Arbeit der Lobbyisten heute?

Interessenvertreter müssen in oftmals sehr komplexen Gesetzgebungsverfahren auf Folgen und Auswirkungen für die Branche oder die Bürger, die sie vertreten, hinweisen. Überzeugende Sachargumente und Glaubwürdigkeit sind dafür Voraussetzung. Wer nicht glaubwürdig ist, wird in der Politik kein Gehör finden.

Hat sich an der Vorgehensweise der Lobbyisten gegenüber früheren Zeiten etwas verändert – wenn ja, was?

An der grundsätzlichen Arbeit hat sich nichts geändert: Interessenvertreter bemühen sich, mit ihrem Sachverstand zu sinnvollen Lösungen beizutragen. Die Gesetzgebungsverfahren sind im Laufe der Jahre allerdings komplexer, die Abstände, in denen Gesetze geändert oder nachgebessert werden müssen, kürzer geworden.

Wie gehen Journalisten mit Lobbyisten um? Wird ihre Expertise für die mediale Berichterstattung genutzt? Werden sie als gewöhnliche Informationsquelle wahrgenommen oder wird eine kritische Distanz gehalten?

Die fachliche Expertise von Interessenvertretern wird von den Journalisten genutzt. Dies passiert aber nicht einseitig. Die Journalisten wahren in aller Regel eine kritische Distanz und recherchieren bei vielen unterschiedlichen Quellen.

Wie gehen Lobbyisten mit Journalisten um? Gelingt es den Lobbyisten, die öffentliche Meinung über die Medien zu beeinflussen – falls ja, wie?

Das Informationsbedürfnis der Journalisten wird von uns soweit wie möglich bedient. Es ist wichtig, dass in einer Debatte möglichst alle Argumente zum Tragen kommen. Einzelne Lobbygruppen werden es kaum schaffen, eine öffentliche Diskussion einseitig zu beeinflussen. Für jeden einzelnen ist es aber das Bestreben, die Öffentlichkeit für die Angelegenheiten der Branche oder der Bürger, die er vertritt, zu sensibilisieren. Ob man damit erfolgreich ist, hängt davon ab, inwieweit es gelingt, die Öffentlichkeit für die eigenen Anliegen zu interessieren, da es einen starken Konkurrenzkampf um öffentliche Aufmerksamkeit gibt.

Bieten die Medien den Lobbyisten ein zu großes Forum, um ihre Partikularinteressen zu artikulieren?

Die meiste Aufmerksamkeit in der medialen Berichterstattung erhalten Bundesregierung und Politik insgesamt. Sie sind es, die die Themen setzen. Die Argumente der Interessenvertreter interessieren in der Regel erst dann, wenn ein Thema bereits politisch gesetzt und damit öffentlich ist.

Haben Journalisten ein naives Verhältnis zur Arbeit der Lobbyisten? Schätzen sie die Lobbyarbeit falsch ein?

Nach unseren Erfahrungen nicht. Sie wahren in aller Regel eine kritische Distanz.

PRESSEFREIHEIT UNTER DRUCK – Freitag, 15. Juni 2007

<p>10:45 - 11:15</p> <p>Eröffnungsrede Die Gefährdung der Pressefreiheit in Osteuropa Oleg Panfilov, Center for Journalism in extreme situations (CIES), Moskau</p>	<p>11:15 - 12:30</p> <p>Wie gefährdet ist die Pressefreiheit in Russland? *** Olga Kitova, Korrespondentin der Moskowskii Komsomolets, Belgorod Natalia Rostova, Novaya Gazeta, Russland Grigori Pasko, Journalist, Moskau Stephan Stuchlik, ARD, Moskau</p>	<p>12:30 - 13:00</p> <p>Boris Reitschuster, Focus, Moskau Julia Urakcheeva, Gorod N, Rostow am Don, Russland Moderation: Arnim Stauth, WDR, Ex-Korrespondent Moskau</p>
--	---	---

Freiheit ohne Menschenrechte
Korrespondentin Amnesty International, Sektion Deutschland

<p>K1</p> <p>Investigativen Journalismus Korrespondentin Novaya Gazeta, Ungarn Belarus Frankreich Der Spiegel, Moskau</p>	<p>K3</p> <p>Forum II Journalisten als Kämpfer für die Demokratie? Irina Scherbakova, Memorial, Russland Bodo Hombach, Geschäftsführer, WAZ Lyudmyla Gumenyuk, Media Reform Centre, Ukraine Tamerlan Aliev, Redakt. Tschetschenskoe Obschestvo, Inguschetien Bronislaw Wildstein, Rzeczpospolita, Polen Brigitte Alfter, Farm-Subsidy-Team, Brüssel Moderation: Stephan Stuchlik, ARD, Moskau</p>	<p>K7</p> <p>Forum III Schwierige Nachbarschaft – deutsch-polnische Fallstricke Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin Viadrina Universität Frankfurt/Oder – Koordinatorin deutsch-polnische Beziehungen Cezary Gmyz, Rzeczpospolita, Polen Daniel Passent, Polityka, Polen Gerhard Gnauck, Korrespondent Die Welt, Polen Moderation: Juliusz Michal Maliszewski, Direktor des polnischen Instituts Leipzig</p>	<p>ZAPP-ERZÄHLCAFÉ jede volle Stunde in einem separaten Raum 14-20 Uhr: Länderberichte-Recherche-Journalismus in: 14:00 Uhr: Neven Santic, Kroatien / Tamara Skroza, Serbien Moderation: Norbert Rüttsche, Korrespondent 15:00 Uhr: Alexander Velev / Dragomir Ivanov, Bulgarien Moderation: Stephan Oszvath, Korrespondent 16:00 Uhr: Dr. Jaroslav Sonka / Erik Tabery, Tschechien Moderation: Anneke Hudalla, Journalistin 17:00 Uhr: Maryna Rakhlei / Viktor Martinovich, Belarus Moderation: Christian Mihr, n-ost, Journalist 18:00 Uhr: Gorge Damian / Ion Ionica / Mircea Toma, Rumänien Moderation: Dr. Dirk Förger, Konrad-Adenauer-Stiftung 19:00 Uhr: Cezary Gmyz / Bronislaw Wildstein / Justyna Golinska, Polen Moderation: Andreas Metz, n-ost, Journalist</p>
--	---	---	---

<p>K1</p> <p>Journalistische Standards Osteuropa Korrespondent, DIE ZEIT, Moskau Publizistik, Rostow am Don, Russland Verleger, Verlag Krestjanin, Russland Journal. Institut Tiflis, Georgien Bulg. Nationaler Rundfunk, Bulgarien u. „Journalisten International“</p>	<p>K3</p> <p>Forum V Segen und Fluch deutscher Medieninvestitionen Bodo Hombach, Geschäftsführer, WAZ Milena Dimitrova, Redakteurin Trud, Bulgarien Ludmila Rakusanova, VLP Verlag – n-ost-Beirat, Tschechien Joachim Weidemann, Verlagsleiter Mittel- u. Osteuropa der Verlagsgruppe Handelsblatt Moderation: Uwe Krüger, Freier Journalist, Leipzig</p>	<p>K7</p> <p>Forum VI Osteuropa – (k)ein Thema in deutschen Redaktionen? Nils Kreimeier, Financial Times Deutschland Norbert Rüttsche, Freier Journalist, Korrespondent, Sarajewo Thoralf Plath, Freier Journalist, Korrespondent, Kaliningrad Andreas Metz, Geschäftsführer, n-ost Zsolt Bogar, Magyar Narancs, Ungarn Dmitri Klimov, Journalist, Moskau News, Russland Moderation: Stephan Oszvath, Korrespondent, Ungarn</p>
--	---	---

Netzwerk recherche – Abendessen
18.30 u. 21.30 Uhr Film: Gefesselte Worte, von S. Banuls, B. Banet mit Christiane Schlötzer, Journalisten helfen Journalisten - Premiere -
Moskowskaja (†) – Autoren, Schriftsteller und Journalisten erinnern in einer Textrevue an die am 7.10.2006 ermordete Journalistin.
Bagger, Sonia Mikhich (Moderation), CM Fröhder (Regie) u. a.
Eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Journalistenpreis der Otto Brenner Stiftung

RECHERCHE: NUTZWERT-JOURNALISMUS FÜR DIE DEMOKRATIE – Samstag, 16. Juni 2007

<p>09:45</p> <p>Grundsatzrede: Medienalarm – Bericht zur Lage des Journalismus Tom Schimmeck, freier Journalist</p>	<p>10:15</p> <p>Spitzenpolitiker und die Medien Analyse des Wechselverhältnisses von Politikern und Journalisten Christian Wulff, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen – stellv. Vorsitzender der CDU Rede und Diskussion Moderation: Tissy Bruns, Tagesspiegel</p>	<p>11:30</p> <p>„Du sollst dich nicht gemein machen – auch nicht mit einer guten Sache“ Journalismus zwischen sinnvollem Engagement und verordneter Distanz Günter Wallraff, Journalist Nikolaus Brender, Chefredakteur ZDF Dr. Carolin Emcke, Hamburg Media School Thomas Roth, Leiter ARD-Studio Moskau Jury Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis Hermann Schreiber, Journalist, Jury Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis Moderation: Maybrit Illner, ZDF</p>
--	--	--

(an der Würstchenbude, Gulaschkanone, Kantine NDR und im Zelt)

„Verschlossenen Auster“ und Laudatio: Preisträger wird am 16.06.07 bekannt gegeben – Laudator: Dr. Heribert Prantl, SZ

<p>K1</p> <p>Forum II Journalismus 2.0 – Mythos Bürgerjournalismus Hans-Jürgen Jakobs, sueddeutsche.de Katharina Borchert, West Eins/Lyssas lounge Geert Lovink, Medientheoretiker, Amsterdam Thorsten Schilling, bpb Moderation: Christian Hallerberg, IW Mediendienst</p>	<p>K3</p> <p>Forum III Werttreiber Recherche-Pools – Was bringt die koordinierte Recherche in eigenen Teams? Joachim Knuth, NDR Hörfunk-Chefredakteur Erwin Kohla, SWR Baden-Baden Holger Stark, Der Spiegel Moderation: Hans Leyendecker, nr</p>	<p>Kantine</p> <p>Forum IV „Gefühlter Journalismus“ – Wer ist heute Journalist? Prof. Dr. Siegfried Weischenberg, Uni HH Dr. Armin Scholl, Uni Münster Dr. Maja Malik, Uni Münster Moderation: Dr. Martis Prinzing, Kommunikationswissenschaftlerin</p>	<p>Glaskasten</p> <p>LESSONS to be learned jede volle Stunde in einem Salon Format: 30 Minuten konzentrierter Vortrag - 30 Minuten konzentrierte Fragen von 12 Uhr bis 18 Uhr: 12 Uhr: PD. Dr. H. H. Dubben, Physiker und Autor Manipulation in der medizinischen Forschung – Erkennen von Fehlinformationen durch Querdenken 14 Uhr: Prof. Dr. Uwe Pörksen, Germanist Manipulation von Sprache und Bildern – „Die sieben Typen der Sprach- und Bildverführung“ 15 Uhr: Prof. Dr. Dieter Roth, Forschungsgruppe Wahlen Manipulations-Gefahren in der Demoskopie 16 Uhr: Dr. Thomas Steg, Stv. Sprecher der Bundesregierung – Sprache als Instrument der Politik 17 Uhr: Prof. Dr. Klaus Kocks, Kommunikationsberatung CATO Manipulation der PR Industrie 18 Uhr: Ulrich Wickert, TV-Moderator und Autor Professionelle Fragetechniken als Schutz vor Manipulation</p>	<p>ZAPP-ERZÄHLCAFÉ jede volle Stunde in einem Café Format: 15 Minuten Vortrag nach Leitfragen – 45 Minuten intensiv moderierte Diskussion von 10 bis 18 Uhr: 10 Uhr: Johannes K. Soyener, Buchautor, Sturmlegende – Die letzte Reise der Pamir 11 Uhr: Jean Goetz, Recherche: Murat Kurnaz 12 Uhr: Hans Leyendecker, SZ / David Crawford, Wall Street Journal, Der Siemens-Komplex 14 Uhr: Hans-Martin Tillack, Stern, Sponsoring in den Ministerien 15 Uhr: Günther Wallraff, Journalist, Neue Rollenrecherchen 16 Uhr: Stefan Willeke, DIE ZEIT, In der Bundesagentur für Arbeit in Saarbrücken 17 Uhr: Marion Girke/Christian Denso, Hamburger Abendblatt Willkür der Kommune – die alte Dame und ihr Recht 18 Uhr: Jürgen Roth, Der Korruptionssumpf in Sachsen</p>
<p>K1</p> <p>Forum VI *** Wirtschaftsjournalismus: Aussperren und Einspannen Meinrad Heck, freier Journalist Dr. Lutz Frühbrodt, Die Welt Jana Göbel, RBB Ursula Schwarzer, Manager Magazin Ewald B. Schulte, Berliner Zeitung Moderation: Henrike Thomsen, freie Journalistin</p>	<p>K3</p> <p>Forum VII Zukunft der ARD-Magazine – Leitmarken des investigativen Journalismus? Mathias Werth, Monitor, WDR Stefan Wels, Panorama, NDR Rainer Braun, freier Medienkritiker Dr. Heribert Prantl, SZ Moderation: Dieter Anschlag, Funkkorrespondenz</p>	<p>Kantine</p> <p>Forum VIII Medien – Versager bei der Integration? Carola Richter, Uni Erfurt Clémence Delmas, www.Muslimische-Stimmen.de Arnd Henze, WDR, Cosmo Hilal Sezgin, Publizistin, Mitglied des Islamrates Moderation: Fritz Frey, SWR</p>	<p>Glaskasten</p>	
<p>K1</p> <p>Forum IX Ist noch Wetter oder schon Klima? Umwelt- und Wissenschaftsjournalismus Maja Göpel, world future council Ulrich Kelber, stv. Vors. SPD-Bundestagsfraktion Prof. Dr. Helmut Grassl, Max-Planck Inst. für Meteorologie, HH Anita Engels, Uni Hamburg Edgar Gärtner, CNE Thinktank Moderation: Julia Stein, NDR</p>	<p>K3</p> <p>Forum X Was hat das Informationsfreiheitsgesetz gebracht? Diethelm Gerhold, Bereichsleiter Bundesdatenschutz-Beauftragter Hans-Martin Tillack, Stern Dr. Manfred Redelfs, nr Moderation: Dominik Cziesche, nr</p>	<p>Kantine</p>		

nr-Konferenz“

Kurs mit Sabine Streich (Thema: nr-Konferenz)

*** zu diesen Foren können unter www.netzwerkrecherche.de aktuelle nr-Studien heruntergeladen werden

„Lobbyismus ist prinzipiell nicht öffentlichkeitsfähig.“ Stimmt diese Einschätzung aus den Reihen der Lobbyisten? Gehen Lobbyisten ihren Geschäften gezielt abseits der Öffentlichkeit nach?

Grundsätzlich gibt es beides: Gespräche, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, und Themen, die öffentlich gemacht werden müssen. In der heutigen Medienwelt finden nicht öffentlich eingebrachte und diskutierte Argumente und Themen quasi nicht statt. Gleichwohl ist Diskretion zuweilen unerlässlich, da man den politischen Gesprächspartner nicht in jeder Situation dem Druck der öffentlichen Wahrnehmung aussetzen will.

Üben die Medien ihre Kontrollfunktion gegenüber den Lobbyisten in ausreichendem Maße aus? Oder sehen Sie Defizite?

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass unsere Arbeit von den Medien meist aufmerksam und immer kritisch begleitet wird.

Wer ist einflussreicher im politischen Gestaltungsprozess: die Medien oder die Lobbys?

Der Einfluss der Medien ist unbestritten groß. Gerade deshalb tragen sie eine hohe Verantwortung, sich nicht instrumentalisieren zu lassen.

Dietmar Jazbinsek, Mediensoziologe und freier Autor

Wie arbeiten Lobbyisten in Brüssel und Berlin, wo liegen die Unterschiede?

Die interessantere Frage wäre: Wie arbeiten Lobbyisten in Brüssel und Berlin zusammen? Beispiel Tabakindustrie: Wir wissen recht genau, wie Philip Morris und andere Konzerne ihre guten Kontakte zur Berliner Politik nutzen, um ihnen nicht genehme Gesetzesvorhaben in Brüssel zu sabotieren. Doch wie läuft das umgekehrt? Anfang 1998 freute man sich im europäischen Dachverband der Tabakindustrie darüber, Hans-Dietrich Genscher für ein Jahreshonorar von 500.000 DM als politischen Berater gewonnen zu haben. Hat das einen Einfluss auf die Politik in Deutschland gehabt? Über solche Zusammenhänge wissen wir viel zu wenig.

Wie wirksam und einflussreich ist die Arbeit der Lobbyisten heute?

Kennzeichen des traditionellen Politikstils in der Bundesrepublik war der Korporatismus, also das vom Staat moderierte Aushandeln bindender Entscheidungen zwischen Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und anderen Interessengruppen. Doch das alte Modell Deutschland ist durch die Globalisierung ausgehöhlt geworden. Heute setzen sich die Industrievertreter mehr denn je direkt mit den Volksvertretern ins Benehmen. Diese Macht ohne Mandat ist eine Gefahr für die demokratische Grundordnung. Nicht mehr und nicht weniger.

Hat sich an der Vorgehensweise der Lobbyisten gegenüber früheren Zeiten etwas verändert – wenn ja, was?

Früher war Diskretion das oberste Gebot, heute sind manche Lobbyisten dreister, was ihre Selbstinszenierung betrifft. Der ehemalige Verbandsfunktionär Hans-Olaf Henkel zum Beispiel wettet als BILD-Kommentator und Talkshow-Provokateur gegen Lohnerhöhungen und „Umwelt-Hysterie“.

Wie gehen Journalisten mit Lobbyisten um? Wird ihre Expertise für die mediale Berichterstattung genutzt? Werden sie als gewöhnliche Informationsquelle wahrgenommen oder wird eine kritische Distanz gehalten?

Die Lobbyisten kommen nicht mit leeren Händen in die Abgeordnetenbüros. Wichtiger als die Parteispenden sind die Gutachten, die sie auf den Tisch legen. Meist sind das Studien, die sie selber in Auftrag gegeben haben. Für eine Karriere in der Forschung wird die Akquisition von Drittmitteln immer wichtiger. Darum wächst der Einfluss der Energiewirtschaft und anderer Branchen auf die Produktion wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die jüngere Geschichte der Klimaforschung ist hierfür ein gutes Beispiel. Es gibt nicht viele Journalisten, die über genug Expertise verfügen, um ein Gefälligkeitsgutachten als solches zu erkennen.

Wie gehen Lobbyisten mit Journalisten um? Gelingt es den Lobbyisten, die öffentliche Meinung über die Medien zu beeinflussen – falls ja, wie?

Prominente Presseleute werden als Moderatoren von Verbandskonferenzen, Autoren von Firmenschriften oder als Medientrainer für Manager geködert. Eine andere Masche besteht darin, Kritiker der Konzernpolitik als idealistische „Gutmenschen“ hinzustellen. Das löst bei Journalisten sofort Aversionen aus.

Bieten die Medien den Lobbyisten ein zu großes Forum, um ihre Partikularinteressen zu artikulieren?

„Wir wollen doch nur unsere Sicht der Dinge darlegen. Ist das nicht legitim? Tun das nicht alle?“ – so oder so ähnlich steht es in jedem Lehrbuch des Lobbyismus. Das Problem dabei ist, dass nicht alle Partikularinteressen dieselben Chancen haben, sich in den Medien Gehör zu verschaffen. Problematisch ist – mit anderen Worten – die Vertretung schwacher Interessen. Gemessen am Werbeetat eines Weltkonzerns ist jeder Akteur der Zivilgesellschaft ein Schwächling.

Haben Journalisten ein naives Verhältnis zur Arbeit der Lobbyisten? Schätzen sie die Lobbyarbeit falsch ein?

Nachrichtenwert haben vor allem Korruptionsfälle wie die Bezahlung von Sexreisen für Betriebsräte. Das Gros der Lobbyarbeit liegt jedoch unterhalb der journalistischen Skandalisierungsschwelle. Industrieunternehmen und Wirtschaftsverbände treten gerne als Wohltäter auf. Sie spenden Gelder für Forschung, Kultur und „Brot für die Welt“. Wie Don Corleone, der Mafiaboss in Mario Puzos Roman „Der Pate“, bauen sie um sich herum ein Netzwerk moralischer Schuldner auf. Das ist subtiler und auf die Dauer auch effizienter als die platte Bestechung.

„Lobbyismus ist prinzipiell nicht öffentlichkeitsfähig.“ Stimmt diese Einschätzung aus den Reihen der Lobbyisten? Gehen Lobbyisten ihren Geschäften gezielt abseits der Öffentlichkeit nach?

Wer als Lobbyist Erfolg haben will, braucht einen guten Draht zur Ministerialbürokratie. Wenn man Beamte mit hausgemachten Fakten versorgt, lässt man die Öffentlichkeit am besten außen vor. Anders sieht es bei den Abgeordneten aus: die wollen wiedergewählt werden. Darum ist es äußerst nützlich, wenn man Politikern den Eindruck vermitteln kann, die Positionen der Industrie stießen in der Bevölkerung auf breiten Rückhalt. Hierfür genügt oft schon eine trickreich formulierte Meinungsumfrage. Oder man betätigt sich als Bauchredner und legt anderen die eigene Meinung in den Mund: Pharmafirmen fördern Selbsthilfegruppen, damit die sich für neue Medikamente einsetzen; Aluminiumwerke gründen Bürgerinitiativen, die lautstark gegen Windkraftwerke protestieren. Public Affairs-Agenturen sprechen in solchen Fällen von politischem „Kunstrasen“.

Üben die Medien ihre Kontrollfunktion gegenüber den Lobbyisten in ausreichendem Maße aus? Oder sehen Sie Defizite?

Schon in ihrer 1991 erschienenen Studie über journalistische Informationsquellen kommt Barbara Baerns zu dem Ergebnis, dass die Themen und das Timing der Medien weitgehend von der Öffentlichkeitsarbeit kontrolliert werden. Das Problem dürfte sich in den letzten 15 Jahren noch erheblich verschärft haben, weil viele Redaktionen personell ausgedünnt wurden und etliche Redakteure in den PR-Bereich abgewandert sind.

Wer ist einflussreicher im politischen Gestaltungsprozess: die Medien oder die Lobbys?

Die Lobbys.

Wilhelm Klümper, stellvertretender Chefredakteur WAZ

Wie arbeiten Lobbyisten in Brüssel und Berlin, wo liegen die Unterschiede?

Lobbyisten von Firmen, Verbänden und Organisationen verfolgen in Brüssel und in Berlin vorrangig drei Ziele: 1. Sie sensibilisieren politische Entscheidungsträger für ihre Anliegen durch stetige Kontaktpflege. 2. Sie liefern Expertisen bis hin zu kompletten Gesetzesentwürfen. 3. Sie schaffen Öffentlichkeit, indem sie sich gegenüber den Medien als Informationsquelle profilieren. Berlin ist für sie als Handlungsfeld berechenbarer, da die Akteure in Ministerien und Parlament ebenso vertraut sind wie die Machtstrukturen (Verhältnis Regierung–Opposition/innerparteiliche Kräfteverhältnisse), zudem gibt es einen gewissen nationalen Meinungsmainstream (Was ist gut für den Standort Deutschland? Was ist im Gefüge von Parteien/Wirtschaft/Gewerkschaften mehrheitsfähig?). Brüssel

ist mit Regierungen, Abgeordneten und Beamten aus 27 Mitgliedsstaaten weit unübersichtlicher. Im Zusammenspiel von EU-Kommission, Rat und Europaparlament ist das Meinungsklima schwerer einzuschätzen, gleichzeitig bieten sich hier auch viele Ansatzpunkte für gezielte Lobbyarbeit mit europaweiter Wirkung.

Wie wirksam und einflussreich ist die Arbeit der Lobbyisten heute?

Da Komplexität und mediale Umschlaggeschwindigkeit politischer Themen rasant zugenommen haben, ist auch der Einfluss der hochspezialisierten Lobbyisten gewachsen. Sie stehen für ein Expertentum, das Abgeordnetenbüros und Redaktionen nicht immer leisten können.

Hat sich an der Vorgehensweise der Lobbyisten gegenüber früheren Zeiten etwas verändert – wenn ja, was?

Das einstige Geschäft der Kontaktpflege im politischen Raum hat sich fast zu einem parallelen Gesetzgebungsbetrieb entwickelt. Reformen werden inhaltlich und öffentlichkeitswirksam wahlweise forciert oder blockiert.

Wie gehen Journalisten mit Lobbyisten um? Wird ihre Expertise für die mediale Berichterstattung genutzt? Werden sie als gewöhnliche Informationsquelle wahrgenommen oder wird eine kritische Distanz gehalten?

Es ist durchaus hilfreich, die gewöhnlich gut informierten Lobbyisten in seine Recherchearbeit einzubeziehen. Allerdings müssen die Expertisen der unterschiedlichen Interessengruppen gegeneinander abgewogen sein. So kann es etwa die journalistische Arbeit befruchten, die Meinung von Porsche UND von Greenpeace zu kennen.

Wie gehen Lobbyisten mit Journalisten um? Gelingt es den Lobbyisten, die öffentliche Meinung über die Medien zu beeinflussen – falls ja, wie?

Das Verhältnis ist von hoher Professionalität gekennzeichnet. Lobbyisten wissen in der Regel, welche Themenfelder der jeweilige Journalist bearbeitet und wie sich Botschaften platzieren lassen. Die Jagd vieler (zum Teil personell ausgedünnter) Redaktionen nach einem Informationsvorsprung macht sie für interessengeleitete „Enthüllungen“ anfällig.

Bieten die Medien den Lobbyisten ein zu großes Forum, um ihre Partikularinteressen zu artikulieren?

Nein, solange möglichst viele Partikularinteressen zu einem schlüssigen Gesamtbild journalistisch herausgearbeitet werden.

Haben Journalisten ein naives Verhältnis zur Arbeit der Lobbyisten? Schätzen sie die Lobbyarbeit falsch ein?

Hier lässt sich kein pauschales Urteil fällen. Es gibt gewiss unterschiedliche Anfälligkeiten für Einflüsterungen.

„Lobbyismus ist prinzipiell nicht öffentlichkeitsfähig.“ Stimmt diese Einschätzung aus den Reihen der Lobbyisten? Gehen Lobbyisten ihren Geschäften gezielt abseits der Öffentlichkeit nach?

Nein, Lobbyisten suchen völlig zu Recht bei ihrer Arbeit auch Kanäle in die Öffentlichkeit. Allerdings ist es an den Journalisten, zwischen Lobbyarbeit und Gemeinwohl bzw. zwischen Interessenpolitik und ergebnisoffener Recherche zu unterscheiden.

Üben die Medien ihre Kontrollfunktion gegenüber den Lobbyisten in ausreichendem Maße aus? Oder sehen Sie Defizite?

Es gibt in der Politik- und Wirtschaftsberichterstattung eine Tendenz zu reflexhafter Berichterstattung und Lagerdenken, die von Lobbyisten leicht bedient werden kann.

Wer ist einflussreicher im politischen Gestaltungsprozess: die Medien oder die Lobbyisten?

Wenn es den Medien gelingt, Interessenszusammenhänge mit eigenem Rechercheaufwand transparent zu machen, relativiert sich der Einfluss des Lobbyismus von selbst.

Dr. Johann-Günther König, Autor „Die Lobbyisten – Wer regiert uns wirklich?“

Wie arbeiten Lobbyisten in Brüssel und Berlin, wo liegen die Unterschiede?

Bezüglich der Arbeitsweise gibt es prinzipiell keine Unterschiede. Da in Brüssel – anders als in Berlin – nicht das Parlament oder die Regierung (bzw. der EU-Rat) Gesetzesentwürfe einbringen, sondern die Europäische Kommission, erweisen sich die Entscheidungsstrukturen im demokratischen Sinne als mehr oder weniger undurchschaubar; sie sind für nachhaltigen Lobbyismus gleichsam perfekt.

In Brüssel, dem Sitz der Europäischen Kommission, wird die Zahl der Lobbyisten auf mehr als 15 000 geschätzt, die für rund 7000 Organisationen tätig sind. Hinzu kommen am Sitz der Kommission rund 40 000 Fachleute von Unternehmen und NGOs, die neben weiteren 40 000 zusätzlich eingebundenen Vertretern von Behörden der Mitgliedsstaaten in rund zweitausend Expertenausschüssen (Komitologie) und anderen Gremien der EU mitwirken.

Wie wirksam und einflussreich ist die Arbeit der Lobbyisten heute?

Insbesondere die der Privatwirtschaft verbundenen Verbände, Beratungsunternehmen, Anwaltskanzleien, Denkfabriken, „In-house-Vertreter“ genannten Unternehmenslobbyisten nutzen sämtliche Teamarbeits- und Gestaltungsmöglichkeiten, um das Regierungshandeln erstens in ihrem jeweils spezifischen einzelkapitalistischen Sinne (was natürlich nicht friktionslos abläuft und Kompromisse erfordert) und zweitens generell auf dem marktfundamentalistischen Kurs zu halten. Wie wirksam sie sind, zeigt sich gegenwärtig an der erfolgreichen Implementierung der neoliberalen Politikziele.

Hat sich an der Vorgehensweise der Lobbyisten gegenüber früheren Zeiten etwas verändert – wenn ja, was?

Eine historisch relativ junge Erscheinung in Deutschland ist das professionell gestaltete, eigenständige Lobbying von Großunternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie auf europäischer Ebene das von Kommunen und Bundesländern. In Berlin unterhalten an die 400 Unternehmen – darunter alle in Deutschland tätigen großen Konzerne – politische Repräsentanzen. Neu in der hiesigen Lobby-Arena sind die rund fünfzig freien Public-Affairs-Agenturen und Kommunikationsagenturen, sowie vierzig auf Gesetzgebungsfragen spezialisierte, überwiegend international tätige Anwaltskanzleien (law-firms), die Auftrags-Lobbying betreiben, also nicht dauerhaft mit ihrer Klientel vernetzt sind. Sie arbeiten im Auftrag von Unternehmen, von Verbänden und von organisationsschwächeren Interessengruppen, die sich eine dauerhafte Präsenz in Berlin, Brüssel, Washington und andernorts nicht leisten können oder wollen.

Eine seit Beginn des 21. Jahrhunderts in Deutschland etablierte Variante des Lobbyings sind die im Auftrag von Wirtschaftsverbänden und unternehmensnahen Stiftungen von PR- und Kommunikationsagenturen professionell gestalteten Propagandakampagnen sogenannter „Reforminitiativen“. Die wohl bekannteste ist die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, die im Jahr 2000 auf Betreiben des „Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall“ gegründet wurde und jährlich mit mehr als acht Millionen Euro finanziert wird. Hinzu kommen Interessengruppen wie „Bürgerkonvent“, „Aufbruch jetzt“, „Konvent für Deutschland“, „Deutschland packt’s an“ und andere mehr, die fast sämtlich von Wirtschaftseliten ins Leben gerufen worden sind. Sie geben sich als Bürgerinitiativen aus und werden der Öffentlichkeit von prominenten „Botschaftern“ aus Politik, Verbänden und Medien als überparteiliche und gemeinwohlfördernde Reformkräfte angepriesen. Diese mit erheblichen privaten Finanzmitteln ausgestatteten Initiativen sind insoweit nicht zu unterschätzen, als sie mit geschickt aufbereiteten „wissenschaftlichen“ Befunden, die nachhaltig in Anzeigen, vor allem aber in die neutral wirkenden Berichterstattung der privaten und auch öffentlich-rechtlichen Medien eingeschoben werden, die Bevölkerung auf ein wirtschaftsfreundlich-marktradikales Gesellschaftsmodell einschwören wollen. Sie propagieren „unausweichliche“ soziale Leistungskürzungen, mehr „private Vorsorge“ und die Förderung von Eliten – und insofern tatsächlich eine „neue“ Marktwirtschaft.

Wie gehen Journalisten mit Lobbyisten um? Wird ihre Expertise für die mediale Berichterstattung genutzt? Werden sie als gewöhnliche Informationsquelle wahrgenommen oder wird eine kritische Distanz gehalten?

Tendenziell wird das Halten einer kritischen Distanz sicherlich schwieriger. Aber darüber können kritische Journalisten sicher mehr sagen.

Wie gehen Lobbyisten mit Journalisten um? Gelingt es den Lobbyisten, die öffentliche Meinung über die Medien zu beeinflussen – falls ja, wie?

Im gegenwärtigen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und des ihn austarierenden technodemokratischen politischen Systems leistet der Lobbyismus die systemisch unverzichtbare, so reibungslos wie regelgeleitete, unauffällige Mitarbeit an sämtlichen sozioökonomischen Steuerungsleistungen. Zum Einsatz kommen umfangreiche Expertisen, wissenschaftliche Gutachten, Forschungsergebnisse, vorformulierte Gesetzes- und Richtlinienentwürfe bzw. Änderungsanträge, linear fortgeschriebene Zukunftsszenarien, öffentlichkeitswirksame Medien- und Internetkampagnen etc. Die Aushandlungen erfolgen in Gesprächskreisen, Arbeitsgruppen, Beiräten, Kommissionen und Ausschüssen, an Runden Tischen, auf Foren und Gipfeltreffen sowie in kleinen Gesprächsrunden mit Vertretern der Administration, der politischen und meinungsmachenden Medienmacht. „Gewogene“ Journalisten sind immer Ansprechpartner der Lobbyisten; daß sie die öffentliche Meinung beeinflussen steht außer Frage. Daß es nicht immer gelingt, sthet auf einem anderen Blatt.

Bieten die Medien den Lobbyisten ein zu großes Forum, um ihre Partikularinteressen zu artikulieren?

Seitdem die Politik den privaten Medien das Feld freigeräumt hat, und die Öffentlich-Rechtlichen zunehmend den „Marktgesetzen“ unterworfen werden – auch durch die Kürzung der Wortbeiträge im Funk – kommen die durch Lobbyisten transportierten Partikularinteressen gewiß nicht zu kurz.

Haben Journalisten ein naives Verhältnis zur Arbeit der Lobbyisten? Schätzen sie die Lobbyarbeit falsch ein?

Manche schon. So schlagen die Journalisten Cerstin Gammel und Götz Hamann vor, jeder solle „sein eigener Lobbyist“ sein:

„Hierzulande müssen sich die Bürger [...] selbst helfen. [...] Die Lobbyisten der Zivilgesellschaft sind noch zu schwach oder einfach zu unprofessionell, im Stil der Wirtschaft vorbeugend ‚schädliche‘ Gesetzesvorhaben zu beeinflussen und zu verhindern. Sie brauchen mehr Geld von denen, die sie vertreten: den Bürgern. Diese werden nur dann ihre Portemonnaies öffnen, wenn bei ihnen ein Bewußtsein dafür entsteht, was mächtige Interessenvertreter bewegen können. Daß jeder auch sein eigener Lobbyist ist. Erst dieser Umstand erklärt das heutige, manchmal übermächtige Gewicht der Wirtschaft in Berlin.“ Jeder ist auch „sein eigener Lobbyist“? – Also sozusagen nebenberuflich oder freiberuflich als professioneller Feierabend- oder 1-Euro-Job: Lobbyist mit Referenten, Ministerialen, EU-Generaldirektoren, Konzernrepräsentanten, Public Affairs- und Verbandslobbyisten im vorparlamentarischen Dauerinformationsaustausch? Kurz, als professioneller Politik-, Strategie- und Kommunikationsberater für kaum noch sachkompetente Berufspolitiker, die sich vor allem um die Vermarktung der eigenen Person und um das Management von Entscheidungsprozessen für Partikularinteressen sorgen müssen? Und das bei so herausfordernden Dauergesetzgebungsthemen wie Gesundheitsreform, Hartz-IV-Reform, Bahnprivatisierung oder REITS (Real Estate Investment Trusts)?

„Lobbyismus ist prinzipiell nicht öffentlichkeitsfähig.“ Stimmt diese Einschätzung aus den Reihen der Lobbyisten? Gehen Lobbyisten ihren Geschäften gezielt abseits der Öffentlichkeit nach?

Die Lobbyistin Cornelia Yzer sagt zwar: „Der Lobbyist, der meint, die bessere Politik machen zu können, sollte sich direkt um ein Mandat bemühen und wählen lassen.“ Da sie aber zugleich darauf verweist, daß „externe Expertise“ für einen Abgeordneten „unerlässlich ist“, und diese Expertise möglichst unauffällig in den Gesetzgebungsprozeß eingebracht werden soll, dürfte den Lobbyisten auch zukünftig an demokratischer Öffentlichkeit wenig gelegen sein. Im Übrigen werden sie (gut) dafür bezahlt, ohne das Störfeuer der Öffentlichkeit „am Rädchen zu drehen“.

Üben die Medien ihre Kontrollfunktion gegenüber den Lobbyisten in ausreichendem Maße aus? Oder sehen Sie Defizite?

Die Meinungsmacher der privaten Medien sind direkt oder indirekt lohnabhängige Beschäftigte der Wirtschaftsunternehmen bzw. heutzutage selbst Unternehmer (auch wenn sie für die öffentlich-rechtlichen Medien tätig sind). Das gilt für Intellektuelle, die den „Gesetzen des Marktes“ gegenüber aufgeschlossen sind und davon zum Teil erheblich profitieren, ebenso wie für die steigende Zahl der Professoren, die – wenn nicht aus ideologischen – dann aus finanziellen Gründen der freien Wirtschaft zuarbeiten bzw. von ihr in Denkfabriken und privaten Forschungsinstituten beschäftigt werden. Die

Kontrollfunktion der Medien ist so gesehen eine relative – der Skandal wird gebracht; die schleichende „Übernahme“ bleibt unkommentiert. Es ist beispielsweise kein Zufall, daß der allsonntägliche Reformdiskurs in der nach Sabine Christiansen benannten und von ihr moderierten ARD-Sendung neben führenden Politikern weit überwiegend von Unternehmern und Vertretern der Wirtschaftslobbys bestritten wurde. Gewerkschaftsvertreter, Sprecher von sozialen Bewegungen und Sozialverbänden waren nur selten dazugeladen.

Wer ist einflussreicher im politischen Gestaltungsprozess: die Medien oder die Lobbys?

Der Lobbyismus ist ein Instrument zur Einbringung, Wahrung und Durchsetzung partikularer Interessen, die entweder mächtig und damit je nach den gegebenen historisch-gesellschaftlichen Verhältnissen durchsetzungsstark oder schwach oder gar ohnmächtig sind. Gleiches gilt für die Medien, die heute überwiegend in privater Hand sind. Heute ergänzen sich – von Ausnahmen abgesehen – die Massenmedien und der professionelle Lobbyismus bei der Gestaltung des politischen Prozesses.

Texte Forum II

– Journalismus 2.0

Antworten von Katharina Borchert

- 1) **Ob beim Sturm Kyrill, beim Tsunami oder beim Transrapid-Unfall im Emsland – überall prägte „User generated Content“ die Medien. Verändern Blogs, Community und Bürgerjournalismus die Medienwelt nachhaltig?**

Ja, sie werden langfristig Teil unserer Medienwelt sein. Und zwar nicht nur in Katastrophenfällen.

- 2) **In den USA haben sich die Blogs zu einer wichtigen publizistischen Stimme entwickelt. Warum spielen sie in Deutschland bisher noch keine so große Rolle?**

Weil das deutsche Medienangebot (politisch) vielfältiger und das Bedürfnis nach neuen Stimmen daher vielleicht nicht ganz so groß ist. Und vielleicht auch, weil vielen hier der Mut zur öffentlichen Artikulation der eigenen Meinung ebenso fehlt wie die Übung darin (etwas, das in den USA in debate clubs schon früh geübt wird).

- 3) **Viele Web-2.0-Angebote werden gerade wegen ihrer authentischen und subjektiven Sichtweise geliebt und besucht. Was wird im Journalismus 2.0 aus dem angelsächsischen Objektivitätsideal?**

Objektive Berichterstattung kann ganz wunderbar neben pointierter Meinung bestehen. Wir brauchen dringend beides in hoher Qualität.

- 4) **Verliert die Kontrollfunktion des Journalismus als „vierte Gewalt“ durch Bürgerjournalismus an Kraft?**

Nein, warum sollte sie? Der klassische Journalismus wird aber im Idealfall durch den Bürgerjournalismus immer wieder deutlich und mitunter schmerzhaft an seine Aufgaben erinnert.

- 5) **Welche Folgen haben Mitmach-Medien für den Journalismus und dessen bisherige Geschäftsmodelle? Werden nur noch Geschichten geschrieben, die interessieren?**

Gerade Blogger interessieren sich doch erst mal herzlich wenig dafür, ob ihre Geschichten wirklich eine breite Öffentlichkeit interessieren und daher irgendwie vermarktbar sind. Ich hoffe, dass so viel eher Geschichten Aufmerksamkeit finden, die sonst untergehen würden, weil sie nicht marktgerecht erscheinen oder nicht in eine bestimmte Publikation passen.

- 6) **Was ist Ihre Meinung zu der These: „Ohne redaktionelle Qualität – Gründlichkeit, Sachkenntnis und journalistische Glaubwürdigkeit – können die etablierten Medien nicht bestehen.“**

Der These schließe ich mich gerne an. Das sollte aber bitte nicht zu einer reflexartigen Ablehnung neuer Formate wie Weblogs führen.

7) Wie müssen sich die etablierten Medien ändern, um künftig zu bestehen?

Sie dürfen den Fokus auf Qualität bei allen Sparzwängen nicht verlieren. Und sie müssen im Internet deutlich experimentierfreudiger und offener werden. Hermetisch abriegelte Auftritte ohne Links oder Feedbackmöglichkeiten werden es schwer haben. Außerdem sind schnellere Reaktionen auf Veränderungen gefragt. Man muss nicht jeden Trend mitmachen, aber man sollte ihn schon erkennen und sich dann bewusst dagegen entscheiden, nicht aber ihn einfach nur verpassen.

8) Wie arbeiten Journalisten in zehn Jahren? Sind sie weiterhin vor allem Inhalteproduzenten? Oder werden sie stärker zu Moderatoren von Communities, in denen die Nutzer die Inhalte erstellen?

Sie werden weiterhin Inhalte produzieren. Und es wird daneben Menschen geben, die Communities betreuen. Im Idealfall gibt es gute Schnittstellen zwischen beiden Welten.

9) In Blogs können Journalisten über das berichten, was sie interessiert. Einen Verleger, einen Sender brauchen sie dafür nicht. Welche Chancen bieten Blogs für Journalisten?

Blogs bieten die Chance, sich in ein Thema zu verbeißen und viel Herzblut zu vergießen. Kein Mensch würde dagegen im Print tagtäglich Platz für dasselbe Thema einräumen. Stefan Niggemeier ist ein Paradebeispiel dafür – sowohl im Bildblog als auch in seinem privaten Blog.

Blogs sind aber natürlich auch ein großartiges Instrument, auf sich aufmerksam zu machen und sich zu profilieren – siehe z.B. Thomas Knüwer beim Handelsblatt.

Antworten von Hans-Jürgen Jakobs

1) Sturm Kyrril, beim Tsunami oder beim Transrapid-Unfall im Emsland – überall prägte „user generated content“ die Medien. Verändern Blogs, Communities und Bürgerjournalismus die Medienwelt nachhaltig?

Sie bereichern. Verändern müssen sich Redaktionen schon selbst.

2) In den USA haben sich die Blogs zu einer wichtigen publizistischen Stimme entwickelt. Warum spielen sie in Deutschland bisher noch keine so große Rolle?

Vielleicht weil es mehr Vielfalt gibt?

3) Viele Web-2.0-Angebote werden gerade wegen ihrer authentischen und subjektiven Sichtweise geliebt und besucht. Was wird im Journalismus 2.0 aus dem angelsächsischen Objektivitätsideal?

Die Wahrheiten der vielen sind nur Teil der Wirklichkeit, die Journalisten beschreiben müssen.

4) Verliert die Kontrollfunktion des Journalismus als „vierte Gewalt“ durch Bürgerjournalismus an Kraft?

Alles eine Sache der Glaubwürdigkeit.

5) Welche Folgen haben Mitmach-Medien für den Journalismus und dessen bisherige Geschäftsmodelle? Werden nur noch Geschichten geschrieben, die interessieren?

Jeder ernst zu nehmende Journalismus hält Pflicht- und Lust-Geschichten vor. Reaktionen von Leser und Usern bedeuten, in den jeweiligen Kategorien interessanter sein zu können.

6) Was ist Ihre Meinung zu der These: „Ohne redaktionelle Qualität – Gründlichkeit, Sachkenntnis und journalistische Glaubwürdigkeit – können die etablierten Medien nicht bestehen.“

Wer widerspricht dem?

7) Wie müssen sich die etablierten Medien ändern, um künftig zu bestehen?

Sie müssen sich besinnen auf ihre Stärken, auf die klassischen Tugenden, um sich mit allem einzulassen, was sie lebendiger macht: auf Bilder, bewegte Bilder, Meinungen, Aktionen.

8) Wie arbeiten Journalisten in zehn Jahren? Sind sie weiterhin vor allem Inhalteproduzenten? Oder werden sie stärker zu Moderatoren von Communities, in denen die Nutzer die Inhalte erstellen?

Die guten werden weiter die besten Stories haben. Und sie werden Hinweisen nachgehen, die aus den Leser- und Nutzerkreisen kommen, die längst nicht mehr Communities heißen.

9) In Blogs können Journalisten über das berichten, was sie interessiert. Einen Verleger, einen Sender brauchen sie dafür nicht. Welche Chancen bieten Blogs für Journalisten

Alle Chancen, wenn sie genügend finden, die sich dafür interessieren. Und genau das ist das Problem: der share of voice!

Antworten von Geert Lovink

1) Ob beim Sturm Kyrril, beim Tsunami oder beim Transrapid-Unfall im Emsland – überall prägte „User generated Content“ die Medien. Verändern Blogs, Communitys und Bürgerjournalismus die Medienwelt nachhaltig?

Ja, aber nicht sichtbar. Was passiert, ist ein langsamer Prozess der Erosion. Nachrichtenmedien verlieren ihre Legitimität, ihr Ansehen. Medien sind Firmen wie alle anderen, nur dass sie Informationen produzieren. Was verschwindet ist das Monopol auf Wahrheit. Nachrichtenmedien produzieren Spektakel, sie verkaufen Waren und sonst nichts. Die Ehrfurcht für den Spiegel oder die Tagesschau, das war einmal. Jetzt sind diese Medien Teil einer globalen Nachrichtenindustrie, die überall, egal wo man ist, die gleichen 'realtime' Informationen senden.

2) In den USA haben sich die Blogs zu einer wichtigen publizistischen Stimme entwickelt. Warum spielen sie in Deutschland bisher noch keine so große Rolle?

In der Tat ist das eine interessante Frage für die Völkerkunde. In meiner Erfahrung hat das damit zu tun, dass die 'späten' Europäischen Länder, die erst vor ein paar Jahren massiv online gingen, direkt mit den Blogs in Kontakt kamen, wie zum Beispiel Polen aber auch Frankreich.

3) Viele Web-2.0-Angebote werden gerade wegen ihrer authentischen und subjektiven Sichtweise geliebt und besucht. Was wird im Journalismus 2.0 aus dem angelsächsischen Objektivitätsideal?

Für die großen Medien ändert sich erstmal nichts, außer dass sie noch mehr unter den Druck stehen, Gewinne zu machen und immer weniger Geld für unabhängige Recherche übrig bleibt. Blogs sind billig. Ein Privatmeinung zu XYZ hat jeder - und das hat mit dem Objektivitätsideal gar nichts mehr zu tun.

4) Verliert die Kontrollfunktion des Journalismus als „vierte Gewalt“ durch Bürgerjournalismus an Kraft?

Nein, weil der Journalismus diese Funktion eh schon verloren hat. Das Aufkommen des so genannten Bürgerjournalismus ist nur Symptom einer Krise der Mainstream-Medien, nicht deren Ursache.

5) Welche Folgen haben Mitmach-Medien für den Journalismus? Werden nur noch Geschichten geschrieben, die interessieren?

Nein, es werden nur noch Geschichten geschrieben über Themen, über die andere Nachrichtenmedien schon vorher berichtet haben. Ich weiß, da dreht sich etwas im Kreis, aber so funktionieren die Medien heutzutage. Es ist ein selbstreferentielles System geworden. Ich sage hier nichts neues, aber es ist wichtig, das in dem Blogkontext zu erwähnen. Die Lawine von Mikrobetrachtungen der Blogs ändert da nichts.

6) Was ist Ihre Meinung zu der These: „Ohne redaktionelle Qualität – Gründlichkeit, Sachkenntnis und journalistische Glaubwürdigkeit – können die etablierten Medien nicht bestehen.“

Reiner Idealismus! Hört sich ja immer gut an. Einverstanden. Ich aber begegne solchen Journalisten nie. Diejenige, die ich treffe, sind entweder zynisch und müde oder eben fröhlich und schlichtweg verblödet durch ihre Celebrity-Arroganz. Beide Gestalten haben grundsätzlich keine Zeit, pflegen ihre Dummheit, lesen kaum (Bücher sowieso nicht), interessieren sich nicht für Theorie oder egal was und schon gar nicht für komplexe Sachen wie (in meinen Fall) Internet Governance oder sonstige Aspekte wie Politik der Technik. Übrigens: Ich rede hier über meine Heimat, die Niederlande. Deutschland wenigstens war paradiesisch in dieser Hinsicht. Ob das jetzt noch so ist, bezweifle ich.

7) Wie müssen sich die etablierten Medien ändern, um künftig zu bestehen?

Also, eine Wunschliste. Ab sofort: Entlasse alle über 50. Kampf dem organisierten Berufszynismus. Nimm junge Leute ernst und übergebe ihnen Verantwortung (und Budgets). Praktiziere höchst mögliche Standards. Stelle

Schriftsteller, Mathematiker und Philosophen ein. Führe überall separate Redaktionen für investigativen Journalismus ein (mit eigenem Budget), die sich nicht um das Nachrichtenspektakel kümmern müssen.

8) Wie arbeiten Journalisten in zehn Jahren? Sind sie weiterhin vor allem Inhalteproduzenten? Oder werden sie stärker zu Moderatoren von Communities, in denen die Nutzer die Inhalte erstellen?

Leider wird sich in zehn Jahren sich nix geändert haben, weil die Babyboom/68er dann immer noch nicht in Rente sind.

9) In Blogs können Journalisten über das berichten, was sie interessiert. Einen Verleger, einen Sender brauchen sie dafür nicht. Welche Chancen bieten Blogs für Journalisten?

Statt dieser Gegenüberstellung tauschen wir erstmal die Rollen. Aber das Bloggen von alleine macht noch nicht klug. Blogs sind bloß Software und lösen nicht die ganzen Problemen, die wir in der Welt haben. Da ist das Medium Internet überfordert. Blogs in meiner Definition lösen auf – an sich lösen sie nichts.

Antworten von Thorsten Schilling

1. Ob beim Sturm Kyril, beim Tsunami oder beim Transrapid-Unfall im Emsland -- überall prägte "User generated Content" die Medien. Verändern Blogs, Communitys und Bürgerjournalismus die Medienwelt nachhaltig?

Das haben sie sicher schon getan, die Frage ist wie und wie/wo nachhaltig?

2. In den USA haben sich die Blogs zu einer wichtigen publizistischen Stimme entwickelt. Warum spielen sie in Deutschland bisher noch keine so große Rolle?

Zum einen kann das noch kommen. Zum andern gibt es sicher Unterschiede in der Kultur des öffentlichen Engagements. In Deutschland herrscht grob gesagt, eine eher passive kommunikative Ausrichtung vor, das hat sicher auch mit der Breite des vorhandenen Angebotes zu tun, um es mal optimistisch zu sagen.

3. Viele Web-2.0-Angebote werden gerade wegen ihrer authentischen und subjektiven Sichtweise geliebt und besucht. Was wird im Journalismus 2.0 aus dem angelsächsischen Objektivitätsideal?

Es kann geschärft werden, aber auch unter die Räder kommen.

4. Verliert die Kontrollfunktion des Journalismus als „vierte Gewalt“ durch Bürgerjournalismus an Kraft?

Vielleicht sind es ganz andere Faktoren, die den Journalismus bedrohen, z.B. der erhöhte ökonomische Druck durch die in die Krise geratenen Businessmodelle der Verleger, damit einhergehende Konzentrationsprozesse etc.

5. Welche Folgen haben Mitmach-Medien für den Journalismus und dessen bisherige Geschäftsmodelle? Werden nur noch Geschichten geschrieben, die interessieren?

Ich dachte, das war eh schon so?

6. Was ist Ihre Meinung zu der These: "Ohne redaktionelle Qualität, Gründlichkeit, Sachkenntnis und journalistische Glaubwürdigkeit können die etablierten Medien nicht bestehen."

Ja, es kommt halt darauf an, welche Formen der Vertrauensbildung und -sicherung gefunden werden können. Es wird immer einen Bedarf an gesicherter Information geben, nur ist das Expertenpriestertum eben nicht mehr von einem Schweigen angesichts seiner Souveränität umgeben, sondern muss sich in einem Konzert der Stimmen behaupten lernen.

7. Wie müssen sich die etablierten Medien ändern, um künftig zu bestehen?

Sie ändern sich ja permanent, und einige werden sicher dabei bestehen bleiben, andere hinzukommen. Wie das genau geschehen wird und soll, tja...

8. Wie arbeiten Journalisten in zehn Jahren? Sind sie weiterhin vor allem Inhalteproduzenten? Oder werden sie stärker zu Moderatoren von Communities, in denen die Nutzer die Inhalte erstellen?

Das ist ja kein ausschließendes "oder".

9. In Blogs können Journalisten über das berichten, was sie interessiert. Einen Verleger, einen Sender brauchen sie dafür nicht. Welche Chancen bieten Blogs für Journalisten?

Den Meinungsstarken und Bestinformierten eine ganze Menge, dem Rest eher mehr Mühsal.

Zukunft der ARD-Magazine - Leitmarken des investigativen Journalismus?

Leitfragen

Rainer Braun, freier Medienkritiker

Die politischen Magazine der ARD wurden auf 30 Minuten gekürzt. Welche Wirkungen hat dies auf Form, Inhalt und Qualität der Sendungen und Beiträge?

Fakt ist, dass durch die Kürzung der Sendezeit um brutto ein Drittel objektiv weniger brisante Geschichten in diesem Format erzählt werden können. Das bedeutet – jenseits der fraglos vorherrschenden Quotendiskussion im „Ersten“ – umgekehrt auch, dass die Relevanz der politischen Magazine in der Programmdirektion eher gering veranschlagt wird.

Richtig daran ist, dass die Politmagazine insgesamt schon seit einiger Zeit mit Bedeutungsverlusten zu kämpfen haben, was auch an der Qualität ihrer eigenen Recherchen (im Vergleich zum Print-Sektor) liegt. Statt also die Qualität der Beiträge zu verbessern und das Format auch ästhetisch zu erneuern, ist die ARD mit Zustimmung ihrer Gremien den Weg des geringsten Widerstands gegangen. Per Saldo bedeutet dies eine weitere Ent-Politisierung des gebührenfinanzierten Fernsehens, deren Erbhöfe der einzelnen ARD-Anstalten bei den Politmagazinen unangetastet blieben.

Wie beeinflusste die Reform die journalistische Arbeitsweise? Welche Vor- und Nachteile gibt es?

Vorteile (s.o.) keine, allenfalls Versuche, das Beste aus einer lamentablen Situation zu machen. Dass Monitor am Besten mit der Situation klar kam, kann mit Blick auf das vorangegangene Leistungs-Dispotiv des WDR-Magazins nicht überraschen.

Der frühere Report-Moderator Franz Alt wirft der ARD vor, sich mit Häppchenjournalismus den Privatsendern anzugleichen. Hat er Recht?

Unterm Strich ist diese These schon deshalb schwer von der Hand zu weisen, weil die Verbeugung vor der Quote immer auch eine Annäherung an die kommerzielle Perspektive bedeutet.

Was bewirken die politischen Magazine heute im Vergleich zu früheren Zeiten? Haben sie an Reputation verloren - falls ja, warum?

Sie haben fraglos an Relevanz und Aufmerksamkeit verloren, weil die Konkurrenz bei den Qualitätszeitungen nachgerüstet hat und die Magazine auf die Herausforderungen der Zeit zu schwer reagierten.

Das freilich erklärt sich nicht zuletzt auch aus der sehr disparaten Qualität der Diskussionen in den Häusern.

Immer wieder werden Beiträge kritisiert, weil sie schlecht recherchiert und tendenziös seien – Beispiel: Killerspiele bei Panorama. Riskieren die Magazine ihre Glaubwürdigkeit?

Schlecht recherchierte Beiträge gefährden immer die Glaubwürdigkeit der Autoren und fallen auf die Häuser zurück.

Dass investigativer Journalismus notorisch als „tendenziös“ charakterisiert wird, erklärt sich allein schon aus der Sichtweise derer, die etwas zu verlieren haben.

Betreiben die Magazine heute zu viel Stimmungsmache, indem durch Machart und filmische Mittel die Erregung künstlich geschürt wird?

Aufklärerische Politmagazine sind per se immer auch meinungsfreudig, entscheidend ist, welche Perspektive sie ergreifen.

Die ARD hat sechs politische Magazine und setzt sich damit der Kritik der Unübersichtlichkeit aus. Was halten Sie von einem Einheitsmagazin in der ARD?

Inhaltlich überzeugt das nur bedingt, auch wenn die Erfahrungen von „tt“ im Kulturbereich und die höhere Wiedererkennbarkeit auf den ersten Blick besser in die TV-Landschaft unserer Zeit passen. Auf der anderen Seite wäre es aus meiner Sicht töricht, allein formal zu argumentieren und die Inhalte außer Acht zu lassen. Denn ein Politmagazin aus Leipzig wird durch ein anderes Etikett nicht besser. Dagegen spricht zudem, dass Panorama, Monitor und Report eingeführte Marken sind, die ohne Not nicht aufgegeben werden müssen, wenn die Qualität der einzelnen Geschichten auch in der Summe stimmt.

Wie könnte ein solches Einheitsmagazin im Rahmen der föderalen Struktur der ARD organisiert werden?

s.o. – allenfalls Zukunftsmusik.

Welche Alternativmodelle für eine erfolgreiche Zukunft der Magazine können Sie sich vorstellen?

In einem ersten Schritt die Reduzierung auf zwei Formate (jeweils für den Montag und den Donnerstag) und die formale Runderneuerung und inhaltliche Bündelung der Kräfte. Damit verbunden ist allerdings die radikale, ergebnisoffene Schleifung der Erbhöfe innerhalb der ARD.

Wie können dabei auch junge Menschen als Zuschauer gewonnen werden?

Mit Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit in der Recherche und der Relevanz der Geschichten. Entscheidender als beim älteren Publikum ist hier allerdings die Kommunikation der Themen jenseits der traditionellen Medien.

Stephan Wels, Redaktionsleiter Panorama (NDR)

Die politischen Magazine der ARD wurden auf 30 Minuten gekürzt. Welche Wirkungen hat dies auf Form, Inhalt und Qualität der Sendungen und Beiträge?

Früher hat Panorama durchschnittlich fünf Beiträge à 7:30 Minuten gesendet. Heute sind es circa vier Beiträge à 6:30. In vielen Fällen haben wir auch längere Beiträge. Heißt: Wir achten sehr darauf, die Beitragslängen nicht zu stark abzusenken. Insofern hat die Kürzung für uns nur einen wesentlichen Effekt: Wir können ein gutes Thema weniger senden.

Wie beeinflusste die Reform die journalistische Arbeitsweise? Welche Vor- und Nachteile gibt es?

Vorteile gibt es nicht. Wir versuchen, den oben beschriebenen Nachteil zu bekämpfen. Das heißt: Wenn man nur noch vier Beiträge hat, muss man die besten, die attraktivsten Themen finden.

Der frühere Report-Moderator Franz Alt wirft der ARD vor, sich mit Häppchenjournalismus den Privatsendern anzugleichen. Hat er Recht?

Franz Alt hat da nicht Recht. Bei der oben beschriebenen Entwicklung kann man nicht von Häppchen reden. Dennoch ist die Kürzung natürlich kritikwürdig.

Was bewirken die politischen Magazine heute im Vergleich zu früheren Zeiten? Haben sie an Reputation verloren – falls ja, warum?

Die Magazine haben immer wieder gute Geschichten. Und wenn sie sich intensiv um ein Thema kümmern, können sie auch etwas erreichen. Panorama etwa hat eine ganze Serie von Beiträgen zu der Strafverfolgung der Kidnapper von El-Masri gesendet. Da bin ich sicher, dass wir zur Aufhellung und Verfolgung des Falles maßgeblich beigetragen haben. Und vergleichbare Geschichten haben auch alle anderen Magazine.

Aber die ARD-Magazine sind nicht mehr alleine auf der Welt, es gibt mittlerweile viele Magazine. Insofern ist die Bedeutung der Magazine heute eine andere, als zu Zeiten Franz Alts etwa.

Immer wieder werden Beiträge kritisiert, weil sie schlecht recherchiert und tendenziös seien – Beispiel: Killerspiele bei Panorama. Riskieren die Magazine ihre Glaubwürdigkeit?

Der Beitrag zu den Killerspielen ist für diese Fragestellung ungeeignet. Ich kann auch eine entsprechende Tendenz nicht im Ansatz erkennen.

Betreiben die Magazine heute zu viel Stimmungsmache, indem durch Machart und filmische Mittel die Erregung künstlich geschürt wird?

Es gibt sicherlich Beiträge, die nach Effekten haschen. Aber es gibt auch da keine für mich erkennbare Tendenz.

Die ARD hat sechs politische Magazine und setzt sich damit der Kritik der Unübersichtlichkeit aus. Was halten Sie von einem Einheitsmagazin in der ARD?

Wenn man die Zukunft der politischen Magazine sichern will, muss es meines Erachtens Schritte in Richtung einer Vereinheitlichung geben. Und warum sollte es nicht irgendwann ein Magazin in der ARD geben? Ich kann mir das auch gut vorstellen, aber mir ist jetzt eines wichtiger: Ich würde mich sehr freuen, wenn wir es überhaupt schafften, den Auftritt der politischen Magazine zu vereinheitlichen, auf Dauer die Zahl der Moderatoren und Marken zu reduzieren.

Wie könnte ein solches Einheitsmagazin im Rahmen der föderalen Struktur der ARD organisiert werden?

Im Sinne einer Vereinheitlichung finde ich das Modell von ttt in der ARD schon praktikabel. Aber da kann man sich vieles vorstellen.

Welche Alternativmodelle für eine erfolgreiche Zukunft der Magazine können Sie sich vorstellen?

Ich glaube jedenfalls nicht, dass der Status quo für die Magazine gut ist. Eine Reduzierung der Marken und Gesichter ist einfach sinnvoll, da gibt es unterhalb des „Einheitsmagazins“ viele Möglichkeiten.

Wie können dabei auch junge Menschen als Zuschauer gewonnen werden?

Junge Menschen gewinnt man meines Erachtens durch Themenwahl und Anmutung der Sendung. Ich bezweifle, dass es da einen Zusammenhang mit der Vielzahl der Marken gibt.

Dieter Anschlag, Chefredakteur Funkkorrespondenz:

Die politischen Magazine der ARD wurden auf 30 Minuten gekürzt. Welche Wirkungen hat dies auf Form, Inhalt und Qualität der Sendungen und Beiträge?

Inhalt und Qualität muss(t)en nicht wirklich leiden. Man könnte, wenn man wollte, ja auch in einer 30-Minuten-Ausgabe einfach zwei inhaltlich substantielle, gut recherchierte Geschichten formal hochwertig über je 15 Minuten präsentieren. Statt fünf Fünf-Minuten-Häppchen von unausgegorenem alarmistischen Charakter. Das Problem der 30 Minuten Sendezeit ist eher, dass darunter die Autorität eines Magazins leidet, weil es vom Zuschauer eher wie ein Magazinchen empfunden wird, also als eine grundsätzlich nicht mehr so wichtige Sendung.

Wie beeinflusste die Reform die journalistische Arbeitsweise? Welche Vor- und Nachteile gibt es?

Es scheint, als habe die Reform das Bedürfnis befördert, dass die Magazine im Sinne von Eigen-PR immer stärker selbst sagen müssen, was für tolle Sachen sie wieder mal herausgefunden haben. Diese aufdringliche Selbstanpreisung wirkt hilferrufartig, so, als ob sie's nötig hätten. Das erzeugt eher Mitleid als Neugier, eher eine Abwehrhaltung wie gegenüber kommerziellen Werbespots als die Erwartung auf wichtige investigative Enthüllungen.

Der frühere Report-Moderator Franz Alt wirft der ARD vor, sich mit Häppchenjournalismus den Privatsendern anzugleichen. Hat er Recht?

Siehe die Antwort auf Frage 1. Ich sehe nicht, dass sich die ARD-Politmagazine trauen, eine Sendung mit zwei 15-Minuten-Beiträgen zu bestreiten. Ich sehe auch nicht, dass etwa eine längere, harte Live-Interviewform wie früher (Kreuzverhör) wieder eingeführt werden könnte. Es wird, so wirkt es jedenfalls, lieber so viel wie möglich an Kompaktberichten in eine Ausgabe hineingepackt. (Meint Franz Alt „die“ ARD oder die ARD-Politmagazine?)

Was bewirken die politischen Magazine heute im Vergleich zu früheren Zeiten? Haben sie an Reputation verloren – falls ja, warum?

Die Politmagazine stellen vielleicht noch dar, bilden ab; ihre Wirkung aber tendiert gegen null. Sie haben an Relevanz verloren, wie das Fernsehen allgemein an politisch-gesellschaftlicher Relevanz verloren hat. Fernsehen ist stärker denn je Unterhaltung, das Geschäft der Politik ebenfalls. Zum Nachteil der Magazine. Sie sind nämlich keine Talkshws. Im übrigen wird die Wirkung der Magazine in früheren Zeiten heutzutage vielleicht auch überschätzt.

Immer wieder werden Beiträge kritisiert, weil sie schlecht recherchiert und tendenziös seien - Beispiel: Killerspiele bei Panorama. Riskieren die Magazine ihre Glaubwürdigkeit?

Mir persönlich ist bisher nicht aufgefallen, dass Schlampigkeit ein signifikanter Trend bei den Politmagazinen wäre. Ich denke (oder hoffe) immer noch, dass die Redaktionen sich ihrer Verantwortung bewusst sind.

Betreiben die Magazine heute zu viel Stimmungsmache, indem durch Machart und filmische Mittel die Erregung künstlich geschürt wird?

Ganz pauschal gesagt: Ja, zu viel künstliche Erregung. Mehr Konzentration auf das Wesentliche könnte in der Regel nicht schaden. Lakonie ist eine Qualität. Oft sind die Magazine von ihrer Richtung her auch viel zu berechenbar.

Die ARD hat sechs politische Magazine und setzt sich damit der Kritik der Unübersichtlichkeit aus. Was halten Sie von einem Einheitsmagazin in der ARD?

L'unité fait la force. Aber eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr, als dass eine ARD-Anstalt auf „ihr“ Politmagazin verzichtet.

Wie könnte ein solches Einheitsmagazin im Rahmen der föderalen Struktur der ARD organisiert werden?

Das müssen sich die TV-Verantwortlichen selbst überlegen. Ich kann ihnen dann nachher sagen, ob ich's gut finde. Ansonsten: Fragen Sie Dr. Struve.

Welche Alternativmodelle für eine erfolgreiche Zukunft der Magazine können Sie sich vorstellen?

Siehe Frage 8. Ansonsten: Ein einheitliches ARD-Politmagazin (das es bekanntlich nicht geben wird) sollte jedenfalls kein zweites „Frontal21“ sein. Und: sich vielleicht mal im Ausland umsehen!

Wie können dabei auch junge Menschen als Zuschauer gewonnen werden?

Um diese Frage zu beantworten, bin ich schon zu alt. Ansonsten: Auf zur Feldforschung in die Milieus der Jugendlichen.

Mathias Werth, Redaktionsleiter die story / Aktuelle Fernsehdokumentation / Echtzeit (WDR)

Die politischen Magazine der ARD wurden auf 30 Minuten gekürzt. Welche Wirkungen hat dies auf Form, Inhalt und Qualität der Sendungen und Beiträge?

Magazine gehen damit unterschiedlich um. Monitor macht i.d.R. einen Bericht weniger, was deutlich spürbar ist.

Wie beeinflusste die Reform die journalistische Arbeitsweise? Welche Vor- und Nachteile gibt es?

Es gibt vor allem weniger Arbeit für viele hervorragende investigative Autorinnen und Autoren. Das beschädigt eine Kultur.

Der frühere Report-Moderator Franz Alt wirft der ARD vor, sich mit Häppchenjournalismus den Privatsendern anzugleichen. Hat er Recht?

Was die Magazine betrifft: Nein.

Was bewirken die politischen Magazine heute im Vergleich zu früheren Zeiten? Haben sie an Reputation verloren – falls ja, warum?

An Reputation wohl nicht, aber an Wirkung.

Immer wieder werden Beiträge kritisiert, weil sie schlecht recherchiert und tendenziös seien - Beispiel: Killerspiele bei Panorama. Riskieren die Magazine ihre Glaubwürdigkeit?

Die Magazine riskieren ihre Glaubwürdigkeit seit sie existieren: Jede mäßige oder ungenaue Recherche schadet dem investigativen Journalismus insgesamt, genauso wie die Journalisten ihm schaden, die nur behaupten, sie seien investigativ, obwohl viele einfach nur Sensationen inszenieren wie z. B. die Kokain-Reste auf Bundestagsklos, oder wie Sendungen, die Handwerker ins Haus bestellen und sie vor versteckter Kamera nach Fehlern an Wasserhähnen suchen lassen.

Betreiben die Magazine heute zu viel Stimmungsmache, indem durch Machart und filmische Mittel die Erregung künstlich geschürt wird?

Nein, eher weniger als früher.

Die ARD hat sechs politische Magazine und setzt sich damit der Kritik der Unübersichtlichkeit aus. Was halten Sie von einem Einheitsmagazin in der ARD?

Von einem Einheitsmagazin halte ich nichts. Das wäre, als wollte man mit dem Rasenmäher ein Blumenbeet verschönern.

Wie könnte ein solches Einheitsmagazin im Rahmen der föderalen Struktur der ARD organisiert werden?

s.o.

Welche Alternativmodelle für eine erfolgreiche Zukunft der Magazine können Sie sich vorstellen?

Persönlich kann ich mir noch immer das sog. Windrosen-Modell vorstellen, also vier Magazine, die jeweils alle vier Wochen senden.

Wie können dabei auch junge Menschen als Zuschauer gewonnen werden?

Dabei können keine jungen Zuschauer gewonnen werden, denn die Sendehäufigkeit hat damit nichts zu tun. Aber es wird darauf ankommen, die Lebenswelt junger Zuschauer einzubeziehen, also zu schauen, wie sich Politik auf den Lebensalltag von jungen Leuten aus

Medien-Versager bei der Integration

Carola Richter

1. Sind Einwanderer mit muslimischem Hintergrund in deutschen Medien Ihrer Meinung nach unterrepräsentiert?

In ihrer Quantität sind sie keinesfalls unterrepräsentiert, im Gegenteil, sie kommen überproportional häufig in den Medien vor. Die Qualität der Präsenz ist entscheidend: Migranten kommen vor allem in konfliktbeladenen Zusammenhängen vor, d.h. sie werden als Problem aufgefasst. In Kombination mit dem ebenso konfliktbeladenen Thema „Islam“ werden sie zusätzlich kollektiv misrepräsentiert.

a. Falls ja, wie könnte das konkret verändert werden?

Es muss eine klare Individualisierung der Problemfälle in der Berichterstattung erfolgen. Zudem ist eine De-Islamisierung der Berichterstattung über Migranten nötig, weil Integrationsprobleme nicht per se mit einer bestimmten Religion zusammenhängen.

b. Können Aktionen wie das „Islamische Wort“ beim SWR die Situation verbessern? Religiöse Programme im Rundfunk haben für religiös geprägte Menschen eine Identifikationsfunktion. Die gleichberechtigte Repräsentation islamischer Programme scheint mir da unerlässlich. Allerdings sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass für viele muslimische Migranten die Religion weder die Hauptidentifikation ist, noch die größte Hürde bei der Integration darstellt.

c. Gibt es bezüglich der Repräsentation von Muslimen in deutschen Medien Unterschiede zwischen Print, Hörfunk und TV bzw. zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk?

Im privaten Rundfunk kommen Integrationsthemen quasi kaum vor. Das scheint als Minenfeld aufgefasst zu werden, das man gern den öffentlich-rechtlichen überlässt. Auch beim ö/r gibt es starke Schwankungen zwischen den ersten Programmen und den dritten Programmen der ARD. Gerade in Sendern wie WDR, NDR und SWR, die Bundesländer mit einer Vielzahl von Muslimen bedienen, wird stärker auf eine

ausgewogene und „menschliche“ Berichterstattung geachtet. Beim MDR dagegen kommen Muslime nur als Bewohner ferner und gefährlicher Regionen vor, obwohl doch gerade in Ostdeutschland eine Sensibilisierung für Integrationsansätze nötig wäre (s. 2a) Im Zeitungsbereich ist das Spektrum sehr viel breiter.

d. Welche Themen und Stoffe fehlen in den Medien – und warum?

Es soll und darf in den Medien keine positivierende Berichterstattung geben oder gar Quoten für positive Beiträge. Aber Islam- oder Migrationsthemen strotzen zumeist von Vorwürfen oder unterliegen Rechtfertigungszwang. Es fehlt Normalität, es fehlt Menschlichkeit. Die Unterhaltungssparte hat in punkto Normalität mit bspw.

„Türkisch für Anfänger“ vorgelegt. In Reportagen und Kulturmagazinen könnte da nachgezogen werden.

2. Häufig wird den Medien vorgeworfen, sie würden nur von Problemen bezüglich der Integration berichten (z. Bsp. Zwangsehen, Kopftuch etc.) und zu wenig vom Alltag der Migranten.

a. Stimmen Sie dem Befund zu?

Ja, definitiv. Integration ist nicht einseitig zu betrachten. Die Ausstrahlung spezifischer Programme für Muslime oder Menschen mit Migrationshintergrund zu deren identifikatorischen Einbindung ist die eine Seite. Die andere – und wie ich finde – wesentlich wichtigere Seite ist aber die Erzeugung eines bestimmten Problem-Bildes von Migranten, das auf Seiten der Deutschen zu einer eher ablehnenden Haltung muslimischen Mitbürgern gegenüber führt. Das verhindert die für eine gelingende Integration so wichtige Normalität im Umgang miteinander.

b. Gilt das Phänomen, dass breiter über Probleme berichtet wird („Only bad news are good news) für die Berichterstattung generell oder würden Sie sagen, dass dieses Phänomen in Bezug auf den Islam besonders stark ausgeprägt ist?

Die Bad-News-Fokussierung ist generell zu beklagen. Bei Islam-Themen besteht die Problematik, dass wir die Bad-News-Orientierung aus der typischen Auslandsberichterstattung auf unser Nahwelt-Erleben übertragen und in der Regel wenig Korrekturen durch soziale Kontakte mit Muslimen erfahren.

c. Welchen Einfluss haben Ihrer Meinung nach sprachliche Aspekte und Stigmatisierung bei der Berichterstattung über Migranten (z. Bsp. der SPIEGEL-Titel „Das Boot ist voll“ oder „Asylantenschwemme“)?

Eine bestimmte Wortwahl wie diese folgt populistischen Stammtisch- und Politikerparolen und ist für einen akkuraten, lobbyfreien Journalismus nicht angemessen.

3. Welche Rolle spielen deutsche Medien überhaupt im Alltag der deutschen Muslime?

a. Nutzen Muslime überwiegend deutsche Medien?

Eine Studie über die Mediennutzung von Türken in Deutschland geht von ganz unterschiedlichen Nutzungstypen aus. Es ist davon auszugehen, dass außerhalb der 1. Migrantengeneration allein aufgrund sprachlicher Mängel in der „Muttersprache“ der Konsum türkischer Medien abnimmt.

b. Welche Rolle spielen türkische und arabische Zeitungen, die in Deutschland verkauft werden? Welche Rolle spielen die türkischen und arabischen Fernsehprogramme, die über Satellit zu empfangen sind?

Für die jeweils erste Migrantengeneration hat das „Heimatfernsehen“ oder die „Heimatzeitung“ noch eine starke gemeinschaftsbildende und identifikatorische Wirkung. Insgesamt sollte die Nutzung von ausländischen Medien als Bildungschance und Ergänzung von deutscher Seite aufgefasst werden, nicht als Bedrohung oder Desintegrationsmittel.

4. Gibt es genug Medienschaffende mit muslimischem Hintergrund bzw. mit Immigrationshintergrund?

nein

a. Was bringen diese Journalisten wirklich?

Sie bringen notwendige Normalität in die Medien und bilden die aktuelle demografische Entwicklung in Deutschland auch im Medienbereich ab. Und es ist nicht Sinn und Zweck, dass sie als „Integrationsreporter“ in eine bestimmte Ecke gedrückt werden.

b. Sind sie nur „Alibi-Figuren“ um Integration zu simulieren?

Die Journalisten werden zu solchen gemacht. Normale Entwicklungen angesichts der demografischen Umwälzungen werden von den Sendern dann als gezielte Integrationspolitik herausgehoben, wenn sie auf strukturelle Kritik reagieren müssen. Am Kernproblem, der konfliktbeladenen Repräsentation von muslimischen Migranten ändert das aber nichts.

5. Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Erfurter Studie zum Islambild bei ARD und ZDF?

Von: hila lsezgin

1. Sind Einwanderer mit muslimischem Hintergrund in deutschen Medien Ihrer Meinung nach unterrepräsentiert?

allerdings!

a. Falls ja, wie könnte das konkret verändert werden?

ich weiß nicht genau, ob sich die frage auf muslime als medien-macher oder als medien-inhalte bezieht. zum thema medien-macher:

- * die bekannten schwächen des deutschen bildungssystems abbauen, um mehr chancengleichheit für schüler aus familien mit unterschiedlichem bildungshintergrund zuschaffen; davon würden auch migrantenkinder und damit auch muslime profitieren
- * evt. mehr gezielte stipendien für angehende journalisten (es gibt bereits stiftungen, die dafür gelder bereit stellen)
- * bei der einstellung auf höhere anteile von migrationshintergründern achten (weiche quote)
- * dabei nicht nur an die verfasser von artikeln und beiträgen denken, sondern auch an redakteure sowie an assoziierte berufsgroupepn wie layouter, bildredakteure, schnitt; denn diese bestimmen wesentlich mit, welche bilder (konkret) unser bild (metaphorisch) vom islam prägen
- * gerne auch muslime in vorsitz der rundfunkanstalten, a la maria böhmer ;-)

b. Können Aktionen wie das ?Islamische Wort? beim SWR die Situation verbessern?

ja, in dem sinne einer mini-aktion von vielen, die nötig wären; ich persönlich sehe das islamische wort aber gar nicht so sehr als infosendung ÜBER den islam, sondern auch als plattform der inhaltlichen auseinandersetzung ÜBER den islam (unter muslimen); und das brauchen wir auch! wichtig sit also nicht nur, was die "deutsche

öffentlichkeit" über den islam denkt, sondern dass die muslimen in deutschland eine gemeinsame öffentlichkeit erhalten/aufbauen. denn der erin apologetische diskurs ("liebe deutsche, bitte glaubt usn,d ass de rislam nicht böse ist") bringt uns ja auf dauer auch nicht weiter.

c. Gibt es bezüglich der Repräsentation von Muslimen in deutschen Medien Unterschiede zwischen Print, Hörfunk und TV bzw. zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk?

ja, das liegt sicher zu einem großen teil am spracherwerb/bildungshintergrund. im (deutschsprachigen) printbereich gibt es noch furchtbar wenig muslimen, im radio deutlich mehr, und im fernsehen immerhin einige.

d. Welche Themen und Stoffe fehlen in den Medien ? und warum?
mir fallen tausend dinge ein, die in den medien vermisst - insbesondere mehr, kritischere, regelmäßige berichterstattung in sachen tierschutz! wie unsere gesellschaft mit tieren umgeht, findet ja nur sehr selten eingang in die zeitungen, und dann in form einer zehnzeiligen meldungen über die neueste (und immer wieder haarsträubende) versuchstierstatistik. in puncto islam würde ich fast sagen, dass es eher umgekehrt ist: man redet viel zu viel über islam, islam, islam. und sobald ein muslim öffentlich den mund aufmacht, erwartet man wieder von ihm nur: islam, islam, islam... vielleicht gilt für beides - tierschutz und islam - dass wir noch mehr qualitätsplätze brauchen, um die subtileren, weniger üblichen themen in entsprechend anspruchsvollen formen unterzubringen: die ausführliche reportage über das ganz alltägliche elend im kälberstall und die reportage über fatima xy, die vielleicht keine klassische muslima ist, oder meinetwegen auch ne streng verschleierte muslima; aber das wäre eben nicht das thema der reportage, sondern fatima xy als individuum und ihr rasant spannendes projekt soundso!

2. Häufig wird den Medien vorgeworfen, sie würden nur von Problemen bezüglich der Integration berichten (z. Bsp. Zwangsehen, Kopftuch etc.) und zu wenig vom Alltag der Migranten.

a. Stimmen Sie dem Befund zu?

ja!

b. Gilt das Phänomen, dass breiter über Probleme berichtet wird (?Only bad news are good news) für die Berichterstattung generell oder würden Sie sagen, dass dieses Phänomen in Bezug auf den Islam besonders stark ausgeprägt ist?

na ja, der hunger in afrika oder gewalt gegen (auch nichtmuslimische) frauen sind tägliche bad news, die daher natürlich nicht mehr gesendet werden... ich glaube schon, dass der islam als potentielles skandalthema momentan sehr im fokus steht - in dem sinne lautet meine antwort auf die zweite hälfte der frage: ja. liegt sicher nicht nur, aber auch an der verschärfung sozialer unterschiede in der gesamten hiesigen gesellschaft (die an dem exempel einer randgruppe abdiskutiert werden) sowie an außenpolitischen umständen: der westen

und die USA ringen momentan nun mal vornehmlich mit dem Vorderen Orient

c. Welchen Einfluss haben Ihrer Meinung nach sprachliche Aspekte und Stigmatisierung bei der Berichterstattung über Migranten (z. Bsp. der SPIEGEL-Titel "Das Boot ist voll" oder "Asylantenschwemme")?

das - und insbesondere manche Spiegeltitel! - finde ich nah an der Volksverhetzung. Ich wünschte mir, da würde der deutsche Presserat härter vorgehen und engere Regeln aufstellen. Bilder (Fotos und Fotomontagen) sind da übrigens genauso schlimm wie Worte

3. Welche Rolle spielen deutsche Medien überhaupt im Alltag der deutschen Muslime?

Mit diesem empirischen Kram kenne ich mich nicht so gut aus, könnte nur die Studie "Migranten und Medien" zitieren; die allerdings fragt absurderweise nicht, warum Türken doch etwas weniger die deutschen Printmedien nutzen als deutsche Konsumenten. Das wird nicht nur, aber auch daran liegen, dass sie (die Türken) da meistens als Integrationsversager oder potentielle Terroristen gezeigt werden! Macht keinen Spaß, so was, und ich persönlich könnte daher nie den Spiegel abonnieren, auch wenn ich beruflich leider wissen muss, was drin steht.

a. Nutzen Muslime überwiegend deutsche Medien?

b. Welche Rolle spielen türkische und arabische Zeitungen, die in Deutschland verkauft werden? Welche Rolle spielen die türkischen und arabischen Fernsehprogramme, die über Satellit zu empfangen sind?

4. Gibt es genug Medienschaffende mit muslimischem Hintergrund bzw. mit Immigrationshintergrund?

nee, siehe Frage 1

a. Was bringen diese Journalisten wirklich?

andere Themen, Korrektur der bisherigen Themen, ein neuer, hoffentlich oft ein weniger skandalisierender Blick; generell gilt aber in meinen Augen hier dasselbe wie bei den Frauen: sie müssen nicht unbedingt was spezifisch "weibliches" oder "muslimisches" sagen - aber es ist doch unerlässlich, dass ihre Stimme gehört wird!

b. Sind sie nur "Alibi-Figuren" um Integration zu simulieren?

ich weiß jetzt nicht, auf wen sich das beziehen könnte.

5. Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Erfurter Studie zum Islambild bei ARD und ZDF?

ich war erschüttert zu sehen, dass eine wissenschaftliche Untersuchung zu genau demselben entmutigenden Ergebnis kommt wie meine private kleine Sicht auf diese Dinge.

Clemence Delmas

1. Sind Einwanderer mit muslimischem Hintergrund in deutschen Medien Ihrer Meinung nach unterrepräsentiert?

allerdings!

a. Falls ja, wie könnte das konkret verändert werden?

ich weiß nicht genau, ob sich die frage auf muslimen als medien-macher oder als medien-inhalte bezieht. zum thema medien-macher:

* die bekannten schwächen des deutschen bildungssystems abbauen, um mehr chancengleichheit für schüler aus familien mit unterschiedlichem bildungshintergrund zuzuschaffen; davon würden auch migrantenkinder und damit auch muslimen profitieren

* evt. mehr gezielte stipendien für angehende journalisten (es gibt bereits stiftungen, die dafür gelder bereit stellen)

* bei der einstellung auf höhere anteile von migrationshintergründern achten (weiche quote)

* dabei nicht nur an die verfassenden von artikeln und beiträgen denken, sondern auch an redakteure sowie an assoziierte berufsgruppen wie layouter, bildredakteure, schnitt; denn diese bestimmen wesentlich mit, welche bilder (konkret) unser bild (metaphorisch) vom islam prägen

* gerne auch muslimen in vorsitz der rundfunkanstalten, a la maria böhmer ;-)

b. Können Aktionen wie das "Islamische Wort" beim SWR die Situation verbessern?

ja, in dem sinne einer mini-aktion von vielen, die nötig wären; ich persönlich sehe das islamische wort aber gar nicht so sehr als infosendung ÜBER den islam, sondern auch als plattform der inhaltlichen auseinandersetzung ÜBER den islam (unter muslimen); und das brauchen wir auch! wichtig ist also nicht nur, was die "deutsche öffentlichkeit" über den islam denkt, sondern dass die muslimen in deutschland eine gemeinsame öffentlichkeit erhalten/aufbauen. denn der eher apologetische diskurs ("liebe deutsche, bitte glaubt usn,d ass der islam nicht böse ist") bringt uns ja auf dauer auch nicht weiter.

c. Gibt es bezüglich der Repräsentation von Muslimen in deutschen Medien Unterschiede zwischen Print, Hörfunk und TV bzw. zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk?

ja, das liegt sicher zu einem großen teil am spracherwerb/bildungshintergrund. im (deutschsprachigen) printbereich gibt es noch furchtbar wenig muslimen, im radio deutlich mehr, und im fernsehen immerhin einige.

d. Welche Themen und Stoffe fehlen in den Medien ? und warum?
mir fallen tausend dinge ein, die in den medien vermisse -

insbesondere mehr, kritischere, regelmäßige Berichterstattung in Sachen Tierschutz! wie unsere Gesellschaft mit Tieren umgeht, findet ja nur sehr selten Eingang in die Zeitungen, und dann in Form einer zehnzeiligen Meldung über die neueste (und immer wieder haarsträubende) Versuchstierstatistik. In puncto Islam würde ich fast sagen, dass es eher umgekehrt ist: man redet viel zu viel über Islam, Islam, Islam. Und sobald ein Muslim öffentlich den Mund aufmacht, erwartet man wieder von ihm nur: Islam, Islam, Islam... vielleicht gilt für beides - Tierschutz und Islam - dass wir noch mehr Qualitätsplätze brauchen, um die subtileren, weniger üblichen Themen in entsprechend anspruchsvollen Formen unterzubringen: die ausführliche Reportage über das ganz alltägliche Elend im Kälberstall und die Reportage über Fatima XY, die vielleicht keine klassische Muslima ist, oder meinetwegen auch eine streng verschleierte Muslima; aber das wäre eben nicht das Thema der Reportage, sondern Fatima XY als Individuum und ihr rasant spannendes Projekt Soundso!

2. Häufig wird den Medien vorgeworfen, sie würden nur von Problemen bezüglich der Integration berichten (z. Bsp. Zwangsehen, Kopftuch etc.) und zu wenig vom Alltag der Migranten.

a. Stimmen Sie dem Befund zu?

ja!

b. Gilt das Phänomen, dass breiter über Probleme berichtet wird (?Only bad news are good news) für die Berichterstattung generell oder würden Sie sagen, dass dieses Phänomen in Bezug auf den Islam besonders stark ausgeprägt ist?

na ja, der Hunger in Afrika oder Gewalt gegen (auch nichtmuslimische) Frauen sind tägliche bad news, die daher natürlich nicht mehr gesendet werden... ich glaube schon, dass der Islam als potentiell skandalträchtig momentan sehr im Fokus steht - in dem Sinne lautet meine Antwort auf die zweite Hälfte der Frage: ja. Liegt sicher nicht nur, aber auch an der Verschärfung sozialer Unterschiede in der gesamten hiesigen Gesellschaft (die an dem Beispiel einer Randgruppe abdiskutiert werden) sowie an außenpolitischen Umständen: der Westen und die USA ringen momentan nun mal vornehmlich mit dem Vorderen Orient

c. Welchen Einfluss haben Ihrer Meinung nach sprachliche Aspekte und Stigmatisierung bei der Berichterstattung über Migranten (z. Bsp. der SPIEGEL-Titel ?Das Boot ist voll? oder ?Asylantenschwemme?)?

das - und insbesondere manche Spiegeltitel! - finde ich nah an der Volksverhetzung. Ich wünschte mir, da würde der deutsche Presserat härter vorgehen und engere Regeln aufstellen. Bilder (Fotos und Fotomontagen) sind da übrigens genauso schlimm wie Worte

3. Welche Rolle spielen deutsche Medien überhaupt im Alltag der deutschen Muslime?

Mit diesem empirischen Kram kenne ich mich nicht so gut aus, könnte nur die Studie "Migranten und Medien" zitieren; die allerdings fragt

absurderweise nicht, warum türken doch etwas weniger die deutschen printmedien nutzen als deutsche konsumenten. das wird nicht nur, aber auch daran liegen, dass sie (die türken) da meistens als integrationsversager oder potentielle terroristen gezeigt werden! macht keinen spaß, so was, und ich persönlich könnte daher nie den spiegel abonnieren, auch wenn ich beruflich leider wissen muss, was drin steht.

- a. Nutzen Muslime überwiegend deutsche Medien?
 - b. Welche Rolle spielen türkische und arabische Zeitungen, die in Deutschland verkauft werden? Welche Rolle spielen die türkischen und arabischen Fernsehprogramme, die über Satellit zu empfangen sind?
4. Gibt es genug Medienschaffende mit muslimischem Hintergrund bzw. mit Immigrationshintergrund?

nee, siehe frage 1

- a. Was bringen diese Journalisten wirklich?

andere themen, korrektur der bisherigen themen, ein neuer, hoffentlich oft ein weniger skandalisierender blick; generell gilt aber in meinen augen hier dasselben wie bei den frauen: sie müssen nicht unbedingt was spezifisch "weibliches" oder "muslimisches" sagen - aber es ist doch unerlässlich, dass ihre stimme gehört wird!

- b. Sind sie nur ?Alibi-Figuren? um Integration zu simulieren?

ich weiß jetzt nicht, auf wen sich das beziehen könnte.

5. Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Erfurter Studie zum Islambild bei ARD und ZDF?

ich war erschüttert zu sehen, dass eine wissenschaftliche untersuchung zu genau demselben entmutigenden ergebnis kommt wie meine private kleine sicht auf diese dinge.

Gedopter Sport – Medien als Teil der Dopingmaschine

Herr Seppelt, wenn wir jetzt Radsport schauen, sehen wir dann sauberen Wettbewerb oder rollende Apotheken ?

Saubere Rennen sehen zu wollen, ist eine komplette Illusion. Der Radsport hat nach wie vor ein massives Doping-Problem. Das konnte man etwa bei der ‚Operación Puerto‘ in Spanien feststellen, geheimes Blutdoping europaweit in großem Stil. Das ist vermutlich in noch viel größerem Maßstab kriminell ist als das, was wir nach und nach aus den Neunzigern erfahren. Wenn wir die jüngsten Geständnisse von Radsportler oder die Einlassungen des Giro-Siegers Danilo de Luca sehen, müssen wir davon ausgehen, dass der Generalverdacht gegenüber dem Radsport berechtigt ist.

Warum erfahren wir bislang wenig über die Ergebnisse der Operación

Puerto, den Doping-Skandal in Spanien ?

Große Teile des internationalen Sports haben nur ein sehr bedingtes Interesse daran, das Problem Doping ehrlich anzugehen. Da überwiegen oft Lippenbekenntnisse und Aktionismus. Gerade in Spanien herrscht auf Sportverbandsseite kein großes Aufklärungsinteresse. Diese Mentalität existiert auch bei einer Reihe von Funktionären hierzulande. Es wäre aus meiner Sicht notwendig, auch Köpfe auszutauschen, um glaubhaft Veränderungen kenntlich zu machen. Die Grundhaltung vieler, die im Hochleistungssport tätig sind, muss sich ändern.

Am 7. Juli startet die Tour de France, werden Sie als Reporter dabei sein ?

Ich bin Teil des ARD-Teams bei der Tour de France und werde nach derzeitigem Stand Dopingthemen bearbeiten.

Sie haben in der ‚Phoenix-Runde‘ den Radsport insgesamt als ‚krank‘ bezeichnet. NADA-Chef Armin Baumert hat eingeräumt, es gäbe derzeit keine Lösung für das Doping-Problem. Ist es noch sinnvoll, umfänglich über die ‚Tour‘ als zu berichten ?

Diese Problematik stellt sich nicht nur für den Radsport, sondern für alle Sportarten. Doping – das ist für viele immer nur das Doping der anderen. Mich stört die Doppelmoral und Heuchelei in der Diskussion, nicht erst seit heute. Angesichts des strukturellen Zwangs zur Manipulation im kommerziellen Spitzensport muss man fragen, wie Radio und Fernsehen, aber auch die anderen Medien, sich aufstellen, um diese Thematik zu dokumentieren. Es liegt auf der Hand, dass ökonomischer Druck gegenüber dem Sport ein wirkungsvoller Weg für einen Reinigungsprozess sein könnte. Wer dem gedopten Sport das Geld entzieht, entzieht ihm zugleich die Grundlage, weiter zu machen wie bisher.

Ist der Hochleistungssport mehr als nur ein Spiegel der Gesellschaft ?

Im Sport fokussiert sich das, was in der Gesellschaft passiert. Doping ist nichts anderes als eine besondere Spielart der Korruption. An der latent korrupten Melange von sind viele beteiligt: Sportler, Funktionäre, Politiker, Lobbyisten, Sponsoren, PR-Manager, Journalisten, Betreuer und Ärzte. Alle wollen am Erfolg teilhaben. Es ist wie bei einer Nahrungskette, von der viele abhängig sind. Am Ende steht der Sportler als Dukatenesel.

Nicht nur der Molekularbiologe Werner Franke hat Sportjournalisten in diesem Zusammenhang der Kumpanei geziehen.

Es ist ein Problem des Berufsstandes, dass es Begeisterung für den Sport gibt und diese oft wichtiger ist als die Begeisterung für den Journalismus. Sportjournalisten tragen wegen der häufig unkritischen Grundhaltung zum Wesen des modernen Sports eine Mitverantwortung für die Missstände. Wenn ein Moderator fast entschuldigend sagt, wie ungern er doch über Doping berichte und hoffe, dass er es bald nicht mehr tun müsse, zeugt das von einem merkwürdigen Selbstverständnis. Ist es nicht gerade notwendige Grundlage dieses Berufs, neugierig zu sein und einen Erkenntnisgewinn erzielen zu wollen? Der Sportchef der Berliner Zeitung, Jens Weinreich hat das Bonmot geprägt, Sportjournalisten seien ‚die Fans, die es über die Absperrung geschafft haben‘. Weinreich und andere kritische Kollegen wie Herbert Fischer-Solms vom Deutschlandfunk und engagierter Journalisten von SZ und FAZ haben immer wieder auf Fehlentwicklungen des Sports hingewiesen.

Wie könnte ein zeitgemäßer, auch an Erkenntnissen orientierter

Sportjournalismus aussehen ?

Ich denke, dass wir zurück zu den Wurzeln müssen. Einfache Standards wie die kritische Nachfrage und die Recherche sollten mehr in den Vordergrund gerückt werden. Top-Leistungen zum primären Maßstab von Berichterstattung zu machen, halte ich für den falsche Weg. Die Gier nach immer neuen Rekorden ist ohnehin nicht länger haltbar. Natürlich wären mehr Sendeplätze wünschenswert. Aber es tut sich jetzt einiges, in der ARD gibt es die neue Dopingredaktion beim WDR. Wir Sportjournalisten sind den Zuschauern schuldig, Glaubwürdigkeit nicht nur von anderen verlangen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Es kann auf Dauer nicht so sein, dass kritische Geschichten nur in den politischen Ressorts oder im Feuilleton verhandelt werden.

Befürwortern der bisherigen Linie argumentieren, dass Sportrechte teuer sind und deshalb bestimmte Arten der Inszenierungen gewählt werden, um hohe Einschaltquoten zu erzielen.

Das kann kein Kriterium sein. Journalistische Grundsätze müssen auch für den Sport gelten. Würde man bei der ‚Tagesschau‘ die Ausstrahlung eines Bericht über die Bundeskanzlerin davon abhängig machen, wie attraktiv sie am Bildschirm rüberkommt? Ich stelle mir schon manchmal die Frage, warum denn die Berichterstattung über Sport dramaturgisch überhöht werden muss, wo doch das Sportereignis durch seine naturgemäße Dramaturgie ohnehin per se Unterhaltungscharakter hat? Wir sollten so ehrlich sein, den Sport so darzustellen und zu benennen, wie er wirklich ist.

Aber Doping gilt gemeinhin als Quotenkiller.

Ich bestreite, dass Doping ein Quotenkiller sein muss. Am letzten Sonntag erhöhte sich beim RBB-„Sportplatz“ der Marktanteil um satte 2 %, als das Doping das Thema war. 20.000 Zuschauer mehr auf einen Schlag – und das soll ein Quotenkiller sein?

Sie waren viele Jahre Live-Reporter beim Schwimmen, bis Sie zum Ende der Ära Bossdorf kaltgestellt wurden. Im Zuge der Doping-Skandale zählen Sie nun zu den gefragtesten Journalisten – erfüllt Sie das mit einer gewissen Genugtuung?

Mir macht mein Beruf Spaß, ich bin gerne Journalist. Wir lernen in diesen Tagen noch einiges mehr über den Sport, was ich spannend und aufregend finde. Insofern bin ich sicher zufriedener als noch vor einem Jahr.

Hajo Seppelt, 1963 in Berlin geboren, war von 1985 – 2006 als Reporter und Redakteur des SFB, seit 2003 für den RBB tätig. Derzeit arbeitet er als freier Journalist für ARD-Anstalten und gilt als der ARD-Experte für Doping und olympische Sportpolitik. Einen Namen machte sich Seppelt als langjähriger Schwimmreporter der Ersten und Gründer der SFB-Laufbewegung, die heute der RBB fortführt. Im letzten Jahr erhielt Seppelt als Anerkennung seiner journalistischen Leistung den „Leuchtturm“ des Netzwerk Recherche.

Interview: Rainer Braun für Funkkorrespondenz

Ist noch Wetter oder schon Klima? – Umwelt und Wissenschaftsjournalismus

I) Anita Engels, Universität Hamburg

- 1) Wie beurteilen Sie die Qualität der Medienberichterstattung über Wetterphänomene und die Debatte über die Klima-Veränderung?

Die Qualität ist sicherlich über das gesamte Spektrum der Medienprodukte sehr unterschiedlich einzuschätzen. Die Verbindung zwischen Wetterphänomenen und langfristigen Klima-Veränderungen ist seit langem der zentrale Mechanismus in den Medien, Klimawandel in die Alltagswelt des Publikums zu übersetzen und ein wissenschaftlich komplexes Problem konkret erfahrbar zu machen. Ein wichtiger Qualitätsmaßstab wäre hier, deutlich zwischen Wetter und Klima zu unterscheiden – das wird jedoch weitestgehend ignoriert.

- 2) Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die größten Auswüchse und Missverständnisse in der Debatte? Was vermissen Sie? Worauf könnten Sie verzichten?

Bereits in den 1980er Jahren wurde die Warnung vor dem Klimawandel unmittelbar mit der Forderung nach dem verstärkten Einsatz von Atomenergie verknüpft. National wie international wurden dann jedoch lange Zeit die diversen Folgeprobleme der Kernenergie als so gravierend eingeschätzt, dass der Ausbau der Kernenergie keinen geeigneten Beitrag zur Lösung der Klimaproblematik darstellt. Dass nun wieder verstärkt gegenteilige Stimmen in der öffentlichen Debatte zu hören sind, ist erstaunlich, zeigt aber auch, wie sehr das Klimathema von den verschiedenen Seiten instrumentalisiert werden kann.

- 3) Ist derzeit überhaupt eine differenzierte Diskussion möglich? Haben abweichende Meinungen momentan eine Chance gehört zu werden?

Hier muss man nach nationalen Kontexten differenzieren. In den USA gibt es nach wie vor mehr wissenschaftliche Persönlichkeiten als in Deutschland, die eine „abweichende Meinung“ haben, d.h. die die Einschätzungen des IPCC über das Eintreten eines Klimawandels im Sinne einer globalen Erderwärmung in dieser Form nicht teilen. In der deutschen Debatte gewinnt man eher den Eindruck, dass Wissenschaftler befürchten müssen, mit einer *differenzierten* Position dem Lager der Klimaskeptiker zugeschlagen zu werden. Das Problem ist hierzulande also nicht so sehr, dass abweichende Meinungen nicht gehört werden, sondern dass einige Medien verzweifelt bemüht sind, abweichende Meinungen herzustellen. Dadurch werden Wissenschaftler aber noch vorsichtiger im Umgang mit Medien. Gerade etablierte Forscher wissen daher bereits, dass sie in ihren Äußerungen gegenüber Medienvertretern nicht zu differenziert argumentieren dürfen.

- 4) Wie bewerten Sie die Reaktion einiger Medien (u.a. „Der Spiegel“), die nach der "Dramatisierung" massiv vor Übertreibungen der Thematik warnen und wissenschaftliche Befunde in Zweifel ziehen?

„Der Spiegel“ ist sicherlich das Medium in Deutschland, das den Katastrophendiskurs über Klimawandel am stärksten geprägt hat. Auch dabei handelt es sich um eine Besonderheit Deutschlands im Vergleich zur Berichterstattung in anderen Ländern. Der Begriff Klimakatastrophe, der ursprünglich von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft lanciert wurde, hat seit Mitte der 1980er Jahre die deutsche Berichterstattung geprägt wie kein anderer – wir sprechen hier von einem festen Schema, das die kognitive Einordnung eines Phänomens bei den Rezipienten erleichtert. Wissenschaftlern ist es nicht mehr gelungen, diesen hochproblematischen Begriff durch andere, neutralere oder wissenschaftlichere Begriffe zu ersetzen. Insofern ist es nur folgerichtig, dass „Der Spiegel“ im Katastrophenschema bleibt, wenn über Zweifel oder differenzierte Positionen berichtet werden soll. Mit „Hilfe...Die Erde

schmilzt!“ wird deutlich, dass die deutsche Medienberichterstattung eine Pfadabhängigkeit aufweist, der sie nicht so schnell entkommen kann. Entweder die Katastrophe droht, oder die Katastrophenwarnung ist lächerlich – eine differenzierte Berichterstattung über die Klimaforschung ist damit nur noch unter erschwerten Bedingungen zu leisten.

- 5) Wie haben Medientrends wie die unterhaltend aufbereitete TV-Wettervorhersage die Berichterstattung über das Thema geprägt und verändert?

Die TV-Wettervorhersagen haben einen interessanten Effekt: vor allem in Deutschland geht es nicht so sehr um die möglichen wirtschaftlichen Folgen von Wetterentwicklungen (z.B. Landwirtschaft, Flugverkehr), sondern vor allem um das persönliche Wohlempfinden von (jungen) Menschen. Sonniges, trockenes Wetter wird als das für ganz Deutschland wünschenswerte Wetter dargestellt. Wenn es einmal eine Regenperiode gibt, hört man Trostorte und Durchhalteparolen. Dieser Bias erklärt vielleicht, warum der Begriff Erderwärmung, der in anderen Ländern für das Phänomen des Klimawandels gebräuchlicher ist, hierzulande nicht sehr etabliert ist. Erwärkung transportiert in Deutschland keine negativen Konnotationen, es sei denn, man bedient sich wiederum des Katastrophenschemas und spricht vom „Schmelzen“ der Erde.

- 6) Was halten Sie von Kampagnen, wie sie z. B. BILD mit Greenpeace, BUND und WWF unter dem Motto „Rettet unsere Erde“ gestartet hat?

Überraschende Allianzen dieser Art sind ein Indikator dafür, dass das Klimathema zu innovativen Handlungsformen bei den beteiligten Akteuren führt. Das ist zunächst positiv einzuschätzen, auch wenn die angesprochene Kampagne ein hohes Risiko des Glaubwürdigkeitsverlustes der NGOs in sich birgt. Wie sich diese Kampagne tatsächlich auswirkt – ob sie eine nachhaltige Breitenwirkung entfalten kann oder lediglich ein populistischer Impuls ist, der einen wirkungslos verpuffenden Aktionismus verbreitet – muss sich erst zeigen.

- 7) Warum gehen die Medien auf das Thema erst jetzt so ausführlich ein, nachdem die Probleme doch schon seit Jahrzehnten bekannt sind?

Die Medien haben in Deutschland kontinuierlich über Klimawandel und die Folgen berichtet, man kann also nicht sagen, dass sie erst jetzt ausführlich darauf eingehen. Dass es in den vergangenen Monaten zu einer weiteren Steigerung in der Berichterstattung gekommen ist, hängt mit den Möglichkeiten der medialen Aufbereitung zusammen. Es hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass die IPCC-Berichte besonders interessant für die Medien sind, wenn sie mit extremen Wetterereignissen zusammen fallen. Ein paar Stürme, ein „viel zu warmer“ Winter und ein „viel zu trockenes“ Frühjahr bilden den Resonanzboden für die derzeit verstärkte Berichterstattung.

- 8) Welchen Anteil an der zeitverzögerten Wahrnehmung hat Wissenschaft selbst?

Ich würde nicht von einer zeitverzögerten Wahrnehmung sprechen, zumal in den 1990er Jahren Klimawandel bereits ausführlich in den deutschen Medien aufgegriffen wurde.

- 9) Sind Publikumsmedien überhaupt in der Lage, komplexe wissenschaftliche Themen verständlich und fundiert zu vermitteln?

Es gibt hervorragende Wissenschaftsjournalisten, die seit langem zeigen, dass kein wissenschaftlicher Zusammenhang zu komplex ist, um verständlich und fundiert vermittelt werden zu können. Das ist aber auch nicht das Hauptproblem in der Klimaberichterstattung. Die theoretischen Zusammenhänge im Einzelnen sind recht einfach zu beschreiben. Schwierig wird es in der öffentlichen Kommunikation vor allem durch das Wahrscheinlichkeitsproblem. Die konkreten Auswirkungen vor Ort innerhalb der Lebensspanne eines Menschen (oder der Legislaturperiode eines Parlamentes) können nur in Szenarienform dargestellt werden, die

zwangsläufig mit Unsicherheit behaftet sind. Wir haben weder Gewissheit darüber, wie es uns treffen wird, noch Gewissheit darüber, ob Klimawandel durch drastische CO₂-Einsparungen aufzuhalten wäre. Handeln und politisches Entscheiden unter Ungewissheit ist also das zentrale Problem, nicht das Darstellen von komplexen wissenschaftlichen Themen. Die schwer zu bewältigende Komplexität liegt auf Seiten der Politik, nicht auf Seiten der Wissenschaft.

10) Wie beurteilen Sie den Umgang der Politik mit dem Thema? Wie gut ist Politik in Sachen Wetter und Klima beraten? Sind von der Politik nachhaltige Lösungsvorschläge zu erwarten?

Es wäre sicherlich überzogen, von politischen Entscheidungsträgern die ganz großen Lösungen für schnelle und deutliche CO₂-Reduktionen zu erwarten. Dazu ist vor allem die internationale Verhandlungslage zu kompliziert. Je stärker der (mediale) Druck wird, desto eher ist vor allem mit symbolischen Anpassungen der Politik zu rechnen. Aus diesem Grund ist es jedoch besonders wichtig, dass in den unterschiedlichsten Handlungsbereichen so genannte tie-in-Optionen aufgezeigt werden. Die Politik muss sich also auf Lösungswege konzentrieren, in denen Klimaziele mit anderen wichtigen gesellschaftlichen Zielen verbunden werden können. Das kann in den Medien durchaus unterstützt werden – eine breite Berichterstattung, die die unterschiedlichsten Handlungsoptionen aufzeigt, wäre hier wünschenswert.

11) Heute in den Schlagzeilen, morgen aus dem Sinn. Was ist zu tun, damit es in Sachen Global Warming anders läuft als bei BSE oder der Vogelgrippe?

Die bisherige Berichterstattung über Klimawandel hat gezeigt, dass es sich nicht nur um kurzfristige Aufmerksamkeitszyklen handelt. Jenseits der Titelstories hat sich die Klimaberichterstattung in den vergangenen zwei Jahrzehnten fest in allen Ressorts etabliert (so z.B. im Wirtschaftsressort). Das ist als Entwicklung fast noch wichtiger einzuschätzen als ein alle Jahre wiederkehrender zusätzlicher Aufmerksamkeits-Peak. Denn die unzähligen kleinen Artikel und Erwähnungen tragen dazu bei, dass Klimawandel als Sinnzusammenhang in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein getragen wird. Insgesamt erhöht sich dadurch die Resonanzfähigkeit einer Gesellschaft für ein Problem, das – wie bereits gesagt – als politisches Problem an Komplexität kaum zu überbieten ist.

II) Maja Göpel, World Future Council

Anmerkung: Frau Göpel:

Generell fände ich es wichtig, wenn die Frage nach der Rolle von Wissenschaft und Journalismus in der Gesellschaft und unser Verständnis von Wissenschaft und "Realität" thematisiert würde.

1) Wie beurteilen Sie die Qualität der Medienberichterstattung über Wetterphänomene und die Debatte über die Klima-Veränderung?

Die Qualität der Medienberichterstattung variiert extrem zwischen den Formaten. In der allgemeinen Debatte zeigt sich vor allem in den letzten Wochen die Stärke der Atomlobby, die die Klima-Veränderung für ihre Profitinteressen ausschaltet. Was mir sehr fehlt, ist eine wirklich langfristige Perspektive in der Bewertung von Lösungsvorschlägen, da würden sowohl Clean Coal als auch Nuklear direkt als Investitionsprioritäten herunterfallen.

2) Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die größten Auswüchse und Missverständnisse in der Debatte? Was vermischen Sie? Worauf könnten Sie verzichten?

Die größten Probleme sehe ich darin, dass die Debatte zwischen extremem Ja versus vernachlässigendem Nein zu pendeln scheint: Ja, es ist dramatisch und wir müssen sofort unser Verhalten auf den Kopf stellen versus Nein, ist doch Panikmache und wir machen weiter wie bisher. Weder noch hilft uns, nüchtern konsequente und schnell umsetzbare Maßnahmen zu definieren und eine aufgeklärte Einsicht bei möglichst vielen Menschen zu erwirken, die als Verhaltensanleitung im Alltag dienen kann.

3) Ist derzeit überhaupt eine differenzierte Diskussion möglich? Haben abweichende Meinungen momentan eine Chance gehört zu werden?

Ich möchte wirklich wissen, welcher informierte Mensch den beschleunigten Klimawandel des 20. Jahrhunderts noch wirklich in Frage stellen will. Das IPCC ist die größte Errungenschaft weltweiten wissenschaftlichen Austausches bisher und jeder Wissenschaftler kann seine Mitgliedschaft darin beantragen. Fragen Sie doch bitte auch, wie die so genannten "Pessimisten" sich in den letzten 30 Jahren wohl gefühlt haben und ob dort die Diskussion chancenreicher und differenzierter gewesen ist.

4) Wie bewerten Sie die Reaktion einiger Medien (u.a. „Der Spiegel“), die nach der "Dramatisierung" massiv vor Übertreibungen der Thematik warnen und wissenschaftliche Befunde in Zweifel ziehen?

Ich finde es fahrlässig, wenn die Meinung von 2000 internationalen Wissenschaftlern als Dramatisierung abgetan wird - vor allem wenn es nicht einmal mehr der USA gelingt anerkannte Wissenschaftler durch Bezahlung zu einer Kritik an den IPCC Berichten zu bringen.

5) Wie haben Medientrends wie die unterhaltend aufbereitete TV-Wettervorhersage die Berichterstattung über das Thema geprägt und verändert?

Natürlich hilft es, das Thema über die Wettervorhersage direkt mit der erlebten Realität des Einzelnen zu verbinden. Meines Erachtens ist der Fokus auf das Wetter aber zu kurz gegriffen. Beim Thema Klimawandel geht es nicht nur um gefühlte Erwärmung und Stürme, sondern um die Veränderung ganzer Ökosysteme, Nahrungsketten und Lebensräume.

6) Was halten Sie von Kampagnen, wie sie z. B. BILD mit Greenpeace, BUND und WWF unter dem Motto „Rettet unsere Erde“ gestartet hat?

Ich finde die generelle Idee nicht schlecht, da viele Endverbraucher sich sonst ohne Einfluss oder Verantwortung wähnen. Gleichzeitig wird die wählende Bevölkerung sensibler für die immense Verschwendung von Energie in unseren industrialisierten Gesellschaften und couragiertere Politikvorschläge können eher Unterstützung finden. Ohne diese klaren Regeln, vor allem für die Industrie als größtem Co2 Verursacher, kann es aber nicht gehen.

7) Warum gehen die Medien auf das Thema erst jetzt so ausführlich ein, nachdem die Probleme doch schon seit Jahrzehnten bekannt sind?

Weil Umweltthemen oft das Problem haben, dass die Konsequenzen unseres Handelns sowohl zeit- als auch ortsversetzt deutlich werden. Warnungen erscheinen dann oft als Ruf der Cassandra und werden als solche von denen verunglimpft, die vom zerstörerischen Status Quo profitieren. Dazu kommt eine irrationale Gläubigkeit in technologische Effizienzwunder, die historisch betrachtet fast durchweg von Bumerang-Effekten ausgehebelt wurden: in ökonomisch ungebremstem Wettbewerb führen geringere Ressourcen pro Produkt in der Regel nicht zu Einsparungen, sondern zu wachsender Anzahl von Produkten.

8) Welchen Anteil an der zeitverzögerten Wahrnehmung hat Wissenschaft selbst?

Nicht "Wissenschaft" selbst hat einen eigenen Anteil an der zeitverzögerten Wahrnehmung, sondern vielmehr unser generelles, modernes Ideal von "valider" Wissenschaft: wir tun so, als ob es eine eindeutige Realität gibt, die Forscher 100% korrekt und neutral abbilden können. Dabei ist eine gewisse Kontingenz gerade bei so komplexen Phänomenen wie Klimawandel unvermeidbar und resultiert nicht nur aus unterschiedlichen Forschungsdesigns je nach gewählter Prämisse, sondern auch aus unterschiedlichen Interpretationen der Ergebnisse - je nach eigener Perspektive und durchaus auch Eigeninteressen. Es ist wichtig, dass wir Wissenschaft wieder als einen integralen Teil gesellschaftlicher Debatten und Machtkämpfe wahrnehmen, anstatt von ihr anzunehmen und zu erwarten, sie könnte diese objektiv und eindeutig abbilden.

9) Sind Publikumsmedien überhaupt in der Lage, komplexe wissenschaftliche Themen verständlich und fundiert zu vermitteln?

Publikumsmedien sind meiner Meinung gut dazu in der Lage, die groben Ergebnisse und Positionen komplexer wissenschaftlicher Themen darzustellen, können aber nicht wirklich fundiert berichten. Dafür sollten Referenzen an weiterführende Informationen eingebaut, oder eigene Specials erstellt werden. Das Problem ist außerdem, dass zumindest Nachrichtenjournalismus das Image hat, unabhängig zu berichten und relativ kurze Berichte über komplexe Themen je nach gewählter Position der gesamte Debatte eine starke Interpretationstendenz verpassen können.

10) Wie beurteilen Sie den Umgang der Politik mit dem Thema? Wie gut ist Politik in Sachen Wetter und Klima beraten? Sind von der Politik nachhaltige Lösungsvorschläge zu erwarten? Die Politik ist nach wie vor komplett in ihrem Business-as-Usual gefangen: ein bisschen an dieser Schraube drehen, ein wenig an jener - aber bloß keine großen, radikalen Schritte und Schnitte, wie wir sie brauchen. An der Beratung von Seiten der Wissenschaft kann es kaum liegen: die Institute in Deutschland wie international drängen alle zu konsequentem Handeln, so wie es Vertreter der stark betroffenen Länder und Bevölkerungsgruppen auch tun. Aber starke Wirtschaftslobbyisten und kurzsichtige Argumente nationalen Wettbewerbs scheinen in unseren Regierungen nach wie vor mehr Gehör zu finden. Beim World Future Council setzen wir deshalb auf Parlamentarier und Nichtregierungsorganisationen und versuchen die Handlungswilligen gezielt miteinander zu vernetzen.

11) Heute in den Schlagzeilen, morgen aus dem Sinn. Was ist zu tun, damit es in Sachen Global Warming anders läuft als bei BSE oder der Vogelgrippe?

Ich glaube nicht, dass wir das Thema Klimawandel aus dem Sinn bekommen werden, selbst wenn wir wollten. Im schönwetterhungrigen Deutschland hat Global Warming als Bedrohung zwar noch ein Imageproblem, aber bald werden auch wir die ökonomischen, ökologischen und sozialen Konsequenzen unmittelbar bemerken. Damit dieser Wandel nicht zu schmerzhaft wird, sollten wir jedoch alle gemeinsam daran arbeiten, dass JETZT die nötigen Schritte getan werden, um unseren Kindern eine lebenswerte Welt zu hinterlassen.

III) Prof. Hartmut Grassl, Max Planck Institute für Meteorologie

1) Wie beurteilen Sie die Qualität der Medienberichterstattung über Wetterphänomene und die Debatte über die Klima-Veränderung?

Je nach Zeitung und Sendung von seriös bis Scharlatanerie.

2) Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die größten Auswüchse und Missverständnisse in der Debatte? Was vermissen Sie? Worauf könnten Sie verzichten?

Ich vermisse überwiegend die ethische Debatte. Warum dürfen Reiche Arme schädigen, bisher ohne Konsequenzen?

3) Ist derzeit überhaupt eine differenzierte Diskussion möglich? Haben abweichende Meinungen momentan eine Chance gehört zu werden?

Abweichende Meinungen im Bereich physikalische Fakten sind Unfug, im Bereich Lösungsvorschläge jedoch notwendig.

4) Wie bewerten Sie die Reaktion einiger Medien (u.a. „Der Spiegel“), die nach der "Dramatisierung" massiv vor Übertreibungen der Thematik warnen und wissenschaftliche Befunde in Zweifel ziehen?

Der *Spiegel* muss mit der Minderheit Aufsehen erregen, wie er es schon immer tat.

5) Wie haben Medientrends wie die unterhaltend aufbereitete TV-Wettervorhersage die Berichterstattung über das Thema geprägt und verändert?

Positiv.

6) Was halten Sie von Kampagnen, wie sie z. B. BILD mit Greenpeace, BUND und WWF unter dem Motto „Rettet unsere Erde“ gestartet hat?

Besser als nichts, leider überzogen

7) Warum gehen die Medien auf das Thema erst jetzt so ausführlich ein, nachdem die Probleme doch schon seit Jahrzehnten bekannt sind?

Weil Faktenlage erdrückend geworden ist und auch Ökonomen reagieren

8) Welchen Anteil an der zeitverzögerten Wahrnehmung hat Wissenschaft selbst?

Merklich, weil Zauderer auch in unserer Zukunft häufig sind

9) Sind Publikumsmedien überhaupt in der Lage, komplexe wissenschaftliche Themen verständlich und fundiert zu vermitteln?

Ja, siehe: *NZZ*

10) Wie beurteilen Sie den Umgang der Politik mit dem Thema? Wie gut ist Politik in Sachen Wetter und Klima beraten? Sind von der Politik nachhaltige Lösungsvorschläge zu erwarten?

Die Beratung über IPCC ist besser als bei jedem anderen wissenschaftlichen Thema.

11) Heute in den Schlagzeilen, morgen aus dem Sinn. Was ist zu tun, damit es in Sachen Global Warming anders läuft als bei BSE oder der Vogelgrippe?

Die Wetterextreme klopfen immer wieder an die Tür.

IV) Ulrich Kelber, SPD-Bundestagsfraktion

1) Wie beurteilen Sie die Qualität der Medienberichterstattung über Wetterphänomene und die Debatte über die Klima-Veränderung?

Die Qualität der Berichterstattung hat in den letzten Jahren/Jahrzehnten an Substanz gewonnen, zu beobachten ist außerdem eine Tendenz zur „Verwissenschaftlichung“ der Debatte. Neueren Datums ist die teilweise populistische/ mit Ängsten der Menschen spielende Berichterstattung, insbesondere seit der Kooperation zwischen Umweltverbänden und BILD. Unverständlich sind die Kehrtwendungen der Aussagen binnen weniger Tage/Wochen (Beispiel SPIEGEL innerhalb von drei Ausgaben).

2) Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die größten Auswüchse und Missverständnisse in der Debatte? Was vermissen Sie? Worauf könnten Sie verzichten?

Der Klimawandel ist dramatisch, aber beherrschbar, wenn man jetzt (!) etwas tut – dies muss immer wieder betont werden. Gleichzeitig vermisse ich aber den Fokus auf die „Großverursacher“ des Klimawandels, was eben auch zu solchen Berichterstattungswellen wie das „Verbot von Glühbirnen“ u.ä. führt.

Die Behauptung, Atomenergie sei die Antwort auf den Klimawandel, weil sie CO₂-frei und kostengünstig sei.

- 3) Ist derzeit überhaupt eine differenzierte Diskussion möglich? Haben abweichende Meinungen momentan eine Chance gehört zu werden?

Grundsätzlich ja, die Debatte findet ja auch sehr kontrovers statt. Je nach Medium ist die Kontroverse mehr oder weniger sachbezogen und fachlich richtig. Die lauten Töne werden in der Berichterstattung bevorzugt. Beispiel Glühbirnenverbot in Berichterstattung, während die deutlich bessere Idee des Top-Runner-Programms kaum Beachtung findet.

- 4) Wie bewerten Sie die Reaktion einiger Medien (u.a. „Der Spiegel“), die nach der "Dramatisierung" massiv vor Übertreibungen der Thematik warnen und wissenschaftliche Befunde in Zweifel ziehen?

Nachweisbare wissenschaftliche Befunde in Zweifel zu ziehen, halte ich für unverantwortlich. Sie sind die Grundlage für politische Entscheidungen. Ich befürworte eine Debatte über die richtigen Konsequenzen, die aus den Befunden gezogen werden sollen.

Ich halte nichts von „Dramatisierungen“, bin mir aber sehr wohl darüber bewusst, dass es notwendig ist, Probleme zuweilen drastisch zu benennen, um die notwendige politische und öffentliche Aufmerksamkeit zu ihrer Lösung zu bekommen. Der SPIEGEL-Artikel war zynisch, Beispiel Afrika („Nur der Süden des Kontinentes trocknet aus“).

- 5) Wie haben Medientrends wie die unterhaltend aufbereitete TV-Wettervorhersage die Berichterstattung über das Thema geprägt und verändert?

Das müssen Wissenschaftler beantworten. Ich finde es ganz unterhaltsam.

- 6) Was halten Sie von Kampagnen, wie sie z. B. BILD mit Greenpeace, BUND und WWF unter dem Motto „Rettet unsere Erde“ gestartet hat?

Ich begrüße grundsätzlich jedes Engagement, das dem Anliegen, das Klima zu schützen, dienlich ist. Dazu gehören auch populär aufbereitete Kampagnen, die von einem breiten Netzwerk von Medien und (Umwelt-)organisationen getragen werden. Aber gerade BILD hat immer wieder gegen die notwendigen Klimaschutz-Instrumente getrommelt und tut dies auch weiter, wenn es z.B. um Autos geht.

- 7) Warum gehen die Medien auf das Thema erst jetzt so ausführlich ein, nachdem die Probleme doch schon seit Jahrzehnten bekannt sind?

Gesellschaftliches Bewusstsein verändert sich nur langsam. Konkrete Auswirkungen des Klimawandels sind jedoch jetzt „vor der Haustür“ spürbar. Durch steigende Energiepreise, Unwetter, Hitzesommer etc.. Die eigene Betroffenheit von Problemen ist ein großer Katalysator, um diese in die Öffentlichkeit zu bringen. Allgemein ist zu beobachten, dass Medien nicht Trendsetter bei Themen sind, sondern dass behandeln, worüber ohnehin gesprochen wird. Von dieser Regel gibt es leider – wohl auch aus nachvollziehbaren Gründen – nur wenige Ausnahmen.

- 8) Welchen Anteil an der zeitverzögerten Wahrnehmung hat Wissenschaft selbst?

Wenig, die Wissenschaft hat schon früh eindeutige Ergebnisse mit wenig Widerspruch geliefert.

- 9) Sind Publikumsmedien überhaupt in der Lage, komplexe wissenschaftliche Themen verständlich und fundiert zu vermitteln?

Ich denke schon. Wer sonst? Es gibt dafür auch eine Reihe guter Beispiele.

10) Wie beurteilen Sie den Umgang der Politik mit dem Thema? Wie gut ist Politik in Sachen Wetter und Klima beraten? Sind von der Politik nachhaltige Lösungsvorschläge zu erwarten?

Zu viele in der Politik klammern sich noch an Einzelinteressen, haben Angst vor mutigen Schritten nach vorn.

11) Heute in den Schlagzeilen, morgen aus dem Sinn. Was ist zu tun, damit es in Sachen Global Warming anders läuft als bei BSE oder der Vogelgrippe?

Aus dem Sinn wird die Klimaveränderung nicht mehr gehen, dafür werden zunehmende Extremereignisse schon sorgen. Den Klimawandel erleben wir hautnah, das ist anders als bei BSE oder Vogelgrippe.

V) Edgar Gärtner, Wissenschaftsjournalist und Buchautor, Frankfurt am Main

1) Wie beurteilen Sie die Qualität der Medienberichterstattung über Wetterphänomene und die Debatte über die Klima-Veränderung?

Ich finde, die Berichterstattung über das Wettergeschehen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Dabei stört mich nicht nur die beinahe ständige Dramatisierung, mit der den Konsumenten – ob gewollt oder ungewollt – nahe gelegt wird, Wetterextreme aller Art (sei es nun Kälte, Hitze, Sturm, Trockenheit oder Überschwemmung) als Vorzeichen einer nahenden „Klimakatastrophe“ zu deuten. Sowohl die Printmedien als auch die audiovisuellen Medien vermitteln dem Publikum keine übersichtlichen Bilder des Wettergeschehens, wie sie seit nun etwa drei Jahrzehnten von Wettersatelliten geliefert werden. Je schärfer und schöner die Satellitenfotos werden, desto weniger sieht man davon in Zeitungen oder im Fernsehen. Diese Bilder und ihre dichte zeitliche Auflösung lassen z.B. erkennen, dass nicht Tiefdruckgebiete (mit dünner, warmer Luft) die atmosphärische Zirkulation antreiben, sondern Hochs mit schwerer Kaltluft. Tiefdruckwirbel sind in unseren Breiten Begleiterscheinungen der von der Polarregion herunterziehenden Hochs, nicht umgekehrt. Die Zahl und die Frequenz dieser Kältehochs und damit die Häufigkeit von Wetterwechseln hat sich seit den 70er Jahren signifikant erhöht. (Die gestiegene Zahl von Hochs weist auf eine verminderte Wolkenbedeckung der Polarregionen infolge einer Verstärkung des solaren Magnetfeldes hin, was zur Zeit noch überprüft wird.) In der beobachtbaren Beschleunigung der Luftmassen-Zirkulation besteht m. E. im Kern der Klimawandel. Die Entwicklung der Durchschnittstemperatur (zwischen Messpunkten, die z. T. Tausende von Kilometern auseinander liegen) ist demgegenüber m. E. weniger aussagefähig. Es wird nicht überall auf der Erde wärmer. Neulich mussten zwei tapfere Frauen, die mitten im Winter zum Nordpol aufgebrochen waren, um gegen die globale Erwärmung zu demonstrieren, bei minus 73 Grad Celsius aufgeben.

2) Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die größten Auswüchse und Missverständnisse in der Debatte? Was vermissen Sie? Worauf könnten Sie verzichten?

Statistische Konstrukte wie das Klima (der langjährige Durchschnitt des Jahresgangs der Temperatur und der Niederschläge in einer bestimmten Region im Unterschied zu einer anderen) oder auch die nirgends messbare Durchschnittstemperatur über den Landmassen bekommen ein Eigenleben. Man redet darüber, als seien es Persönlichkeiten mit einem eigenen Willen. So entstanden Unworte wie „Weltklima“. Wie könnte man dieses überhaupt definieren? Oder „Klimaschutz“: Was soll da geschützt werden? Ein Mittelwert? Für noch schlimmer halte ich das oft gebrauchte Schlagwort „Klimakiller“. Kann man ein Klima umbringen? Für ebenso bedenklich halte ich es, wenn „Experten“ beim Thema „Klima“ mit dem Begriff „Gleichgewicht“ kommen. Ich halte als Sprach-Handwerker ein solches Vokabular schlicht für eine Form semantischer Umweltverschmutzung. Die lieben Kollegen sollten sich, auch wenn sie von

wissenschaftlichen Kontroversen wenig verstehen, zumindest darum bemühen, nur sauber definierte Begriffe zu verwenden. Viele Missverständnisse könnten so von vornherein ausgeschlossen werden.

3) Ist derzeit überhaupt eine differenzierte Diskussion möglich? Haben abweichende Meinungen momentan eine Chance gehört zu werden?

Eine differenzierte Diskussion ist schwierig. Ich kann ja selbst ein Lied von vielfältigen Zensurmaßnahmen in der deutschen Presse (alle im Interesse einer „guten“ Sache, versteht sich) singen. Große Tageszeitungen und Wochenmagazine, für die ich früher problemlos schreiben konnte, haben mir schwarz auf weiß mitgeteilt, mir keine Beiträge über Klimafragen mehr abnehmen zu wollen. Zum Glück konnte ich teilweise in die Schweiz oder ins französischsprachige Ausland ausweichen. Ich kenne aber jemanden, der nicht so locker ausweichen kann. Dieser wird nun schon zum wiederholten Male vor Gericht gezerrt, weil er unrichtige Angaben in Prospekten der Solar-Industrie kritisiert hat. In jüngster Zeit sehe ich aber gewisse Anzeichen einer Wende. Viele Kollegen haben es wohl satt, die immer gleichen, schlecht begründeten Katastrophenwarnungen zu wiederholen. Dafür gibt es neuerdings wachsenden Druck von Seiten der Wirtschaft, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren, weil große Konzerne (insbesondere der Finanzbranche) inzwischen Milliarden in den „Klimaschutz“ und in „erneuerbare“ Energien investiert haben, auch wenn niemand recht weiß, was das ist. Auch die Politik drückt aufs Tempo, versucht, mithilfe des Treibhausgas-Emissionshandel-Gesetzes und des Aufbaus von CO₂-Quotenzuteilungsbürokratien vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor überhaupt klar geworden ist, worin der Klimawandel besteht. Es zeichnet sich übrigens ab, dass es auf der Erde schon bald wieder kühler werden wird. Möglicherweise werden die Menschen schon in 10 Jahren der „globalen Erwärmung“ nachtrauern.

4) Wie bewerten Sie die Reaktion einiger Medien (u.a. „Der Spiegel“), die nach der "Dramatisierung" massiv vor Übertreibungen der Thematik warnen und wissenschaftliche Befunde in Zweifel ziehen?

Gegenfrage: Was verstehen Sie unter „wissenschaftliche Befunde in Zweifel ziehen“? Sollte es sich dabei um die These vom „Treibhauseffekt“ handeln? Diese These ist experimentell weder beweisbar noch ohne weiteres widerlegbar. Nach dem Philosophen Karl Popper gehören solche Aussagen in die Schublade „Religiöses“. Kein Wunder, von daher gesehen, dass der UN-Klimarat IPCC nicht den wissenschaftlichen Disput pflegt, sondern wie ein vatikanisches Konzil nach der Einheit des Glaubens sucht.

Meines Erachtens haben „Der Spiegel“ oder „Cicero“ in letzter Zeit die Dramatisierung etwas zurück genommen, weil es dort Leute gibt, die spüren, dass bei Glaubensfragen wie der nach der richtigen „Klimapolitik“ ihr Allerheiligstes, nämlich die persönliche Freiheit, auf dem Spiel steht. Manche fürchten wohl auch, sich bald Lizenzen zum Atmen kaufen zu müssen. Eine Rolle spielt sicher auch die Tatsache, dass die von den meisten Medien inszenierte Aufregung nur in geringem Maße auf „Normalbürger“ übergegriffen hat. Nach einer Allensbach-Umfrage zu urteilen, bleiben die Deutschen angesichts des apokalyptischen Trommelfeuers in Fernsehkanälen und Printmagazinen überwiegend gelassen und zum Teil sogar stur, weil sie sich wahrscheinlich, den bei ihnen noch vorhandenen Resten gesunden Menschenverstandes folgend, sagen, dass das Wetter ohnehin kommt, wie es kommt, und man sich dementsprechend leichter oder wärmer anziehen muss. Manche sehen darin auch einen Abstumpfungseffekt unter dem Einfluss eines Daueralarms. Wie dem auch sei: Jedenfalls sehen Marketing-Leute durchaus die Gefahr eines apokalyptischen Overkill mit negativen wirtschaftlichen Folgen – nicht nur für ihre eigenen Produkte. Sie fürchten, den Kontakt mit den „Normalverbrauchern“ zu verlieren. Ich persönlich vermute z.B., dass die große Zurückhaltung potentieller Kleinanleger bei Aktienkäufen auch damit zu tun hat, dass diese spüren, dass der

gegenwärtige Aufschwung der Solarindustrie und anderer Branchen nicht von Dauer sein kann, weil er z. T. auf spekulativen Geschäften mit heißer Luft beruht.

5) Wie haben Medientrends wie die unterhaltend aufbereitete TV-Wettervorhersage die Berichterstattung über das Thema geprägt und verändert?

Da es für uns Menschen, außer der Freiheit und der Liebe, kaum etwas wichtigeres gibt als das Wetter, finde ich es im Prinzip gut, wenn die Medien bei diesem Thema mehr Kreativität investieren. Nur sollten sie m. E. mehr mit den aufschlussreichen Satellitenbildern arbeiten und nicht nur eine einzige Schule der Meteorologie zu Wort kommen lassen.

6) Was halten Sie von Kampagnen, wie sie z. B. BILD mit Greenpeace, BUND und WWF unter dem Motto „Rettet unsere Erde“ gestartet hat?

„Rettet unsere Erde!“ ist eine unsinnige Parole, denn niemand (abgesehen von „Außerirdischen“ oder auf uns zurasenden Himmelskörpern) könnte die Erde oder auch nur ihr lebendes Häutchen, die Biosphäre, zerstören. „Rettet die Menschen!“ wäre schon sinnvoller. Aber diese stehen bei den genannten Verbänden nicht im Mittelpunkt. Sehr konsequente Vertreter der Umweltbewegung haben längst (unter Applaus!) die Dezimierung des „Klimaschädling“ Mensch auf einen Bruchteil der heutigen Bevölkerungszahl gefordert. Aufgrund meiner eigenen Erfahrungen in und mit Umweltverbänden bin ich zum Schluss gekommen, dass die meisten von ihnen sich zu Unrecht als NGO bezeichnen, d.h. nicht wirklich unabhängig von Regierungen sind, sondern vor allem auf EU-Ebene z. T. über die Hälfte ihres Budgets mit staatlichen Zuschüssen decken. Das gilt zwar nicht für Greenpeace. Aber diese Organisation betreibt dafür gegenüber Firmen eine Form von Fundraising, die auf Schutzgelderpressung hinausläuft (aktuell z.B. beim Discounter Lidl). Andere Verbände machen das, weil's so schön läuft, immer häufiger nach. Einer Zusammenarbeit von Medien mit solchen Organisationen stehe ich folglich sehr kritisch gegenüber. Sie widerspricht m. E. der journalistischen Ethik fundamental.

7) Warum gehen die Medien auf das Thema erst jetzt so ausführlich ein, nachdem die Probleme doch schon seit Jahrzehnten bekannt sind?

Ich habe nicht den Eindruck, dass sich die Medien besonders spät des Themas angenommen haben. Vielmehr gab es gerade in Deutschland von Anfang an eine Art Symbiose zwischen Massenmedien, einer Fraktion der Wissenschaft und der Politik. Der bekannte „Spiegel“-Titel mit dem Kölner Dom im Wasser erschien vor der Gründung des UN-Klimarates IPCC. Es gab also zu diesem Zeitpunkt nicht einmal den Anschein eines Konsenses der Wissenschaft zum Thema „Klimawandel“. Dabei waren m. E. nicht die Grünen die treibenden Kräfte, sondern spielten eher die Rolle nützlicher Idioten der Atom-Lobby und der Konzerne, die „erneuerbare“ Energien als neues Geschäftsfeld ausgemacht haben. Naturgemäß verlief die Medienaufmerksamkeit wellenartig. Die neueste Welle, anlässlich der Vorstellung der letzten IPCC-Berichte, übertraf die vorhergehenden lediglich im Grad der Hysterie. Ich sehe darin eine Art „letztes Aufgebot“, um ihr Lieblingskind, die „Klimapolitik“ beziehungsweise CO₂-Quotenwirtschaft nach dem Muster des Kioto-Protokoll, angesichts des nahenden G-8-Gipfels in Heiligendamm doch noch zu retten.

8) Welchen Anteil an der zeitverzögerten Wahrnehmung hat Wissenschaft selbst?

Diese Frage verstehe ich nicht. Die Wissenschaft hat doch in Gestalt von Svante Arrhenius die spekulative Treibhaus-Hypothese schon vor über 100 Jahren in die Welt gesetzt. Zwischenzeitlich wurde diese aufgrund spektroskopischer Messungen des Absorptions- oder Transmissionsvermögens verschiedener „Treibhausgase“ wieder ad

acta gelegt. Dann wurde sie in den 60er Jahren von Roger Revelle, einem der akademischen Lehrer Al Gores, wieder hervorgeholt, und zwar in der Form einer positiven Rückkoppelung zwischen dem vermuteten minimalen Effekt von CO₂ und dem potentiell sehr viel größeren Effekt von Wasserdampf. Revelle selbst hat sich kurz vor seinem Tode in einem Artikel von dieser These distanziert, weil er merkte, wie falsch sie interpretiert werden konnte. Al Gore bezichtigte daraufhin Revelles Mitautor, den Physiker Fred Singer, den senilen Mann manipuliert zu haben. Es gab deswegen ein Gerichtsverfahren in den USA, das Gore verlor. Es gelang Gore aber durch geschickte Medienarbeit, dennoch bis heute als Sieger zu erscheinen. Doch Tatsache bleibt, dass es über so genannte Treibhausgase seit über einem halben Jahrhundert keine wirklich neuen wissenschaftliche Erkenntnisse gibt

9) Sind Publikumsmedien überhaupt in der Lage, komplexe wissenschaftliche Themen verständlich und fundiert zu vermitteln?

Bei Printmedien sehe ich da keine prinzipiellen Grenzen. Ich denke aber, Wissenschaftsjournalisten sollten sich, um ihren Lesern die Orientierung zu erleichtern, mehr darauf konzentrieren, ein zeitgemäßes Weltbild zu vermitteln, das auch philosophischer Kritik standhält. Allzu oft stellt man die Natur als mehr oder weniger harmonisch geordnetes „System“ dar und tut obendrein so, als wüssten wir schon zu 90 Prozent, wie alles zusammenhängt. Dadurch verleitet man die Leser dazu, an die Wissenschaft Ansprüche zu stellen, die sie gar nicht erfüllen kann. Wir sollten jedoch m. E. mit Immanuel Kant und seinen Nachfolgern wie Karl Popper davon ausgehen, dass Systeme immer Schöpfungen unseres Verstandes sind und es keine letzten Gewissheiten über reale Zusammenhänge geben kann. Die Natur ist kein System, sondern ein Möglichkeitsraum. Systeme bringen erst die Menschen aufgrund ihrer Nutzungsinteressen hinein. Mit anderen Worten: Keine Wissenschaft kann uns sagen, wo's lang geht. Wissenschaften helfen uns aber manchmal, indem sie uns sagen, was nicht möglich ist. Deshalb ist es wichtig, dem Publikum nicht nur zu erklären, was alles geht, sondern mehr noch das, was mit Sicherheit nicht geht. Beispiele: Steine und Äpfel können nicht nach oben fallen. Ein Perpetuum mobile kann es nicht geben. (Der hier angesprochene 2. Hauptsatz der Thermodynamik ist übrigens ein grundlegender Einwand gegen die Hypothese vom Treibhauseffekt, denn diese geht davon aus, dass der von der Sonne erwärmte Erdboden durch „Rückstrahlung“ aus der kühleren Luft zusätzlich aufgeheizt.)

10) Wie beurteilen Sie den Umgang der Politik mit dem Thema? Wie gut ist Politik in Sachen Wetter und Klima beraten? Sind von der Politik nachhaltige Lösungsvorschläge zu erwarten?

Die Politik trägt die Hauptschuld an der gegenwärtigen Konfusion. Da sich die gegen Ende der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts aus der Taufe gehobene klassische Umweltpolitik, die Eindämmung messbarer Beeinträchtigungen der Qualität von Wasser und Luft mithilfe von Kläranlagen und Filtern, als überaus erfolgreich erwies, ja vielleicht sogar zum einzigen noch „ankommenden“ Politikmodell wurde, gerieten Politiker in die Versuchung, dieses Modell auf die vorbeugende Vermeidung hypothetischer Zukunftsprobleme auszudehnen, um der Gefahr zu entgehen, sich selbst überflüssig zu machen. Die Begründung für die Sorge um ungelegte Eier lieferte das so genannte Vorsorgeprinzip. Es zeigte sich, dass dieser Ansatz insbesondere in Gestalt der (eher virtuellen) „Klimapolitik“ -- weil er an der verbreiteten heidnischen Angst anknüpft, die Götter könnten uns bestrafen, indem sie den Himmel einstürzen lassen -- bei den Wählern noch erheblich mehr Zuspruch fand als die klassische „end-of-the-pipe“-Umweltpolitik. Ausprobiert hat das als erste die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher. Ihr kam das Argument, Kohlendioxid sei „klimaschädlich“ wie gerufen, als sie sich anschickte, die streikenden Gewerkschaften der englischen Kohlekumpel in die Knie zu

zwingen. Thatcher gab neben dem US-Klimaforscher James Hansen auch entscheidende Anstöße für die Gründung des zwischenstaatlichen Klimarates IPCC. In dessen Statuten steht der Auftrag, nach Argumenten zu suchen, die den menschlichen Einfluss auf die Klimaentwicklung belegen und es ermöglichen, den Menschen die Schuld am Klimawandel zuzuschreiben. Eine offene Debatte zwischen verschiedenen Schulen der Klimaforschung stand von vornherein nicht im Aufgabenheft des IPCC.

Man stelle sich einmal vor, eine solche Verknappung wissenschaftlicher Expertise sei das Ziel der Einrichtung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gewesen! Zu recht hat man hier (bislang zumindest) auf Pluralismus Wert gelegt. Durch die Einrichtung des IPCC haben sich die beteiligten Regierungen in die Abhängigkeit von den Interessen jener Schule der Klimaforschung begeben, die numerischen Computersimulationen einen höheren Stellenwert einräumt als der direkten Beobachtung des Wettergeschehens mithilfe von Satelliten. Die Politik hat also – mit welchen Hintergedanken auch immer – selbst dafür gesorgt, dass sie in Fragen der Meteorologie schlecht beraten wird.

Mit den Erfahrungen mit dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ im Hinterkopf stehe ich heute jeglichen Versuchen, Politik wissenschaftlich zu begründen, skeptisch gegenüber. Wir sehen heute, angesichts der absehbaren vagen Resultate des G-8-Gipfels, dass „Klimapolitik“ nach Kioto-Muster in die Sackgasse führt. Die enge Symbiose zwischen Politik, Massenmedien und Klimaforschung muss aufgelöst werden. Meteorologie und Klimatologie müssen, soweit sie sich als nicht an Tagesinteressen gebundene Grundlagenforschung verstehen, wieder in den „Elfenbeinturm“ zurückkehren. Sie dürfen gar nicht wissen, woher und warum sie das dafür nötige Geld bekommen. Es muss ausgeschlossen werden, dass eine Minderheit von Forschern mithilfe von Panikmache auf Kosten der Steuerzahler und weniger zeitgeistiger Forscher die Anschaffung immer leistungsfähigerer Großrechner durchsetzen können, ohne in der Lage zu sein, damit zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Wir brauchen gute Computer, um Mess- und Beobachtungssatelliten ins Weltall zu bringen. Wir brauchen aber keine Riesen-Computer, um Hypothesen zu simulieren, die dem 2. Hauptsatz der Thermodynamik widersprechen.

11) Heute in den Schlagzeilen, morgen aus dem Sinn. Was ist zu tun, damit es in Sachen Global Warming anders läuft als bei BSE oder der Vogelgrippe?

Im Unterschied zur BSE-Krise oder zur H5N1-Gefahr handelt es sich beim Klimawandel um einen sehr allmählichen Prozess, dessen Richtung derzeit noch gar nicht klar auszumachen ist. Alle Warnungen vor einem jähen „Umkippen“ des „Klimasystems“ haben sich als unbegründet erwiesen. Der Höhepunkt des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur scheint schon hinter uns zu liegen. Jedenfalls ist der für 1998 errechnete (nicht gemessene!) Wert seither nicht mehr erreicht worden. Astronomen erwarten für die kommenden Jahrzehnte aufgrund der Beobachtung von Sonnenzyklen eine weitere Abkühlung. Wie ich die Menschen kenne, halte ich es nicht für ausgeschlossen, dass diejenigen, die die Klima-Panik zu ihrem Geschäftsmodell erkoren haben, zu gegebener Zeit blitzschnell umschwenken werden, um uns dann vor dem Hereinbrechen der nächsten Eiszeit zu warnen. Das Skript zu Lothar Emmerichs Machwerk „The Day After Tomorrow“ bräuchte zu diesem Zweck kaum verändert werden, sondern könnte problemlos als eine Art Allzweckwaffe stofflich wiederverwertet werden. Ich kann nur hoffen, dass das Publikum bald genug hat von solcher Art Unterhaltung.

Anwort: Ursula Schwarzer (manager magazin) - Wirtschaftsjournalismus - Aussperren und Einspannen

Zu 1: Das Thema, das mich in letzter Zeit am intensivsten beschäftigt hat, ist die Frage: Wie versuchen Unternehmen die Medien zu beeinflussen? Die rund zwei Monate lange Recherche ergab im wesentlichen zwei Ergebnisse: Zum einen greifen die Firmen zu immer ausgeklügelteren Methoden, um sich die Medien gefügig zu machen. Zum anderen lassen sich viele Verlage und Sender aufgrund ihrer geschwächten wirtschaftlichen Situation immer leichter gängeln, sie werden willfähriger.

Zu 2: Ja, ich habe sehr wohl bei meiner eigenen Arbeit erlebt, als auch von vielen Kollegen gehört, dass Unternehmen zunehmend versuchen, Wirtschaftsjournalisten zu vereinnahmen (siehe Punkt 1).

Zu 3: Die Versuche der Vereinnahmung werden immer facettenreicher. Besonders bedenklich finde ich das neuerdings zu beobachtende Gebaren von Medienanwälten, die Journalisten schon während der Recherche im Auftrag ihrer Mandanten mit Drohbriefen einzuschüchtern. Nach dem Motto: Lass die Finger von der Geschichte, sonst bekommst Du mächtig Ärger (das Instrumentarium reicht von Gegendarstellung bis Schadensersatz).

Zu 4: Von der breiten Öffentlichkeit unbemerkt agieren seit einigen Jahren so genannte "Finanzkommunikatoren" im Hintergrund. Mit hoher Professionalität und üppigen Budgets machen sie Stimmung für Unternehmen, die an die Börse gehen oder eine andere Firma übernehmen wollen. Heutzutage läuft kaum mehr ein Deal ohne diese Finanzkommunikatoren. Und weil sie ihren Job so "gut" machen, verdienen sie hervorragend - ihre Honorare für einen einzigen Auftrag gehen in die Millionen. Die gewiefte Arbeit der Finanzkommunikatoren ist von den Journalisten kaum zu durchschauen, was dazu führt, dass mehr und mehr Berichterstattung von diesen Kapitalmarktprofis gesteuert wird.

Zu 5: Eindrucksvollster Versuche der Ausgrenzung: Der Fall einer Redakteurin der Badischen Neuesten Nachrichten. Sie hatte in einem ausgewogenen Artikel über den Discounter Lidl auch aus dem Schwarzbuch der Gewerkschaft Verdi zitiert. Dies war Anlass für den Chefredakteur, die Kollegin fristlos zu entlassen. "Dass sie faktisch falsch berichtet hat, wollen wir ihr nicht vorwerfen", sagte der Chefredakteur, aber sie sei "uneinsichtig" gewesen. Nach Protesten des BNN-Betriebsrats wurde aus der Kündigung eine Abmahnung.

Zu 6: Die größte Gefahr für eine unabhängige Wirtschaftspresse liegt in der wirtschaftlichen Schwäche vieler Verlage und Sender. Aus Angst vor Anzeigenblockaden verhindern sie kritische Unternehmensgeschichten; in der Hoffnung auf zusätzliche Anzeigen oder sonstige Zahlungen der Unternehmen fördern sie eine beschönigende Berichterstattung.

Zu 7: Den Journalisten bleibt zu wenig Zeit, um offizielle Verlautbarungen in Form von Pressemeldungen oder Statements nach zu recherchieren. Welcher Tageszeitungsjournalist kann es sich leisten, den Geschäftsbericht eines Unternehmens zu studieren? So kommen immer mehr Halbwahrheiten in die Blätter oder auf den Sender.

Zu 8: Mir scheint die neue Medienvielfalt mehr vom Gleichen zu bringen. Masse statt Klasse. Ausserdem führt der gewachsene Aktualitätsdruck dazu, dass Spekulationen und Falschmeldungen um sich greifen, weil die Redaktionen versuchen, ihren vermeintlichen Knüller als erste zu präsentieren, auch wenn die Meldung nur auf einem Gerücht basiert.

Zu 9: Zum Stichwort Nachwuchs masse ich mir kein Urteil an. Aber eines scheint mir wichtiger denn je: Über Wirtschaft schreiben sollte nur, wer eine Bilanz lesen kann und die Zusammenhänge der internationalen Kapitalmärkte versteht. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die leider viel zu wenig beherzt wird.

Zu 10: Es klingt so larmoyant, dass ich es kaum hinzuschreiben wage: Ich bin immer wieder entsetzt, wie dreist wir Journalisten angelogen werden. Egal ob Vorstandsvorsitzender oder Pressechef - im Bemühen, sich selbst (und das Unternehmen) in einem positiven Licht erscheinen zu lassen, verdrehen sie skrupellos die Wahrheit. Ändern kann man daran gewiss nichts, da hilft nur eines: Recherche, Recherche, Recherche.

Investigative Reporting in the United States of America

Investigative Reporting as a social practice

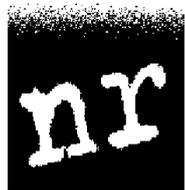
- Since Watergate IR has become an established social practice in the USA. The American audience demands watchdog journalism and it values successful projects.
- Compared to Germany the political culture in the USA is more open and supportive towards IR. Laws are more in favor of the freedom of information. Access to documents is easier and the image of whistleblowers is by far better.
- US investigators profit from two different forms of infrastructure:
 1. Outside the media: foundations, lobby groups and journalism schools
 2. Inside the media: investigative units and specialised investigative reporters
- The social practice of IR is permanently challenged by new developments in the media (like concentration, the rise of internet or convergence). It has had its ups and downs in the past, but the infrastructure guarantees that it will not suddenly disappear in the future.

Investigative Units --- Infrastructure inside the media

- In the US papers of all sizes conduct investigations or projects. The bigger the papers are the better are the conditions for investigative reporters. Papers that are family own tend to have more investigative reporters and publicly traded papers.
- Most newspapers have developed an internal infrastructure by establishing investigation units or hiring reporters exclusively for IR.
- Papers are permanently pressuring (even suing) government agencies to get records granted by the Freedom of Information Act.
- A newsrooms structure with an extremely high division of work (assembly line) allows higher specialisation. Therefore some reporters are able to gain investigation skills that their German counterparts can never achieve since they mostly work as all-rounder.

Computer-Assisted Reporting in the USA

- Besides the people trail and the paper trail CAR has become the third basic technique to gain information in the USA. Newspapers hire computer specialists to foster IR.
- CAR does not necessarily produce stories, it shows reporters where to look for stories.
- Germany is falling short, reporters are using computers merely to search Google and Wikipedia. The knowledge of database managers (software) will become more important, the more access journalists will get to databases.
- German reporters will have to learn how to think the CAR way:
 1. Computer science, math and journalism are friends!
 2. Find the right agency!
 3. Find the right database!
 4. Get the database by negotiation or law suit!
 5. Analyse the data and find the story!
 6. Do additional reporting!
 7. Bring the story home!!!



netzwerk
recherche

Wir danken für die Unterstützung bei der Durchführung der nr-Jahreskonferenz 2007:



WAZ
»»» MEDIEN
GRUPPE



Friedrich Ebert-Stiftung

Konrad Adenauer-Stiftung